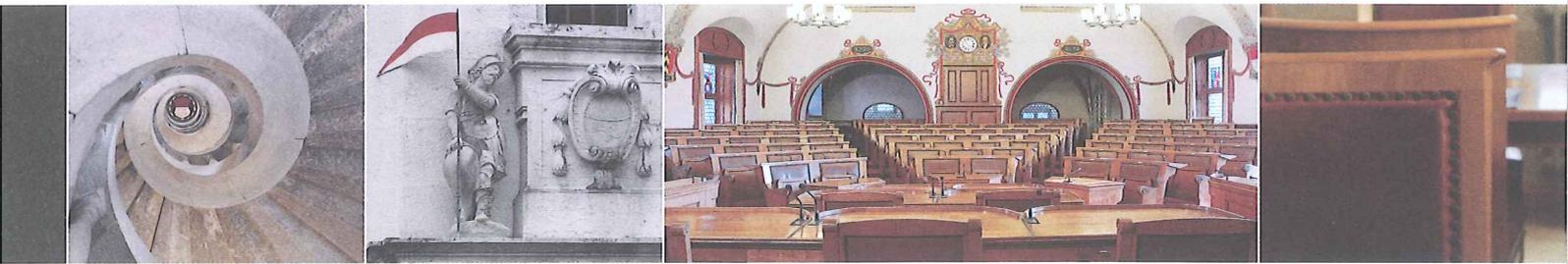


Integrierter Aufgaben - und Finanzplan (IAFP)

***Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 2. April 2013, RRB Nr. 2013/634***



Inhaltsverzeichnis

Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat		3
<hr/>		
I.	Einleitung	11
<hr/>		
1.	Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?	11
2.	Zielhierarchie der Planungsinstrumente	11
3.	Zeitliche Koordination	11
4.	Neuerungen gegenüber dem IAFP 2013 – 2016	11
5.	Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2)	11
6.	Planungsgrundlagen	11
7.	Massnahmenplan 2013	12
8.	Massnahmenplan 2014	13
II.	Finanzielle Übersichten	14
<hr/>		
1.	Gesamtschau	14
2.	Ergebnisse	15
3.	Finanzkennzahlen	23
4.	Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2013 – 2016	25
5.	Eingeschränkte Handlungsautonomie	28
III.	Verwaltungseinheiten	29
<hr/>		
1.	Behörden und Staatskanzlei	29
2.	Bau – und Justizdepartement	33
3.	Departement für Bildung und Kultur	44
4.	Finanzdepartement	52
5.	Departement des Innern	60
6.	Volkswirtschaftsdepartement	73
7.	Gerichte	78

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2014 – 2017

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 2. April 2013, RRB Nr. 2013/634

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Sach- und Aufsichtskommissionen

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	5
1. Ausgangslage	7
1.1 Gesetzliche Grundlagen	7
2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates	7
3. Rechtliches.....	8
4. Antrag.....	8
5. Beschlussesentwurf	9

Anhang/Beilagen

Kurzfassung

Eckdaten der Planjahre 2014 - 2017

in Mio. Fr. bzw. %	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Cash Flow	-49.8	-79.0	-75.9	-94.0	-81.1	-83.5
Abschreibungen auf Investitionen	-61.6	-67.2	-73.7	-68.0	-68.7	-70.0
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	-111.4	-146.1	-149.7	-162.0	-149.8	-153.5
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-111.4	-146.1	-149.7	-162.0	-149.8	-153.5
Nettoinvestitionen	122.8	137.4	131.5	146.5	142.5	150.3
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag	-172.6	-216.4	-207.4	-240.5	-223.6	-233.8
Selbstfinanzierungsgrad	-41%	-57%	-58%	-64%	-57%	-56%
Nettoverschuldung ¹⁾	456.2	672.6	880.0	1'120.5	1'344.1	1'577.9
Dito, in Fr. pro Einwohner ²⁾	1'756	2'567	3'332	4'211	5'018	5'853
Frei verfügbares Eigenkapital per 31.12.	414.8	268.7	119.0	-43.0	-192.8	-346.3

Wie in den Integrierten Aufgaben- und Finanzplänen der letzten Jahre bereits aufgezeigt und nun durch die Rechnung 2012 bestätigt, fand seit dem Jahr 2012 eine entscheidende Verschlechterung der Finanzlage statt. Im ersten Finanzplanjahr 2014, welches die Basis für den Budgetprozess darstellt, beträgt das operative Defizit der Erfolgsrechnung 149.7 Mio. CHF. In den Folgejahren pendelt sich das operative Ergebnis bei rund 150 Mio. CHF ein.

Gemäss der vorliegenden Finanzplanung würde das frei verfügbare Eigenkapital bereits im Jahr 2015 aufgezehrt sein. Die Finanzplanjahre sind geprägt durch ein strukturelles Defizit von rund 150 Mio. CHF. Ausschlaggebend für den massiven Einbruch seit 2012 sind die reduzierten Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an die Kantone, die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) und der Übergang zur Fallpauschale (DRG) bei den Spitälern, die deutlichen Kostensteigerungen namentlich in den Bereichen Bildung (verschiedene vom Volk und dem Kantonsrat gutgeheissene Reformen) und Soziales (Ergänzungsleistungen AHV/IV und Pflegefinanzierung). Hinzukommen die beschlossene Steuersatzreduktion bei den natürlichen Personen und durch die labile Wirtschaftslage tieferen Steuererträgen bei den juristischen Personen. Der Finanzplan deutet an, dass sich die Situation ab 2015 auf diesem Niveau stabilisiert.

Die Investitionen können nicht mehr aus den erarbeiteten Mitteln (Cash Flow), sondern müssen über eine Neuverschuldung finanziert werden. Erstmals seit 1994 schliesst die Rechnung 2012 mit einem Cash Drain ab, was bedeutet, dass nicht einmal die laufenden Ausgaben vollständig aus den Erträgen finanziert werden können.

¹⁾ Zahlen im Voranschlag 2013 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2012 aktualisiert.
²⁾ Anpassungen aufgrund der Bevölkerungsprognose.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2014 – 2017 zur Kenntnisnahme.

1. Ausgangslage

Im Legislaturplan 2009-2013 wurde am 9. Dezember 2009 unter C.1.4 Nachhaltige Finanzpolitik, S.12 festgelegt, dass „aufgrund der schlechten Finanzentwicklung im IAFP“ eine Massnahmenplanung vorzunehmen sei (KRB 148/2009 Planungsbeschluss 10).

Mit dem letztjährigen IAFP 2013 – 2016 wurde der „Massnahmenplan 2013“ zur Beschlussfassung unterbreitet. Der Kantonsrat hat am 7. November 2012 über die einzelnen Massnahmen beschlossen (SGB 055/2012). Die im Grundsatz genehmigten und im Wortlaut geänderten Massnahmen sind in dem vorliegenden IAFP 2014 -2017 berücksichtigt. Gleichzeitig wurden Massnahmen, soweit sie nicht vom Kantonsrat genehmigt wurden, zur Überarbeitung zurückgewiesen, mit dem Auftrag, ein erweitertes Massnahmenpaket vorzulegen. Es ist geplant, den „Massnahmenplan 2014“ nun zu erarbeiten und dem Kantonsrat mit dem Voranschlag 2014 Mitte September 2013 zu unterbreiteten (RRB Nr. 2013/440).

Mit den Finanzplanvorentscheidungen I zum vorliegenden IAFP am 22. Januar 2013 (RBB Nr. 2012/88) wurden die Departemente beauftragt, für die Erfolgsrechnung Massnahmen zu entwickeln und realisieren, die es erlauben, das operative Defizit auf den Stand vom Voranschlag 2013 zu stabilisieren. Die wesentlichen Ergebnisse des integrierten Aufgaben- und Finanzplans sind im Anhang dargelegt.

1.1 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan bildet § 16 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1).

2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates

Der Regierungsrat trägt die Verantwortung für die politische Planung insgesamt, der Kantonsrat nimmt davon Kenntnis und ist befugt, die Prioritäten zu verschieben oder andere Ziele zu setzen. Der Kantonsrat hat die Aufgabe, die Planung des Regierungsrates zu beaufsichtigen und zu korrigieren. Mittels Planungsbeschlüssen kann er den Regierungsrat beauftragen, eine Staatsaufgabe in einer bestimmten Richtung zu entwickeln. Der Planungsbeschluss verpflichtet den Regierungsrat, den IAFP im Sinne der Vorgabe zu erstellen oder anzupassen. Der Planungsbeschluss geht der Planung des Regierungsrates vor. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat davon abweichen (§ 17 Absatz 1 und Absatz 3 WoV-G). Ein Planungsbeschluss zum IAFP kann nach § 88^{sexies} des Geschäftsreglementes des Kantonsrates vom 10. September 1991 (BGS 121.2) jederzeit von einer ständigen Kommission, einer Fraktion oder 17 Ratsmitgliedern beantragt werden. Für die Einreichung von Planungsbeschlüssen zum IAFP gibt es keine zeitlichen Restriktionen.

3. Rechtliches

Nach § 16 Absatz 3 WoV-G nimmt der Kantonsrat vom IAFP Kenntnis. Nach § 148 Abs. 1 Buchstabe a des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996 (BGS 113.111) sind Kantonsratsbeschlüsse, welche lediglich auf Kenntnisnahme lauten, vom fakultativen Referendum ausgeschlossen.

4. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Esther Gassler
Frau Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

5. **Beschlussesentwurf**

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2014 - 2017

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹ und § 16 Absatz 3 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003², nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 2. April 2013 (RRB Nr. 2013/634), beschliesst:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2014 – 2017 wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsidentin

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Finanzen (5)
Departemente (5)
Staatskanzlei
Gerichtsverwaltung
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste
Aktuarin Finanzkommission (16)

¹ BGS 111.1.

² BGS 115.1.

1. Einleitung

1.1. Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert. Die gesetzliche Grundlage für den IAFP wurde mit dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), welches per 1. Januar 2005 in Kraft trat, geschaffen.

Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauf folgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode. Im IAFP sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem IAFP des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode auszuweisen und zu begründen (WoV-G; §16 Absatz 2). Damit soll eine nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet sein. In jedem Aufgabenbereich wurden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele vorgesehen. Der Arbeitsstand der Massnahmen wird laufend aktualisiert und hier rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

1.2. Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

- a) die langfristigen sowie alle grundlegenden Ziele in der Gesetzgebung
- b) die mittelfristigen Ziele im Legislaturplan und im IAFP
- c) die kurzfristigen Ziele im Voranschlag / Globalbudget und Jahresplan.

Verfassung und Gesetz sind den aufgeführten Instrumenten übergeordnet. Der Regierungsrat kann aber in seinen Plänen (Legislaturplan / Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) eine Änderung des rechtlichen Rahmens vorsehen, wenn vorgesehene Massnahmen dies notwendig machen. Das letzte Wort hierzu hat aber in jedem Fall der Kantonsrat bzw. das Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf der Ebene Globalbudget gehen Verfassung und Gesetze in jedem Fall vor.

Der IAFP hat eine koordinierende Schnittstellenfunktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplanes. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen / Projekten beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten

Der IAFP wird gemäss der bestehenden und gelebten Organisationsstruktur der Verwaltung abgebildet (Behörden und Staatskanzlei, 5 Departemente, Gerichte, RRB 2008/43). Der IAFP ist somit vergleichbar mit dem

Voranschlag und dem Geschäftsbericht, welche die gleichen Strukturen aufweisen.

Die staatliche Buchhaltung führt einzelne Profitcenter, welche sich in Globalbudgets und Finanzgrössen aufteilen. Für die Globalbudgets sind entsprechende Leistungsaufträge und Saldovorgaben mit den mehrjährigen Globalbudget-Vorlagen verabschiedet worden. Was nicht direkt durch die Leistung einzelner Dienststellen beeinflusst werden kann, wie zum Beispiel Steuererträge, Gebühren, Bussen, usw. wurde den sogenannte Finanzgrössen zugewiesen.

1.3. Zeitliche Koordination

Der IAFP wird jedes Frühjahr vor dem Voranschlag erstellt. Die Finanzkommission hat damit aktuelle Grundlagen für die Bestimmung der Budgetvorgaben zur Verfügung (Rechnung 2012 und der vorliegende IAFP). Der vorliegende IAFP bezieht sich auf den Legislaturplan 2009 - 2013.

1.4. Neuerungen gegenüber dem IAFP 2013 – 2016

Es sind keine wesentlichen inhaltlichen oder strukturellen Änderungen im IAFP-Bericht vorgenommen worden.

1.5. Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2)

Mit RBB Nr. 944 vom 26. Mai 2009 wurde beschlossen, das neue Rechnungsmodell HRM2 im Kanton Solothurn auf den 1. Januar 2012 einzuführen. Das Projekt ist erfolgreich verlaufen, die Systemumstellung erfolgte termingerecht, so dass ab 1. Januar 2012 mit dem HRM2-Standard abgerechnet wird. Das Restatement des Finanz- und Verwaltungsvermögens per 1. Januar 2012 ist erfolgt. Die definitive Eingangsbilanz per 1.1.2012 wird in einem Bilanzanpassungsbericht zusammen mit dem Geschäftsbericht 2012 der Regierung und dem Parlament unterbreitet.

1.6. Planungsgrundlagen

Bei der Erstellung des vorliegenden Plans gingen wir von folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten aus:

Wirtschaftswachstum (BIP real)

Im Frühjahr 2013 spürt die Schweizer Wirtschaft den Rückenwind von den internationalen Finanzmärkten und der sich anbahnenden weltwirtschaftlichen Belebung. Angesichts einer weiterhin stabilen Inlandkonjunktur und des sich aufhellenden Ausblicks für die Exportwirtschaft stehen die Chancen für ein anziehendes Wirtschaftswachstum im Verlaufe dieses und des nächsten Jahres gut. Die Expertengruppe des Bundes (seco) rechnet für 2013 mit einem noch relativ moderaten BIP-Wachstum von 1,3% und für 2014 mit einer Beschleunigung auf 2,1%. Trotz der wieder erwachenden Konjunkturzuversicht sind indes die Risiken nicht verschwunden (dauerhafte Bewältigung der Schuldenkrise im Euroraum).

Die schwächere Konjunktur führte im vergangenen Jahr zu einer leichten Verschlechterung am Arbeitsmarkt. Das Beschäftigungswachstum blieb zwar positiv, schwächte sich aber zum Jahresende hin ab. Die Ar-

beitslosigkeit nimmt seit anfangs 2012 langsam zu. Ende Februar 2013 betrug die Arbeitslosenquote 3,1%. Trotz der aufgehellten Konjunkturperspektiven zeichnet sich für den Arbeitsmarkt vorerst noch keine positive Wende ab. Insgesamt rechnet die Expertengruppe für die Arbeitslosigkeit noch bis Ende dieses Jahres mit einer Zunahme und anschliessend einer Stabilisierung, was im Jahresdurchschnitt Arbeitslosenquoten von jeweils 3,3% für 2013 und 2014 entspricht.

Teuerung

Die Inflation ist zurzeit in der Schweiz kein Thema. Die Teuerung ist weiterhin tief und das seco rechnet für 2013 mit einer durchschnittlichen Jahresteuierung von 0,1%. Für 2014 wird die Teuerung auf rund 0,2% geschätzt.

Die Lohnmassnahmen werden alljährlich von den Sozialpartnern ausgehandelt, deshalb ist in den Planjahren 2014 – 2017 keine zusätzliche Teuerung bei den Personalkosten berücksichtigt. Die Lohnkosten sind damit auf dem Stand des Voranschlags 2013 für alle Planjahre fortgeschrieben.

Bevölkerungswachstum

Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/in gehen wir davon aus, dass die Einwohnerzahl des Kantons Solothurn jährlich um rund 1'000 Einwohner/innen zunimmt. Als Basis dienen die aktuellen Bevölkerungszahlen per 31.12.2012.

Steuerertrag

Das Kantonale Steueramt geht von einer leichten Erholung der Konjunktur aus. Es rechnet im Bereich der natürlichen Personen bei den Steuern mit einem jährlichen Wachstum von rund 2,0%. Bei den juristischen Personen dürfte sich die konjunkturelle Erholung und damit die Zunahme des Steuerertrages erst mit Verzögerung einstellen. Zur Zeit sind keine Steuergesetzrevisionen bekannt, welche zu Mehr- oder Mindereinnahmen führen würden.

Steuerfuss

Im vorliegenden integrierten Aufgaben- und Finanzplan ist der Steuerfuss für natürliche Personen auf 100% und für die juristischen Personen auf 104% festgelegt (KRB 163/2011 vom 14. Dezember 2011).

Welche Geschäfte sind in der Finanzplanung?

Im Grundsatz werden die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen abgebildet, welche auf einen rechtskräftigen Erlass, Absichtserklärung, Finanzbeschluss, Vernehmlassungsvorlage oder verabschiedeten Botschaften basieren. Die finanzielle Ausprägung ist gemäss den genehmigten Beschlüssen darzustellen, insbesondere bei befristeten Geschäften. Die Pflegeversicherung und Beitrag an den innerkantonalen Finanzausgleich sind entsprechend abgebildet.

Viele Projekte vom Parlament oder Regierung sind indessen noch nicht so weit gediehen. Somit werden nicht spruchreife kantonale Geschäfte in denen eine unzureichende Planungssicherheit besteht, im Finanzplan nicht aufgeführt, wie z. Bsp. die Ausfinanzierung der Pensionskasse.

Um der Verknüpfung von Sach- und Finanzpolitik trotzdem gerecht werden, sind die wesentlichsten Abgrenzungen der bundespolitischen und kantonalen Ge-

schäfte auf dem aktuellen Stand transparent darzustellen.

Berücksichtigung bundespolitischer Vorhaben

Massgeblichen Einfluss auf die Planjahre 2014 - 2017 hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), welche am 1.1.2008 in Kraft getreten ist. Die Berechnung des Ressourcenausgleichsbetrages ist sehr komplex. Der Anteil des Kantons Solothurn ist abhängig von der Entwicklung des eigenen Ressourcenindex, aber auch massgeblich von den Bewegungen der anderen 25 Kantone. Deshalb sind bereits mittelfristige Prognosen ungenau. Für 2014 wirken sich die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Berechnungsgrundlagen (Steuerdaten 2008-2010) weiterhin aus. Für die Jahre 2014 – 2017 basieren die Zahlen auf dem aktualisierten Schätzmodell der FkF (Fachgruppe für kantonale Finanzfragen) für den NFA-Ressourcenausgleich des BAK (Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung) vom März 2012.

Alle weiteren, noch nicht definitiv beschlossenen Vorhaben auf Bundesebene, welche den Finanzhaushalt des Kantons teilweise in einem beträchtlichen Masse beeinflussen können (Aufgabenüberprüfung des Bundes, Unternehmens- und Familienbesteuerungsreform, etc.), sind hingegen im vorliegenden IAFP noch nicht berücksichtigt.

Stichtage

Für die Finanzdaten gilt als Stichtag der 2. April 2013. Berücksichtigt sind die Daten des verabschiedeten Geschäftsbericht 2012 (RRB Nr. 2013/xxx vom 2. April 2013) und des Voranschlags 2013 (KRB Nr. 142/2012 vom 12. Dezember 2012.)

Legislaturplan

Bei jedem Aufgabenbereich sind die Vorgaben aus dem Legislaturplan 2009 - 2013 explizit aufgeführt. Die Vorgaben basieren auf dem im August 2009 verabschiedeten Legislaturplan (SGB 148/2009), ergänzt und / oder abgeändert um die vom Kantonsrat eingereichten Planungsbeschlüsse, denen der Regierungsrat teilweise zugestimmt hat. Der Legislaturplan 2013- 2017 wirkt sich erstmals auf den IAFP 2015-18 aus.

1.7. Massnahmenplan 2013

Im Legislaturplan 2009 – 2013 wurde unter C.1.4 Nachhaltige Finanzpolitik, S.12 festgelegt, dass „aufgrund der schlechten Finanzentwicklung im IAFP“ eine Massnahmenplanung vorzunehmen sei (KRB 148/2009, Planungsbeschluss 10).

Der „Massnahmenplan zur Erreichung einer mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes“, wurde als eigene Vorlage, jedoch gleichzeitig mit dem IAFP 2013 – 2016 dem Kantonsrat vorgelegt. Die Massnahmen waren in den Finanzplanzahlen 2013 – 2016 nicht enthalten und wurden im Kantonsrat am 7. November 2012 (SGB 055/2012) einzeln beschlossen. Gesamthaft wurden Massnahmen mit einem Einsparungspotential von rund 30 Mio. CHF verabschiedet. Die im Grundsatz genehmigten Massnahmen sind im vorliegenden IAFP berücksichtigt.

Das Controlling des Massnahmenplanes 2013 wurde dem Amt für Finanzen übertragen. Eine erste Auswer-

tung über den Bearbeitungsstand der Massnahmen wird mit dem Geschäftsbericht 2013 im Frühjahr 2014 vorgelegt.

1.8. Massnahmenplan 2014

Die finanzpolitische Situation des Kantons Solothurn wird massgeblich durch ein strukturelles Defizit von rund 150 Mio. CHF geprägt. Per 31.12.2012 besteht zwar ein frei verfügbares Eigenkapital von rund 415 Mio. CHF, welches ohne Gegenmassnahmen aber spätestens 2015 aufgebraucht sein wird. Die Schuldenbremse zwingt zu Überschüssen, sobald ein Fehlbetrag in der Bilanz ausgewiesen wird.

Der Kantonsrat beauftragte im Rahmen der Behandlung des Massnahmenplan 2013 die Regierung, ein erweitertes Massnahmenpaket vorzulegen mit der Auflage „insbesondere interne Prozessoptimierungen in den einzelnen Ämtern wie auch externe Leistungs- und Beratungsmandate“ zu prüfen. Überdies dürfe auch „ein Aufgabenverzicht kein Tabu sein“ (SGB 055/2012). Gleichzeitig wurden mehrere parlamentarische Vorstösse mit ähnlicher Stossrichtung eingereicht. Der Regierungsrat hat am 12. März 2013 die Organisation und das Vorgehen zum Massnahmenplan 2014 beschlossen (RRB Nr. 2013/440). Dabei wurden sechs Arbeitspakete definiert. Die Gesamtverantwortung des Prozesses liegt beim Regierungsrat, wobei die Teilprojektleitung, ausser bei dem „Arbeitspaket 1“, bei den

jeweiligen Departementen wahrgenommen wird. Das „Arbeitspaket 1“ ist als übergeordnetes strategisches Organisationsprojekt mit externer Beratung zu verstehen und beinhaltet nicht einzelne operative Prozessoptimierungen innerhalb einzelner Amtsstellen, sondern fokussiert sich auf strukturelle gesamtheitliche Aufgaben- und Leistungsverzicht. Den Departementen steht es offen, in den Arbeitspaketen 2-6 ebenfalls weitere externe Berater zuzuziehen.

Dabei ist geplant, ab dem 29. April 2013 auch die neu gewählten Regierungsratsmitglieder in die Vorbereitung des Massnahmenpaketes mit einzubeziehen. Die Massnahmen sollen vorgängig an einem Runden Tisch besprochen werden und kommen mit dem Voranschlag 2014 in die parlamentarische Beratung.

Verbesserungsmassnahmen nicht im IAFP enthalten

Zurzeit beginnt die Erarbeitung des Massnahmenplanes 2014 erst und folglich sind noch keine weitergehenden Massnahmen im vorliegenden IAFP enthalten. Auch der Voranschlag 2014 wird in den Finanzzahlen keine „Massnahmen 2014“ enthalten, weil diese zuerst separat mit dem Voranschlag durch das Kantonsparlament einzeln zu verabschieden sind.

2. Finanzielle Übersichten

2.1. Gesamtschau

Leistungen

Die Sicht auf die Leistungen mit den entsprechenden Aufgaben, Massnahmen und Projekten sind in den einzelnen Departementen im Kapitel 3 aufgelistet und werden hier nicht weiter kommentiert.

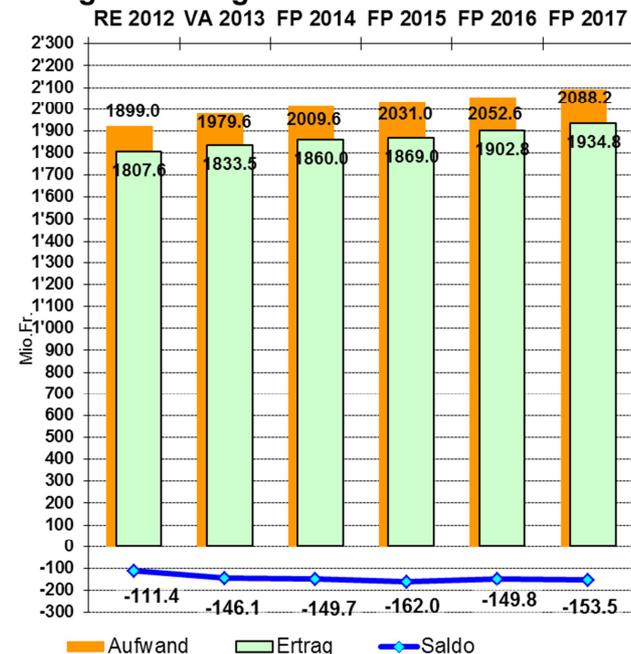
Finanzen

Der Voranschlag 2013 schliesst in der Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von 146.1 Mio. CHF ab. 2014 verschlechtert sich das Ergebnis auf 149.7 Mio. CHF. Die Talsohle wird im Planjahr 2015 mit einem Defizit über 160 Mio. CHF erreicht. Die weiteren Planjahre weisen ein geringe Erholung auf tiefen Niveau aus, welches sich bei rund 150 Mio. CHF zu stabilisieren scheint.

Strukturelles Defizit von rund 150 Mio. CHF

Die Finanzplanjahre 2014 - 2017, welche im Bewusstsein eines erhöhten Spardruckes geplant wurden und zunehmend verlässlichere Aussagen ermöglichen, sind geprägt durch ein strukturelles Defizit von rund 150 Mio. CHF, welches seit dem Jahr 2012 stark von folgen-

Erfolgsrechnung IAFP



den fünf Faktoren geprägt wird und sich auf dieser Höhe zu stabilisieren scheint.

1) **Reduzierte Ausschüttungen** der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an die Kantone. Rückgang von 33.0 Mio. CHF für den Kanton Solothurn. Rückgang der Kapitalerträge von der Alpiq.

2) Die **Revision des Krankenversicherungsgesetzes** (KVG) mit der freien Spitalwahl führt 2012 beim Kanton zu Mehrkosten von rund 30 Mio. CHF (Kostenbeteiligung des Kantons von 50%), bis 2017 zu rund 60 Mio. CHF (wenn der Kanton den gesetzlich vorgeschriebenen Satz von 55% der Spitalkosten tragen wird).

3) Deutliche **Kostensteigerungen** namentlich in den Bereichen **Bildung** (verschiedene vom Volk und dem Kantonsrat gutgeheissene Reformen) und **Soziales** (Ergänzungsleistungen im Alter und IV, Pflegekostenfinanzierung).

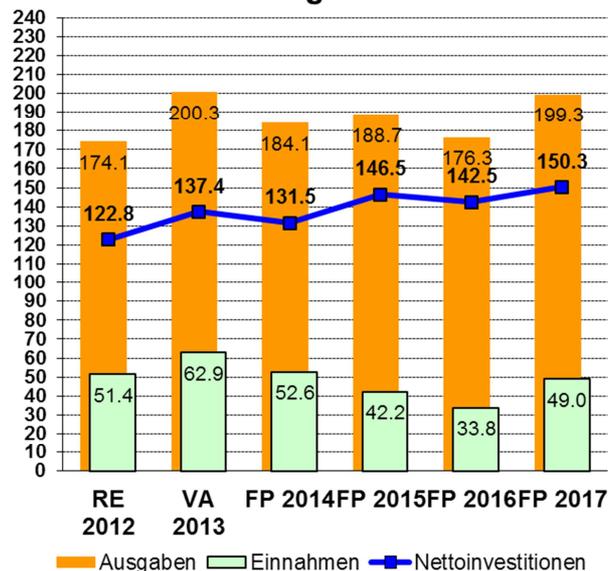
4) Die vom Kantonsrat beschlossene **Steuersatzreduktion** von 104 auf 100 % der Staatssteuer bei natürlichen Personen führte ab 2012 zu jährlichen Einnahmenausfällen von 22,5 Mio. CHF.

5) Weiter führt die labile Wirtschafts- und Finanzlage zu tieferen Steuererträgen insbesondere bei den **juristischen Personen** aber auch bei den natürlichen Personen.

Grossprojekte

Geprägt ist die Investitionsrechnung von den Grossprojekten im Strassenbau, im Hochbau (Neubauten Bürgerspital Solothurn, Berufsschule Solothurn und Straf- und Massnahmenvollzugsanstalt 'im Schache' sowie Sanierungen Kantonsschule Olten und Museum Altes Zeughaus.), den Wasserschutzbauten und dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Investitionsrechnung



2.2. Ergebnisse

in Mio. Fr	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
1. Erfolgsrechnung						
Total betrieblicher Aufwand	1'897.3	1'959.3	1'989.5	2'005.7	2'022.1	2'051.5
Total betrieblicher Ertrag	-1'761.6	-1'786.6	-1'811.8	-1'821.3	-1'853.0	-1'883.9
Betriebsergebnis (Aufwandüberschuss)	135.7	172.7	177.7	184.4	169.1	167.6
Ergebnis aus Finanzierung	-24.3	-26.6	-28.0	-22.4	-19.3	-14.1
ausserordentliches Ergebnis						
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	111.4	146.1	149.7	162.0	149.8	153.5
2. Investitionsrechnung						
Total Ausgaben	174.1	200.3	184.1	188.7	176.3	199.3
Total Einnahmen	-51.4	-62.9	-52.6	-42.2	-33.8	-49.0
Nettoinvestitionen	122.8	137.4	131.5	146.5	142.5	150.3
3. Finanzierung						
Nettoinvestitionen	122.8	137.4	131.5	146.5	142.5	150.3
- Abschreibungen Verw.vermögen/Investitionsbeiträge	-61.6	-67.2	-73.7	-68.0	-68.7	-70.0
+ Entnahme aus Eigenkapital	111.4	146.1	149.7	162.0	149.8	153.5
Finanzierungsfehlbetrag	172.6	216.4	207.4	240.5	223.6	233.8
4. Frei verfügbares Eigenkapital						
Stand frei verfügbares EK per 01.01.	526.2	414.8	268.6	119.0	-43.0	-192.8
Ertrags- bzw. Aufwandüberschuss	-111.4	-146.1	-149.7	-162.0	-149.8	-153.5
Frei verfügbares Eigenkapital per 31.12.	414.8	268.6	119.0	-43.0	-192.8	-346.3
5. Nettoverschuldung						
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	1'756	2'567	3'332	4'211	5'018	5'853
6. Selbstfinanzierungsgrad						
(= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	-41%	-57%	-58%	-64%	-57%	-56%

* Die Zahlen im VA13 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2012 aktualisiert.

4. Frei verfügbares Eigenkapital

Mit der AFU-Wasserrechnung (17,3 Mio. CHF), den Globalbudgetreserven (13,8 Mio. CHF) und den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital (498,1 Mio. CHF) beträgt das Eigenkapital gesamthaft 944,0 Mio. CHF. Das frei verfügbare Eigenkapital ist jedoch massgebend für die Defizitbremse. Dieses beläuft sich im Jahr 2012 auf 414.8 Mio. CHF und wird ohne Gegenmassnahmen im Jahr 2015 aufgebraucht sein. Ab diesem Zeitpunkt würde die Defizitbremse wirksam (§ 23 WoVG).

5. Nettoverschuldung

Der massive Anstieg der Nettoverschuldung gegenüber der Rechnung 2011 (Nettovermögen von 23.8 Mio. CHF) ist insbesondere auf die Passivierung des Anteils des Kantons (Verwaltung und Kantonalen Schulen) an der Deckungslücke der Pensionskasse (PKSO) zurückzuführen (Stand 31.12.2012: 444,8 Mio. CHF).

2.2.1. Erfolgsrechnung nach Departementen

in Mio. Fr.

Total alle Departemente	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Aufwand	1'919.0	1'979.6	2'009.6	2'031.0	2'052.6	2'088.2
Ertrag	-1'807.6	-1'833.5	-1'860.0	-1'869.0	-1'902.8	-1'934.8
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	111.4	146.1	149.7	162.0	149.8	153.5
1. Behörden und Staatskanzlei						
Aufwand	18.4	18.7	18.8	19.0	19.1	19.1
Ertrag	-3.8	-3.2	-3.2	-3.2	-3.2	-3.2
Verrechnungen	-8.4	-8.3	-8.3	-8.3	-8.3	-8.3
Saldo	6.2	7.2	7.3	7.5	7.6	7.6
2. Bau- und Justizdepartement						
Aufwand	224.3	244.7	251.1	247.4	258.5	263.9
Ertrag	-92.1	-91.6	-93.4	-93.2	-98.8	-101.1
Verrechnungen	-109.8	-108.4	-110.6	-112.5	-113.5	-114.2
Saldo	22.3	44.7	47.0	41.7	46.2	48.6
3. Bildung und Kultur						
Aufwand	449.6	458.4	473.1	481.9	481.8	484.1
Ertrag	-53.2	-49.6	-49.2	-48.1	-47.4	-46.8
Verrechnungen	26.6	28.4	28.4	28.4	28.4	28.4
Saldo	423.0	437.2	452.3	462.1	462.8	465.7
4. Finanzdepartement						
Aufwand	129.0	126.6	130.9	135.5	140.8	148.4
Ertrag	-1'171.3	-1'189.4	-1'216.1	-1'225.6	-1'251.5	-1'278.8
Verrechnungen	23.3	20.4	20.7	22.3	23.6	24.0
Saldo	-1'019.0	-1'042.4	-1'064.5	-1'067.7	-1'087.1	-1'106.4
5. Departement des Innern						
Aufwand	872.3	898.8	907.2	919.2	938.4	958.2
Ertrag	-346.0	-356.8	-359.2	-360.2	-363.2	-366.1
Verrechnungen	69.0	67.8	69.7	70.4	71.1	71.8
Saldo	595.4	609.8	617.7	629.4	646.3	663.9
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Aufwand	201.9	208.7	204.7	204.2	190.3	190.7
Ertrag	-136.2	-137.6	-133.5	-133.4	-133.5	-133.5
Verrechnungen	-3.8	-3.1	-3.1	-3.6	-4.6	-5.0
Saldo	61.9	68.0	68.1	67.2	52.2	52.2
7. Gerichte						
Aufwand	23.6	23.7	23.9	23.9	23.9	23.9
Ertrag	-5.1	-5.4	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3
Verrechnungen	3.1	3.2	3.3	3.3	3.3	3.3
Saldo	21.6	21.5	21.8	21.8	21.8	21.8

2.2.2. Investitionsrechnung nach Departementen

in Mio. Fr.

Total alle Departemente	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Ausgaben	174.1	200.3	184.1	188.7	176.3	199.3
Einnahmen	-51.4	-62.9	-52.6	-42.2	-33.8	-49.0
Nettoinvestitionen	122.8	137.4	131.5	146.5	142.5	150.3
1. Behörden und Staatskanzlei						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
2. Bau- und Justizdepartement						
Ausgaben	154.7	176.5	161.9	161.4	153.9	178.7
Einnahmen	-47.4	-56.0	-45.7	-35.3	-26.9	-42.1
Nettoinvestitionen	107.3	120.4	116.1	126.1	127.0	136.6
3. Departement für Bildung und Kultur						
Ausgaben	1.9	2.7	2.5	2.5	2.5	2.5
Einnahmen	-1.6	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Nettoinvestitionen	0.3	0.7	0.5	0.5	0.5	0.5
4. Finanzdepartement						
Ausgaben	5.1	8.8	7.0	7.0	7.0	7.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	5.1	8.8	7.0	7.0	7.0	7.0
5. Departement des Innern						
Ausgaben	1.8	2.8	3.2	8.5	3.8	1.9
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	1.8	2.8	3.2	8.5	3.8	1.9
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Ausgaben	10.6	9.6	9.6	9.3	9.1	9.1
Einnahmen	-2.4	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Nettoinvestitionen	8.2	4.7	4.7	4.4	4.3	4.3
7. Gerichte						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

2.2.3. Funktionale Gliederung Erfolgsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
0 Allgemeine Verwaltung						
Aufwand	159.2	162.6	164.6	164.6	164.3	165.9
Ertrag	-75.7	-71.4	-70.6	-70.1	-70.2	-70.2
Verrechnung	-66.2	-67.2	-67.1	-67.1	-67.1	-67.1
Saldo	17.3	24.1	26.9	27.3	27.1	28.6
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Aufwand	199.5	199.6	207.4	211.8	211.0	212.1
Ertrag	-88.5	-88.1	-88.6	-87.4	-87.4	-87.4
Verrechnung	7.0	7.5	7.4	7.4	7.4	7.4
Saldo	118.0	119.0	126.3	131.8	131.1	132.1
2 Bildung						
Aufwand	446.0	454.2	469.0	477.4	477.3	479.6
Ertrag	-53.8	-50.0	-49.7	-48.6	-47.8	-47.2
Verrechnung	27.9	29.6	29.6	29.6	29.6	29.6
Saldo	420.1	433.8	448.9	458.3	459.0	461.9
3 Kultur und Freizeit						
Aufwand	15.8	15.4	15.6	15.7	15.5	15.6
Ertrag	-5.1	-4.4	-4.5	-4.2	-4.0	-4.0
Verrechnung	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	12.6	13.0	13.0	13.4	13.4	13.4
4 Gesundheit						
Aufwand	336.1	332.0	333.4	332.4	343.2	354.1
Ertrag	-4.6	-3.8	-3.8	-3.8	-3.8	-3.8
Verrechnung	1.1	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
Saldo	332.7	329.4	330.8	329.9	340.7	351.6
5 Soziale Wohlfahrt						
Aufwand	394.3	425.6	425.0	433.7	442.8	450.7
Ertrag	-211.3	-225.4	-225.7	-227.1	-229.4	-231.6
Verrechnung	2.3	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Saldo	185.3	202.1	201.4	208.5	215.4	221.1
6 Verkehr						
Aufwand	110.1	122.1	127.5	123.1	126.5	131.3
Ertrag	-23.2	-22.6	-23.0	-23.9	-25.3	-26.5
Verrechnung	-73.4	-72.2	-74.1	-75.9	-76.9	-77.6
Saldo	13.5	27.3	30.5	23.3	24.3	27.2
7 Umwelt, Raumordnung						
Aufwand	33.1	36.9	34.5	35.7	44.6	45.1
Ertrag	-27.0	-21.4	-22.0	-21.0	-23.5	-23.5
Verrechnung	1.8	2.1	1.8	1.8	1.8	1.8
Saldo	7.9	17.6	14.2	16.5	22.9	23.3
8 Volkswirtschaft						
Aufwand	123.2	129.9	129.5	129.3	129.5	129.5
Ertrag	-107.1	-109.4	-109.1	-109.0	-109.1	-109.1
Verrechnung	3.0	3.1	3.1	3.1	3.1	3.1
Saldo	19.2	23.6	23.5	23.4	23.5	23.5
9 Finanzen und Steuern						
Aufwand	101.7	101.3	103.1	107.3	97.9	104.5
Ertrag	-1'211.4	-1'237.0	-1'263.1	-1'273.7	-1'302.3	-1'331.3
Verrechnung	94.5	92.0	94.2	96.0	97.0	97.7
Saldo	-1'015.2	-1'043.7	-1'065.8	-1'070.4	-1'107.4	-1'129.1
Gesamttotal						
Aufwand	1'919.0	1'979.6	2'009.6	2'031.0	2'052.6	2'088.2
Ertrag	-1'807.6	-1'833.5	-1'860.0	-1'869.0	-1'902.8	-1'934.8
Verrechnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	111.4	146.1	149.7	162.0	149.8	153.5

2.2.4. Funktionale Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
0 Allgemeine Verwaltung						
Ausgaben	5.1	8.8	7.0	7.0	7.0	7.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	5.1	8.8	7.0	7.0	7.0	7.0
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Ausgaben	1.8	5.4	3.8	8.5	8.3	1.9
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	1.8	5.4	3.8	8.5	8.3	1.9
2 Bildung						
Ausgaben	57.3	63.7	53.3	41.6	33.5	30.2
Einnahmen	-17.6	-15.0	-11.3	-12.0	-4.1	-2.1
Nettoinvestitionen	39.7	48.7	42.0	29.6	29.4	28.1
3 Kultur und Freizeit						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Gesundheit						
Ausgaben	29.9	22.3	23.2	40.8	52.5	55.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	29.8	22.3	23.2	40.8	52.5	55.0
5 Soziale Wohlfahrt						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Verkehr						
Ausgaben	60.6	74.9	76.7	71.8	56.1	74.9
Einnahmen	-24.8	-33.1	-30.4	-20.1	-19.6	-30.7
Nettoinvestitionen	35.8	41.8	46.3	51.6	36.4	44.2
7 Umwelt, Raumordnung						
Ausgaben	8.9	15.7	10.6	9.7	9.9	21.2
Einnahmen	-6.2	-9.9	-6.1	-5.1	-5.2	-11.3
Nettoinvestitionen	2.7	5.8	4.5	4.6	4.7	9.9
8 Volkswirtschaft						
Ausgaben	10.6	9.3	9.3	9.3	9.1	9.1
Einnahmen	-2.4	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Nettoinvestitionen	8.2	4.4	4.4	4.4	4.3	4.3
9 Finanzen und Steuern						
Ausgaben	0.0	0.3	0.3	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-0.3	0.3	0.3	0.0	0.0	0.0
Gesamttotal						
Ausgaben	174.1	200.3	184.1	188.7	176.3	199.3
Einnahmen	-51.4	-62.9	-52.6	-42.2	-33.8	-49.0
Nettoinvestitionen	122.8	137.4	131.5	146.5	142.5	150.3

2.2.5. Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung

Aufwand in Mio. Fr.

	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
3 Aufwand	1'919.0	1'979.6	2'009.6	2'031.0	2'052.6	2'088.2
30 Personalaufwand	417.1	427.4	432.3	434.3	432.7	435.1
300 Behörden, Kommissionen und Richter	7.4	7.6	7.6	7.6	7.6	7.6
301 Löhne des Verwaltungs-u.Betriebspersonal	257.0	265.0	269.3	271.2	272.0	272.6
302 Löhne der Lehrkräfte	76.3	75.5	74.5	74.3	72.3	72.4
303 Temporäre Arbeitskräfte	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
304 Zulagen	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
305 Arbeitgeberbeiträge	67.4	69.4	69.9	70.2	69.9	71.5
306 Arbeitgeberleistungen	5.9	5.0	6.0	6.0	6.0	6.0
309 Übriger Personalaufwand	3.0	4.6	4.7	4.7	4.7	4.7
31 Sach-und übriger Betriebsaufwand	174.7	180.1	197.0	196.2	203.6	203.2
310 Material-und Warenaufwand	18.9	20.2	20.4	20.9	20.9	20.9
311 Nicht aktivierbare Anlagen	9.4	10.6	9.9	10.1	10.1	10.0
312 Wasser, Energie, Heizmaterial	5.2	5.6	5.6	5.8	5.8	5.8
313 Dienstleistungen und Honorare	62.2	63.1	64.8	64.0	71.8	71.6
314 Baulicher Unterhalt	24.6	25.3	26.5	25.5	25.7	25.9
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anl.	9.3	9.2	9.5	9.6	9.6	9.6
316 Mieten,Leasing,Pachten,Benützungsgebühren	13.9	14.1	14.2	13.7	13.4	13.4
317 Spesenentschädigungen	3.8	4.1	4.1	4.2	4.2	4.1
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	20.5	21.6	21.5	21.5	21.5	21.5
319 Verschiedener Betriebsaufwand	7.0	6.2	20.5	20.8	20.7	20.4
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	48.4	50.7	57.7	57.8	58.3	59.1
330 Sachanlagen VV	48.4	50.7	57.7	57.8	58.3	59.1
34 Finanzaufwand	21.7	20.3	20.1	25.3	30.5	36.7
340 Zinsaufwand	9.4	13.7	14.0	19.2	24.5	30.6
342 Kapitalbeschaffungs-und Verwaltungskoste	1.2	0.1	0.2	0.2	0.3	0.3
343 Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	1.3	1.8	1.8	1.8	1.7	1.7
349 Verschiedener Finanzaufwand	-37.6	4.8	4.1	4.1	4.1	4.1
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	4.9	0.8	1.3	2.0	2.5	2.0
350 Einl.in Fonds u.Spez.finanz.im Fremdkapital	4.9	0.8	1.3	2.0	2.5	2.0
36 Transferaufwand	1'167.5	1'220.5	1'219.4	1'233.4	1'243.1	1'270.3
360 Ertragsanteile an Dritte	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	99.7	98.5	91.7	94.3	92.8	93.4
3611 Entschädigungen an Kantone und Konkordat	81.6	80.0	85.9	87.9	89.0	89.6
3612 Entschädigungen an Gemeinde und Zweckverb.	18.0	18.4	5.8	6.4	3.8	3.8
362 Finanz- und Lastenausgleich	11.8	44.2	40.4	40.5	26.0	26.9
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'042.6	1'061.3	1'071.2	1'088.3	1'113.9	1'139.0
3630 Beiträge an den Bund	9.1	10.8	10.8	10.8	10.8	10.8
3631 Beiträge an Kantone und Konkordate	8.3	9.4	9.5	10.8	10.6	10.3
3632 Beiträge an Gemeinden u.Gem.Zweckverb.	189.4	156.1	159.0	164.3	165.9	168.0
3634 Beiträge an öffentliche Unternehmungen	431.2	440.5	446.1	446.3	460.6	475.0
3635 Beiträge an private Unternehmungen	46.2	56.0	58.7	59.4	60.3	61.3
3637 Beiträge an private Haushalte	358.4	388.5	387.1	396.6	405.7	413.7
364 Wertberichtigungen Darlehen VV	0.1	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge	13.2	16.5	16.0	10.2	10.3	10.9
37 Durchlaufende Beiträge	84.6	82.0	81.8	81.8	81.8	81.8
370 Durchlaufende Beiträge	84.6	82.0	81.8	81.8	81.8	81.8
3702 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	1.1	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
3707 Privat Haushalte	83.4	81.0	80.8	80.8	80.8	80.8
38 Ausserordentlicher Aufwand	0.0	-2.2	0.0	0.0	0.0	0.0
389 Einlagen in das Eigenkapital	0.0	-2.2	0.0	0.0	0.0	0.0

Ertrag in Mio. Fr.

	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
4 Ertrag	-1'807.6	-1'833.5	-1'860.0	-1'869.0	-1'902.8	-1'934.8
40 Fiskalertrag	-865.8	-848.3	-879.8	-885.9	-909.6	-928.8
400 Direkte Steuern natürliche Personen	-603.2	-589.2	-617.7	-622.7	-634.7	-647.7
401 Direkte Steuern juristische Personen	-127.9	-131.0	-131.0	-131.5	-142.4	-147.9
402 übrige direkte Steuern	-67.2	-61.8	-62.8	-62.8	-62.8	-62.8
403 Besitz- und Aufwandsteuern	-67.5	-66.3	-68.3	-69.0	-69.7	-70.4
41 Regalien und Konzessionen	-30.6	-30.8	-30.5	-30.5	-33.0	-33.0
410 Regalien	-2.1	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
411 Schweiz. Nationalbank	-21.4	-21.5	-21.4	-21.4	-21.4	-21.4
412 Konzessionen	-7.1	-7.3	-7.1	-7.1	-9.6	-9.6
42 Entgelte	-165.1	-156.2	-157.1	-156.6	-156.6	-156.6
421 Gebühren für Amtshandlungen	-77.9	-75.8	-75.6	-75.6	-75.6	-75.6
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-15.0	-14.8	-14.8	-14.8	-14.8	-14.8
423 Schul- und Kursgelder	-3.4	-3.1	-3.1	-3.1	-3.1	-3.1
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-13.9	-13.6	-12.7	-12.7	-12.7	-12.7
425 Erlös aus Verkäufen	-8.3	-7.4	-7.2	-7.2	-7.2	-7.2
426 Rückerstattungen	-11.1	-9.1	-9.9	-9.9	-9.9	-9.9
427 Bussen	-33.6	-31.1	-32.5	-32.0	-32.0	-32.0
429 übrige Entgelte	-1.8	-1.3	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
43 Verschiedene Erträge	-3.9	-4.4	-3.2	-2.1	-2.1	-2.1
430 Verschiedene betriebliche Erträge	-3.9	-4.4	-3.2	-2.1	-2.1	-2.1
44 Finanzertrag	-46.1	-46.9	-48.2	-47.7	-49.8	-50.8
440 Zinsertrag	-9.6	-8.2	-8.2	-8.2	-8.2	-8.2
441 Realisierte Gewinne FV	-3.5	-1.0	-1.0	0.0	-2.0	-3.0
443 Liegenschaftenertrag FV	-3.3	-4.0	-3.5	-3.4	-3.4	-3.4
445 Finanzertrag aus Darlehen und Bet.des VV	-3.3	-3.1	-3.3	-3.3	-3.3	-3.3
446 Finanzertrag von öffentl. Unternehmungen	-0.2	-0.5	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
447 Liegenschaftenertrag VV	-26.1	-30.2	-31.9	-32.6	-32.7	-32.7
45 Entnahme aus Fonds und Spezialfinanzierungen	-2.2	-7.3	-1.4	-1.3	-1.3	-1.3
450 Ent.aus Fonds und Spezialfinanz.im FK	-2.2	-7.3	-1.4	-1.3	-1.3	-1.3
46 Transferertrag	-609.4	-657.7	-658.2	-663.0	-668.5	-680.3
460 Ertragsanteile	-99.1	-107.9	-102.2	-104.1	-106.4	-108.3
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	-21.9	-21.4	-21.9	-20.8	-20.4	-20.0
4610 Entschädigungen vom Bund	-5.7	-5.7	-6.1	-6.0	-6.0	-5.9
4611 Entsch.von Kantonen und Konkordaten	-12.5	-12.1	-11.6	-11.2	-10.8	-10.5
4612 Entsch.von Gemeinden und Gem.Zweckverb.	-3.6	-3.5	-4.1	-3.5	-3.5	-3.5
4613 Entsch. von öffentlichen Sozialvers.	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
462 Finanz- und Lastenausgleich	-183.9	-215.3	-218.5	-220.9	-221.5	-228.5
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-304.3	-312.7	-315.0	-316.7	-319.7	-323.0
4630 Beiträge vom Bund	-176.7	-183.5	-185.6	-187.9	-190.0	-192.3
4631 Beiträge von Kantonen und Konkordaten	-4.8	-4.5	-4.5	-4.3	-4.3	-4.3
4632 Beiträge von Gemeinden	-118.0	-120.7	-121.2	-120.9	-121.8	-122.9
4634 Beiträge von öffentlichen Unternehmungen	-0.3	-0.2	-0.2	-0.3	-0.3	-0.3
4635 Beiträge von privaten Unternehmungen	-4.5	-3.7	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4
469 Verschiedener Transferertrag	-0.2	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
47 Durchlaufende Beiträge	-84.6	-82.0	-81.8	-81.8	-81.8	-81.8
470 Durchlaufende Beiträge	-84.6	-82.0	-81.8	-81.8	-81.8	-81.8
4700 Durchlaufende Beiträge vom Bund	-84.1	-81.5	-81.3	-81.3	-81.3	-81.3
4702 Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-0.6	-0.5	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6
Gesamttotal						
3 Aufwand	1'919.0	1'979.6	2'009.6	2'031.0	2'052.6	2'088.2
4 Ertrag	-1'807.6	-1'833.5	-1'860.0	-1'869.0	-1'902.8	-1'934.8
Saldo	111.4	146.1	149.7	162.0	149.8	153.5

2.2.6. Volkswirtschaftliche Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
5 Investitionsausgaben	174.1	200.3	184.1	188.7	176.3	199.3
50 Sachanlagen	149.8	161.6	154.7	167.4	154.9	177.2
501 Strassen	52.1	53.9	62.0	64.7	48.7	67.0
502 Wasserbau	5.3	10.1	7.9	7.3	7.5	18.6
504 Hochbauten	85.2	85.9	74.6	79.9	88.0	82.7
506 Mobilien	7.1	11.8	10.2	15.5	10.8	8.9
54 Darlehen	14.6	10.9	11.3	9.4	9.8	10.3
544 Öffentliche Unternehmungen	1.3	8.0	8.4	6.5	7.0	7.5
545 Private Unternehmungen	6.8	0.9	0.9	0.9	0.8	0.8
547 Private Haushalte	6.5	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
56 Eigene Investitionsbeiträge	6.0	21.7	11.5	5.2	5.0	5.2
560 Bund	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
562 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	1.1	3.0	0.6	0.3	0.3	0.3
564 Öffentliche Unternehmungen	4.0	17.3	10.0	4.1	3.9	4.1
565 Private Unternehmungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
567 Private Haushalte	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	3.7	6.1	6.7	6.7	6.7	6.7
572 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	1.1	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
574 Öffentliche Unternehmungen	1.6	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6
575 Private Unternehmungen	0.2	0.0	0.5	0.5	0.5	0.5
577 Privat Haushalte	0.7	2.3	2.3	2.3	2.3	2.3
6 Investitionseinnahmen	-122.8	-62.9	-52.6	-42.2	-33.8	-49.0
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-43.7	-52.9	-37.8	-33.0	-24.6	-39.8
630 Bund	-27.5	-29.6	-14.8	-12.3	-5.2	-6.7
631 Kantone und Konkordate	-1.9	-1.0	0.0	0.0	0.0	0.0
632 Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-14.2	-19.9	-20.6	-18.8	-19.3	-33.0
634 Öffentliche Unternehmungen	0.0	-2.4	-2.4	-1.8	-0.1	-0.1
64 Rückzahlung von Darlehen	-3.7	-3.9	-8.2	-2.5	-2.5	-2.5
644 Öffentliche Unternehmungen	-1.3	-1.4	-6.2	-1.0	-1.0	-1.0
645 Private Unternehmungen	-1.0	-0.9	-0.5	-0.1	-0.1	-0.1
647 Private Haushalte	-1.4	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-3.7	-6.1	-6.7	-6.7	-6.7	-6.7
670 Bund	-3.5	-6.1	-6.1	-6.1	-6.1	-6.1
671 Kantone	-0.2	0.0	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Gesamttotal						
5 Investitionsausgaben	174.1	200.3	184.1	188.7	176.3	199.3
6 Investitionseinnahmen	-51.4	-62.9	-52.6	-42.2	-33.8	-49.0
Nettoinvestitionen	122.8	137.4	131.5	146.5	142.5	150.3

2.3. Finanzkennzahlen

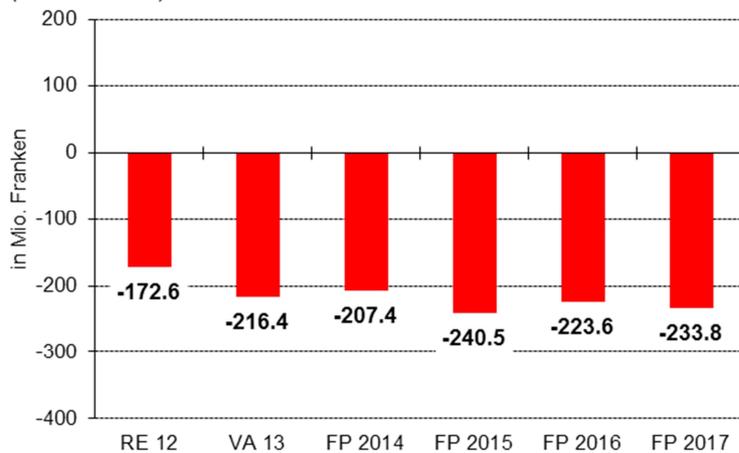
Finanzkennzahlen in Mio. Fr. bzw. %	RE 12	VA 13	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Cash Flow	-49.8	-79.0	-75.9	-94.0	-81.1	-83.5
Abschreibungen auf Investitionen	-61.6	-67.2	-73.7	-68.0	-68.7	-70.0
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	-111.4	-146.1	-149.7	-162.0	-149.8	-153.5
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-111.4	-146.1	-149.7	-162.0	-149.8	-153.5
Nettoinvestitionen	122.8	137.4	131.5	146.5	142.5	150.3
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag	-172.6	-216.4	-207.4	-240.5	-223.6	-233.8
Selbstfinanzierungsgrad	-41%	-57%	-58%	-64%	-57%	-56%
Nettoverschuldung ¹	456.2	672.6	880.0	1'120.5	1'344.1	1'577.9
Dito, in Fr. pro Einwohner ¹	1'756	2'567	3'332	4'211	5'018	5'853
Frei verfügbares Eigenkapital per 31.12.	414.8	268.7	119.0	-43.0	-192.8	-346.3
Einwohner Ende Jahr in Tausend ²	259.8	262.0	264.1	266.1	267.9	269.6

¹ Zahlen im Voranschlag 2013 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2012 aktualisiert.

² Anpassungen aufgrund der Bevölkerungsprognose.

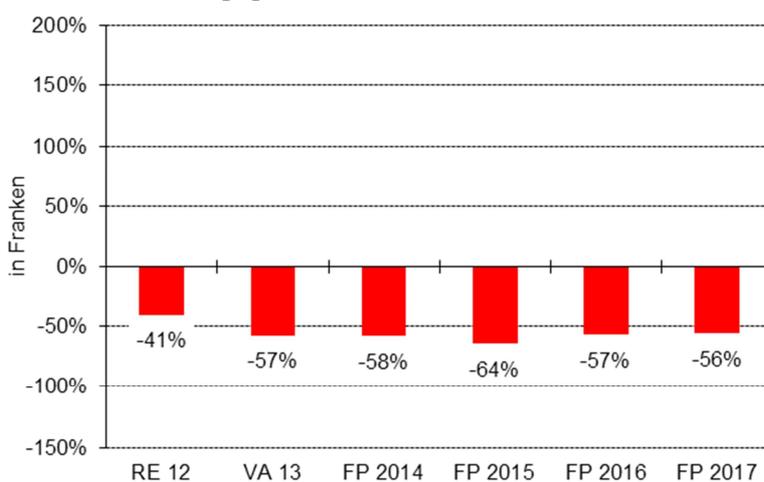
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag

(in Mio. Franken)



Der negative Trend vom Voranschlag 2013 setzt sich in den Planjahren fort. Ohne weitere Sparmassnahmen besteht ein deutlicher Finanzierungsfehlbetrag von über 200 Mio. CHF.

Selbstfinanzierungsgrad

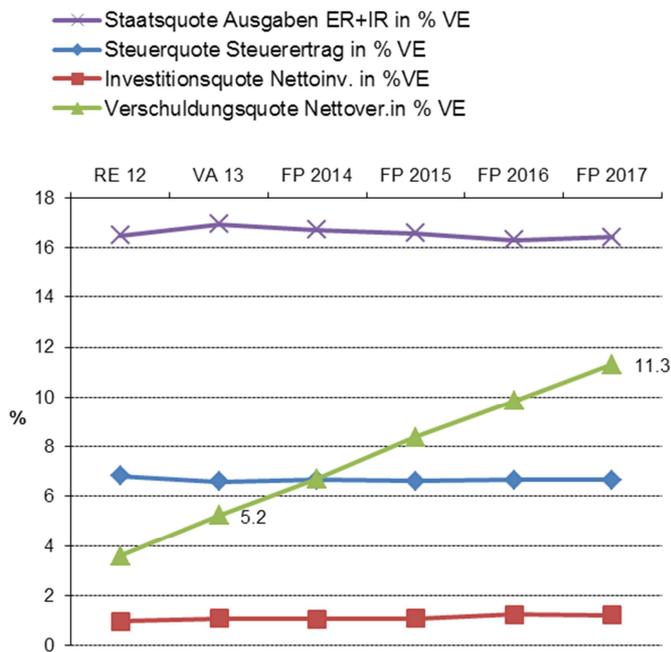


Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt das Verhältnis von Selbstfinanzierung (erarbeitetes Kapital: Cash flow) zu den Nettoinvestitionen. Bei einem Selbstfinanzierungsgrad zwischen 0 -100% können die Investitionen wenigstens teilweise selbst finanziert werden. Bei einem negativen Selbstfinanzierungsgrad entsteht ein Cash loss. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von minus 40% ab 2012 würden allein aus der Investitionstätigkeit die Schulden zunehmen. Dies war zuletzt 1994 im Kanton der Fall.

2.3.1. Kennzahlen in % vom Volkseinkommen

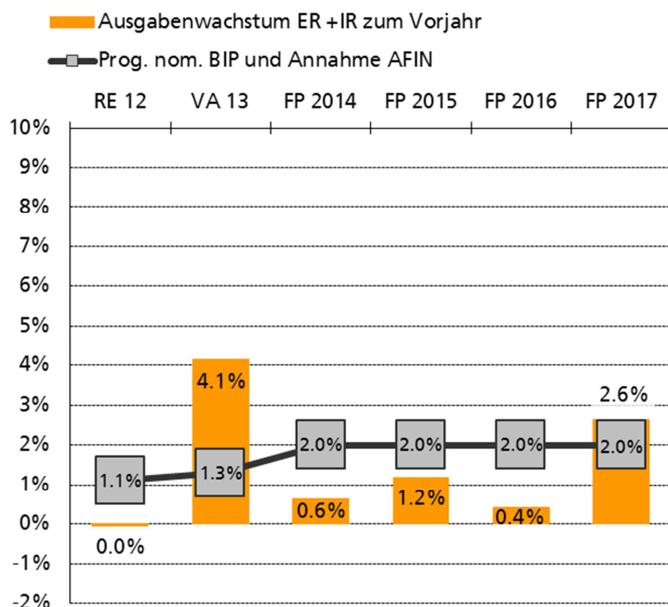
in Mio. Fr. bzw. %	RE 12	VA 13	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Geschätzte Zunahme VE in % ⁴	1.1%	1.3%	2.0%	2.0%	2.0%	2.0%
Volkseinkommen VE	12'700	12'865	13'135	13'397	13'665	13'939
Staatsquote Ausgaben ER+IR in % VE	16.5	16.9	16.7	16.6	16.3	16.4
Steuerertrag (Konto 40 inkl.MfZ-Steuer)	865.8	848.3	874.8	885.9	909.6	928.8
Steuerquote Steuerertrag in % VE	6.8	6.6	6.7	6.6	6.7	6.7
Nettoinvestitionen (Konto 5-6)	122.8	137.4	137.8	143.8	167.8	167.8
Investitionsquote Nettoinv. in %VE	1.0	1.1	1.0	1.1	1.2	1.2
Nettoverschuldung	456.2	672.6	880.0	1'120.5	1'344.1	1'577.9
Verschuldungsquote Nettover.in % VE	3.6	5.2	6.7	8.4	9.8	11.3

⁴ Basis Zahlen 2005 vom Bundesamt für Statistik und geschätzte Veränderungen des kantonalen Volkseinkommen gegenüber dem Vorjahr.



Die Staats-, Steuer- und Investitionsquote sind in den Finanzplanjahren fast identisch. Die Verschuldungsquote steigt von 5.2% im Jahr 2013 auf 11.3% im Jahr 2017.

Ausgabenwachstum in % zum BIP



Das Bruttoinlandprodukt (BIP) misst das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft und ist ein interessanter Wert im Vergleich zum Ausgabenwachstum des Kantons. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP ist. Das SECO prognostiziert ein Verhaltendes BIP-Wachstums von 1.3% für 2013, das sich im kommenden Jahren auf 2.0% festigen dürfte. Ab 2014 nehmen wir ein nominelles BIP von 2.0% an. In den 2014 bis 2016 wäre das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP und führt dennoch zu einer weiteren Verschuldung.

2.4. Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2013 – 2016

2.4.1. Erfolgsrechnung

	Vorjahr					Vorjahr					Vorjahr				
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014	Diff.	FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016	FP 2016	Diff.	FP 2017			
Total alle Departemente															
Aufwand	1'919.0	1'979.6	2'066.4	2'009.6	-56.8	2'109.3	2'031.0	-78.3	2'125.6	2'052.6	-73.0	2'088.2			
Ertrag	-1'807.6	-1'833.5	-1'920.4	-1'860.0	60.4	-1'951.8	-1'869.0	82.9	-1'982.6	-1'902.8	79.7	-1'934.8			
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0			
Saldo	111.4	146.1	146.1	149.7	3.6	157.4	162.0	4.6	143.0	149.8	6.8	153.5			

Beim Vergleich zur Vorjahresplanung „FP Vorjahr“ zu „FP 2014 bis 2016“ fallen keine grosse Veränderungen auf. Ein strukturelles Defizit von rund 150 Mio. CHF bestätigt sich in der Finanzplanung.

1. Behörden und Staatskanzlei	Vorjahr					Vorjahr					Vorjahr				
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014	Diff.	FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016	FP 2016	Diff.	FP 2017			
Aufwand	18.4	18.7	18.8	18.8	0.0	19.1	19.0	-0.1	19.2	19.1	-0.1	19.1			
Ertrag	-3.8	-3.2	-3.2	-3.2	-0.1	-3.2	-3.2	-0.1	-3.2	-3.2	-0.1	-3.2			
Verrechnungen	-8.4	-8.3	-8.4	-8.3	0.1	-8.4	-8.3	0.1	-8.4	-8.3	0.1	-8.3			
Saldo	6.2	7.2	7.3	7.3	0.0	7.5	7.5	0.0	7.6	7.6	0.0	7.6			

Keine wesentlichen Veränderungen.

2. Bau- und Justizdepartement	Vorjahr					Vorjahr					Vorjahr				
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014	Diff.	FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016	FP 2016	Diff.	FP 2017			
Aufwand	224.3	244.7	249.9	251.1	1.2	246.4	247.4	1.0	245.7	258.5	12.9	263.9			
Ertrag	-92.1	-91.6	-92.7	-93.4	-0.7	-96.3	-93.2	3.1	-97.2	-98.8	-1.7	-101.1			
Verrechnungen	-109.8	-108.4	-104.0	-110.6	-6.6	-104.0	-112.5	-8.4	-104.0	-113.5	-9.4	-114.2			
Saldo	22.3	44.7	53.2	47.0	-6.1	46.1	41.7	-4.4	44.5	46.2	1.8	48.6			

Dank den getroffenen Massnahmen steigt der Aufwand in den Jahren 2014/15 nur gering an. Einsparungen werden ab 2016 mehr als kompensiert durch die erstmals eingesetzten Kosten der Altlastensanierungen Stadtmist Solothurn von grob geschätzten 10 Mio. CHF pro Jahr. Die ausgewiesenen Mehrerträge ergeben sich aus der geplanten Realisierung des Massnahmenplanes 2013 mit den Verkäufen von Liegenschaften und dem Bootshafen sowie den zusätzlichen Einnahmen aus Heimfallverzichtentschädigungen ab 2016. Der Anstieg der internen Verrechnungen beruht auf den zu erwartenden Mehrerträgen aus den Motorfahrzeugsteuern, den Treibstoffzuschlägen und der LSVA.

3. Bildung und Kultur	Vorjahr					Vorjahr					Vorjahr				
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014	Diff.	FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016	FP 2016	Diff.	FP 2017			
Aufwand	449.6	458.4	482.4	473.1	-9.3	490.6	481.9	-8.8	492.5	481.8	-10.7	484.1			
Ertrag	-53.2	-49.6	-45.5	-49.2	-3.7	-44.3	-48.1	-3.8	-43.7	-47.4	-3.6	-46.8			
Verrechnungen	26.6	28.4	27.8	28.4	0.6	27.8	28.4	0.6	27.8	28.4	0.6	28.4			
Saldo	423.0	437.2	464.7	452.3	-12.4	474.0	462.1	-12.0	476.6	462.8	-13.8	465.7			

Vergleich Finanzplan 2014 mit dem Finanzplan des Vorjahres

Der Minderaufwand ist vorwiegend auf die Aktualisierung der Planwerte im Bereich Volksschule zurückzuführen (-8.4 Mio. CHF Beiträge an Gemeinden für Lehrerlöhne und Schulleitungen, -0.8 Mio. CHF Projekte)

Der Mehrertrag ist zurückzuführen auf die Umsetzung der vom Kantonsrat beschlossenen Massnahme_DBK 1 „Anpassung Verteilschlüssel Verordnung über die Berufsbildung (VBB)“. Die VBB wurde angepasst und die Pauschalsubventionen in den Profitcenters Schulgelder und BBZ erhöhen sich entsprechend.

Vergleich Finanzplan 2015 mit dem Finanzplan des Vorjahres

Die Anpassungen beim Aufwand fanden vorwiegend im Bereich Volksschule statt (-6.9 Mio. CHF Beiträge an Gemeinden für Lehrerlöhne, -1.7 Mio. CHF Beiträge an Gemeinden für regionale Kleinklassen).

Der Mehrertrag ist Folge der Umsetzung der vom Kantonsrat beschlossenen Massnahme_DBK 1 „Anpassung Verteilschlüssel Verordnung über die Berufsbildung (VBB)“. Die VBB wurde angepasst und die Pauschalsubventionen in den Profitcenters Schulgelder und BBZ erhöhen sich entsprechend.

Vergleich Finanzplan 2016 mit dem Finanzplan des Vorjahres

Die Anpassungen beim Aufwand fanden vorwiegend im Bereich Volksschule statt (-9.4 Mio. CHF Beiträge an Gemeinden für Lehrerlöhne, -1.3 Mio. CHF Beiträge an Gemeinden für Musikschulen [es ist geplant, die Verordnung über Staatsbeiträge an Musikunterricht aufzuheben und in der Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz neu zu regeln.

Der Mehrertrag kommt von der Umsetzung der vom Kantonsrat beschlossenen Massnahme_DBK 1 „Anpassung Verteilschlüssel Verordnung über die Berufsbildung (VBB)“. Die VBB wurde angepasst und die Pauschalsubventionen in den Profitcenters Schulgelder und BBZ erhöhen sich entsprechend.

4. Finanzdepartement	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2017
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014		FP 2015	FP 2015	FP 2015		FP 2016	FP 2016	FP 2016		
Aufwand	129.0	126.6	141.4	130.9	-10.5	150.7	135.5	-15.1	157.0	140.8	-16.3	148.4		
Ertrag	-1'171.3	-1'189.4	-1'260.6	-1'216.1	44.5	-1'275.0	-1'225.6	49.5	-1'292.9	-1'251.5	41.5	-1'278.8		
Verrechnungen	23.3	20.4	14.9	20.7	5.8	15.4	22.3	7.0	15.8	23.6	7.7	24.0		
Saldo	-1'019.0	-1'042.4	-1'104.3	-1'064.5	39.8	-1'109.0	-1'067.7	41.3	-1'120.0	-1'087.1	32.9	-1'106.4		

Auf der Aufwandseite wird bei den Zinsen, wegen dem günstigen Zinsniveau mit einem Minderaufwand von 7 Mio. CHF gerechnet. Bei der Beschaffung von Informatikmittel zu Lasten der ER kann ebenfalls von einem Minderaufwand von 1,5 Mio. CHF ausgegangen werden.

Auf der Ertragsseite wurden die Staatssteuern sowohl für Natürliche Personen (-49 Mio. CHF) als auch für Juristische Personen (-5 Mio. CHF) nach unten angepasst. Bei den Bundesanteilen musste der Erlös der Direkten Bundessteuer reduziert werden (-8,5 Mio. CHF), dafür konnten die Erträge der LSWA (+2,4 Mio. CHF) und dem Ressourcenausgleich NFA (+14,2 Mio. CHF) erhöht werden.

5. Departement des Innern	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2017
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014		FP 2015	FP 2015	FP 2015		FP 2016	FP 2016	FP 2016		
Aufwand	872.3	898.8	936.0	907.2	-28.8	963.4	919.2	-44.2	989.6	938.4	-51.2	958.2		
Ertrag	-346.0	-356.8	-373.6	-359.2	14.3	-388.3	-360.2	28.0	-400.7	-363.2	37.6	-366.1		
Verrechnungen	69.0	67.8	68.7	69.7	1.0	68.7	70.4	1.7	68.7	71.1	2.4	71.8		
Saldo	595.4	609.8	631.1	617.7	-13.4	643.9	629.4	-14.4	657.5	646.3	-11.2	663.9		

Der Grund für die Aufwandminderung von 13,4 Mio. CHF zwischen dem FP 2014 des Vorjahres und den aktuellen Finanzplanzahlen liegt bei der Sozialen Sicherheit (- 7,0 Mio. CHF, v.a. Prämienverbilligung und Ergänzungsleistungen AHV) sowie bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG (- 5,0 Mio. CHF).

Die Gründe für die Aufwandminderung von 14,5 Mio. CHF zwischen dem FP 2015 des Vorjahres und dem aktuellen Finanzplan 2015 liegen bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG (- 10,0 Mio. CHF) und der Sozialen Sicherheit (- 5,8 Mio. CHF, v.a. Prämienverbilligung).

6. Volkswirtschaftsdepartemen	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2017
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014		FP 2015	FP 2015	FP 2015		FP 2016	FP 2016	FP 2016		
Aufwand	201.9	208.7	214.4	204.7	-9.6	215.6	204.2	-11.5	198.1	190.3	-7.8	190.7		
Ertrag	-136.2	-137.6	-139.4	-133.5	5.9	-139.4	-133.4	6.0	-139.4	-133.5	6.0	-133.5		
Verrechnungen	-3.8	-3.1	-3.2	-3.1	0.0	-3.7	-3.6	0.0	-4.1	-4.6	-0.4	-5.0		
Saldo	61.9	68.0	71.8	68.1	-3.7	72.6	67.2	-5.5	54.5	52.2	-2.3	52.2		

Der Kantonsbeitrag an den Vollzug des Arbeitslosengesetzes (AVIG-Beitrag) konnte nach unten angepasst werden (- 1 Mio. CHF). Weiter wurde in der Energiefachstelle das Gebäudeprogramm des Bundes Teil A nach unten korrigiert (-6,8 Mio. CHF saldoneutral). Im Teil A sind die Gebäude- und Gebäudehüllensanierungen, welche für den Kanton kostenneutral über die CO2-Abgabe finanziert werden, enthalten. Der Vollzug wurde mit Leistungsauftrag an eine externe Firma übertragen.

Weil die Gemeindefusion um Olten nicht zustande kommt und wegen Verzögerungen im Projekt „Fusion Solothurn+“, fallen die geplanten Fusionsbeiträge tiefer an (2014: -1,6 Mio. CHF und 2015: -3,2 Mio. CHF). Der Rückgang in den FP 2016 /17 ist auf den Wegfall der befristeten Übergangsfinanzierung des neuen Finanzausgleichs von -15.0 Mio. CHF zurückzuführen.

7. Gerichte	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2017
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014		FP 2015	FP 2015	FP 2015		FP 2016	FP 2016	FP 2016		
Aufwand	23.6	23.7	23.5	23.9	0.3	23.5	23.9	0.3	23.5	23.9	0.3	23.9		
Ertrag	-5.1	-5.4	-5.4	-5.3	0.1	-5.4	-5.3	0.1	-5.4	-5.3	0.1	-5.3		
Verrechnungen	3.1	3.2	4.3	3.3	-1.0	4.3	3.3	-1.0	4.3	3.3	-1.0	3.3		
Saldo	21.6	21.5	22.4	21.8	-0.6	22.4	21.8	-0.6	22.4	21.8	-0.6	21.8		

Keine wesentlichen Veränderungen.

2.4.2. Investitionsrechnung

	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2017
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014		FP 2015	FP 2015	FP 2015		FP 2016	FP 2016	FP 2016		
Total alle Departemente														
Ausgaben	174.1	200.3	195.2	184.1	-11.0	196.6	188.7	-8.0	209.8	176.3	-33.5	199.3		
Einnahmen	-51.4	-62.9	-57.4	-52.6	4.8	-52.8	-42.2	10.6	-42.0	-33.8	8.3	-49.0		
Nettoinvestitionen	122.8	137.4	137.8	131.5	-6.3	143.8	146.5	2.7	167.8	142.5	-25.3	150.3		

Die Verbesserung gegenüber dem Finanzplan zum Vorjahr ist durch die konsequente Überprüfung und Priorisierung der Projekte im Hoch-, Strassen- und Wasserbau entstanden.

Behörden und Staatskanzlei sowie die Gerichte führen keine Investitionsrechnung.

2. Bau- und Justizdepartement	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2017
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014		FP 2015	FP 2015	FP 2015		FP 2016	FP 2016	FP 2016		
Ausgaben	154.7	176.5	174.8	161.9	-13.0	173.2	161.4	-11.7	189.9	153.9	-36.0	178.7		
Einnahmen	-47.4	-56.0	-50.5	-45.7	4.8	-45.9	-35.3	10.6	-35.2	-26.9	8.3	-42.1		
Nettoinvestitionen	107.3	120.4	124.4	116.1	-8.2	127.2	126.1	-1.1	154.8	127.0	-27.8	136.6		

Aufgrund der entsprechenden Vorgabe wurden die bisherigen Planzahlen nach unten korrigiert, um das Nettoinvestitionsvolumen auf durchschnittlich ca. 125 Mio. CHF p.a. in den vier Planjahren zu beschränken (Massnahmenplan 2013: BJD_11). Ab dem Finanzplanjahr 2016 ist mit dem beschlossenen Neubau des Bürgerspitals Solothurn, Kantonsstrassen- und Hochwasserschutzbauten ein Anstieg der Nettoinvestitionen auf 136,6 Mio. CHF zu verzeichnen. Zusätzlich zu den plafonierten Nettoinvestitionen sind gegenüber dem Vorjahresplan über vier Jahre, neu 3 Mio. CHF für den fälligen Ersatz der Öl- und Chemiewehrfahrzeuge der Stützpunktfeuerwehren enthalten.

3. D. für Bildung und Kultur	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2017
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014		FP 2015	FP 2015	FP 2015		FP 2016	FP 2016	FP 2016		
Ausgaben	1.9	2.7	2.5	2.5	0.0	2.5	2.5	0.0	2.5	2.5	0.0	2.5		
Einnahmen	-1.6	-2.0	-2.0	-2.0	0.0	-2.0	-2.0	0.0	-2.0	-2.0	0.0	-2.0		
Nettoinvestitionen	0.3	0.7	0.5	0.5	0.0	0.5	0.5	0.0	0.5	0.5	0.0	0.5		

Es ergeben sich keine Veränderungen.

4. Finanzdepartement	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2017
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014		FP 2015	FP 2015	FP 2015		FP 2016	FP 2016	FP 2016		
Ausgaben	5.1	8.8	6.5	7.0	0.5	6.5	7.0	0.5	6.5	7.0	0.5	7.0		
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
Nettoinvestitionen	5.1	8.8	6.5	7.0	0.5	6.5	7.0	0.5	6.5	7.0	0.5	7.0		

Die höheren Investitionen entstehen aus der notwendigen Ablösungen von überholten Fachanwendungen.

5. Departement des Innern	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2017
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014		FP 2015	FP 2015	FP 2015		FP 2016	FP 2016	FP 2016		
Ausgaben	1.8	2.8	1.8	3.2	1.4	5.2	8.5	3.3	1.8	3.8	2.0	1.9		
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
Nettoinvestitionen	1.8	2.8	1.8	3.2	1.4	5.2	8.5	3.3	1.8	3.8	2.0	1.9		

Die Nettoinvestitionen im DdI betreffen nur die Kantonspolizei. Sie steigen in den nächsten Jahren aufgrund des Ausbaus der Alarmzentrale und der Erneuerung INPOS (Journal, Rapportierung).

6. Volkswirtschaftsdepartement	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2017
	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2014		FP 2015	FP 2015	FP 2015		FP 2016	FP 2016	FP 2016		
Ausgaben	10.6	9.6	9.6	9.6	0.0	9.3	9.3	0.0	9.1	9.1	0.0	9.1		
Einnahmen	-2.4	-4.9	-4.9	-4.9	0.0	-4.9	-4.9	0.0	-4.9	-4.9	0.0	-4.9		
Nettoinvestitionen	8.2	4.7	4.7	4.7	0.0	4.4	4.4	0.0	4.3	4.3	0.0	4.3		

Keine wesentlichen Veränderungen.

2.5. Eingeschränkte Handlungsautonomie

Langfristig gebundene Gelder

Viele finanzielle Ressourcen sind durch exogene Faktoren (vom Bund vorgegebene Vollzugsaufgaben oder Kooperationsverträge mit anderen Kantonen) teilweise oder vollständig über mehrere Jahre gebunden. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Behörden des Kantons Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sich die internen Ressourcen zu richten haben.

Differenzierte Ressourcenbindung

Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen mit einem unterschiedlichen Grad der Handlungsautonomie zugeordnet:

- 1. hoch: Kanton Solothurn**, direkt beeinflussbare Gelder durch die kantonalen Behörden.
 - 2. neutral: Spezialfinanzierungen** stellen eine gesetzliche Zweckbindung der Gelder dar.
 - 3. geteilt: Kooperationen** mit anderen Kantonen oder Institutionen in denen die kantonalen Behörden die alleinige Entscheidungskompetenz abgegeben haben.
 - 4. niedrig: Dritte** (Bund, Gemeinden). Der Kanton hat kaum Einflussmöglichkeiten.
- Zusätzlich wurden die Profitcenter nach **Globalbudgets** und Finanzgrössen unterschieden. Die Dienststellen haben die Finanzanteile, welche sie nicht durch ihre Leistung direkt beeinflussen können den **Finanzgrössen** zuzuweisen.
Die Zuteilung der einzelnen Profitcenter beinhaltet einen Ermessensspielraum. Damit entstehen acht Felder, welche den Grad der der Handlungsautonomie aufteilt.

Aufwand RE 2012 – 33% hoch Beeinflussbar

Betrachtet man den Aufwand der Rechnung 2012 und teilt diesen prozentual diesen acht Feldern zu, ist festzustellen, dass nur gerade 33% direkt durch die kantonalen Behörden gesteuert wird (26% GB Kanton + 7% FG Kanton).

Ertrag Rechnung 2012 – 61% hoch Beeinflussbar

Da der Kanton Steuern erheben kann, sind es beim Ertrag rund 60% des Gesamtertrages, welche eher langfristig, verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder –senkung, veränderbar sind (48% FG Kanton + 13% GB Kanton).

Betrachtet man die grössten Veränderungen (Diff.), fällt im Prozentbereich zwei Tendenzen auf.

- 1) Der Aufwand der Globalbudgets im direkten Einfluss des Kantons wird zunehmend in die Finanzgrössen verlagert.
- 2) Im Bereich der Kooperationen und Dritte reduziert sich der direkte Einfluss des Kantons bei den Globalbudgets.

Beurteilung und Konsequenz

Weiterhin ist es so, dass die zuständigen Gremien des Kanton Solothurn direkt und eher kurzfristig maximal 30%-35% des Gesamtaufwandes (inklusive Finanzgrössen) beeinflussen können. Der Kanton verliert tendenziell an direktem Einfluss bei den Aufwendungen (30%), kann aber über einen deutlich höheren Anteil (60%) der Erträge bestimmen.

Wesentliche Veränderungen RE 2012 zu FP 2017

in % zum Gesamtaufwand und Ertrag

Finanzgrössen	Kanton Solothurn			Spezialfinanzierungen			Kooperationen mit anderen Kt. halbprivaten Instit.			Dritte Bund, Gemeinden, usw.		
	RE 12	FP 17	Diff.	RE 12	FP 17	Diff.	RE 12	FP 17	Diff.	RE 12	FP 17	Diff.
Aufwand	7%	7%	0%	3%	4%	1%	12%	12%	0%	37%	38%	0%
Ertrag	48%	48%	0%	5%	5%	0%	2%	2%	0%	27%	29%	2%
Globalbudgets	Kanton Solothurn			Spezialfinanzierungen			Kooperationen mit anderen Kt. halbprivaten Instit.			Dritte Bund, Gemeinden, usw.		
Aufwand	26%	26%	0%	1%	1%	0%	12%	11%	0%	2%	1%	0%
Ertrag	13%	11%	-1%	1%	1%	0%	2%	2%	0%	1%	1%	0%
Autonomie KTSO	hoch			neutral			geteilt			gering		
Aufwand RE 12	33%			5%			24%			39%		
Ertrag RE 12	61%			6%			4%			28%		

1 Behörden und Staatskanzlei

1.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie plant, unterstützt und koordiniert die Aufgaben von Regierung und Parlament und erbringt eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Departemente und die Öffentlichkeit. Für folgende Bereiche werden eigene Globalbudgets geführt:

- Staatskanzlei (inkl. Staatsarchiv, Datenschutz, Medien, Legistik und Justiz)
- Parlamentsdienste (Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat)
- Drucksachen / Lehrmittelverlag

In administrativer Verantwortung der Staatskanzlei werden zudem die Finanzgrößen für die kantonalen Behörden geführt.

1.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.7. Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

1.7.3 Konzept für E-Government im Kanton Solothurn erstellen

1.8 Image des Kantons fördern

1.8.1 Förderung eines einheitlichen Erscheinungsbildes

1.3 Politische Ziele und Leistungen

Aus heutiger Sicht verändern sich Umfang und Kosten der Leistungen im Aufgabenbereich Behörden / Staatskanzlei im Planungszeitraum nur unwesentlich. Einzig im Staatsarchiv ist zur Sicherstellung der rechtskonformen Umsetzung des Archivgesetzes eine sukzessive Verstärkung der personellen Ressourcen in den Jahren 2014-2016 vorgesehen.

Durch ständige Angebotsoptimierung der im Internet zugänglichen Dokumente und Formulare (z.B. Regierungsratsbeschlüsse, amtliche Gesetzessammlung, Amtsblatt, Merkblätter und Musterschreiben Datenschutz etc.) wird auch in den kommenden Jahren die Bürgernähe der kantonalen Verwaltung gewährleistet; dazu hat der Regierungsrat im Februar 2012 die E-Government-Strategie des Kantons Solothurn verabschiedet, deren Umsetzung von der Stabsstelle E-Government der Staatskanzlei koordiniert wird. Zudem soll das bisher erfolgreich auf Auslandschweizer ausgerichtete Pilotprojekt E-Voting – darunter wird das Abstimmen und Wählen per Internet verstanden – mit erweitertem Elektorat weitergeführt werden. Zur Sicherstellung einer effizienten Abwicklung aller Regierungs- und Kantonsratsgeschäfte ist die Ablösung der bisherigen Geschäftskontrolle Konsul/Kondor bis Ende 2013 von grosser strategischer Wichtigkeit. Ein weiteres Projekt mit grosser Aussenwirkung stellt die geplante Ablösung der bisherigen Kantons-Website so.ch bis Mitte 2014 dar.

1.4 Massnahmen Behörden und Staatskanzlei

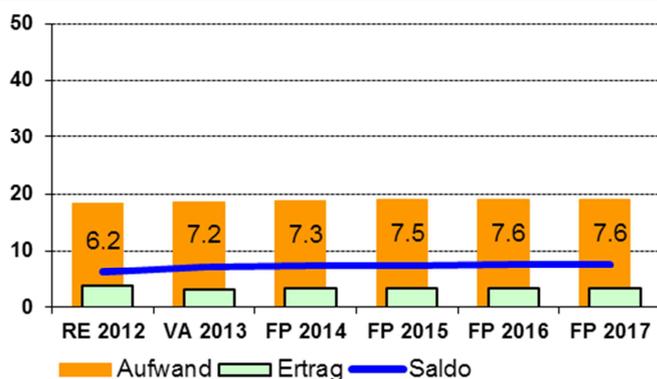
1450	Einführung Lexwork	Ziel LP	-
	Neue elektronische Software zur Verwaltung und Publikation von Gesetzen und Verordnungen	Beschluss	-
	Status Erledigt	Start-Datum 1. Jan 2010	Soll-Termin 31. Dez 2011
	Amt Staatskanzlei		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
480	Datenmigration keyfile	31. Jan 2011	31. Jan 2011
481	Umstellung auf XML	31. Dez 2011	30. Jun 2011
739	Produktivstart	31. Dez 2011	1. Jul 2011

1444	Elektronische Archivierung	Ziel LP	-		
	Einführung elektronischer Langzeitarchivierung digitaler Unterlagen	Beschluss	-		
	Status In Arbeit	Start-Datum	2. Mrz 2010	Soll-Termin	31. Dez 2009
	Amt Staatskanzlei				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
478	Zwischenbericht mit Grundsatzüberlegungen	31. Dez 2009	31. Aug 2009		
2941	Konzept	31. Dez 2012		Für eine Bewertung und eine Datenübernahme fehlen dem Staatsarchiv vorläufig der dafür notwendige Archivinformatiker und die technische Infrastruktur.	
1432	Realisierung E-Voting	Ziel LP	-		
	Möglichkeit zur einfachen Partizipation an Abstimmungen für Auslandschweizer schaffen	Beschluss	-		
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2012
	Amt Staatskanzlei				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
474	Zusammenarbeitsverträge	30. Jun 2009	30. Jun 2009		
475	1. Phase für Auslandschweizer	31. Dez 2012	28. Nov 2010		
5093	<i>Stimmregister Datentransfer</i>	<i>31. Dez 2013</i>		<i>KR-Auftrag A191/2010 vom 2.11.2011: Schaffung rechtlicher Grundlagen für definitive Einführung von e-Voting im Kanton Solothurn. Basierend auf der technischen Plattform GERES ist im 2013 ein Pilotbetrieb mit 4 Solothurner Gemeinden geplant.</i>	
5094	<i>Erweitertes E-Voting System</i>	<i>30. Jun 2015</i>			
5095	<i>2. Versuchsphase</i>	<i>31. Dez 2016</i>			
5125	Geschäftskontrolle GeverFutura	Ziel LP	-		
	Ersatz der veralteten GEVER-Systeme Konsul, Ambassador und Kondor.	Beschluss	-		
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2011	Soll-Termin	31. Dez 2014
	Amt Staatskanzlei				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5096	Analyse und Evaluation	31. Dez 2012	31. Dez 2012		
5097	<i>Migration Regierungs- und Parlamentsprozesse</i>	<i>31. Okt 2014</i>			
5098	<i>Migration übrige Prozesse</i>	<i>31. Dez 2014</i>			
5126	Digitale Mikrofilmstelle	Ziel LP	-		
	Beschaffung und Inbetriebnahme einer digitalen Mehrzweck-Mikrofilmstelle im Staatsarchiv	Beschluss	-		
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013	Soll-Termin	31. Dez 2013
	Amt Staatskanzlei				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5099	<i>Evaluation</i>	<i>31. Jul 2014</i>			
5100	<i>Beschaffung und Einführung</i>	<i>31. Dez 2014</i>			
5127	Relaunch Web-Portal so.ch	Ziel LP	-		
	Aufbau eines neuen Portals so.ch inkl. Webarchiv für die Publikation von Dokumenten in grossen Mengen. Ablösung der bisherigen Website.	Beschluss	-		
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2012	Soll-Termin	30. Jun 2014
	Amt Staatskanzlei				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5101	<i>Konzeptentwicklung</i>	<i>31. Jul 2013</i>			
5102	<i>Technische Realisation</i>	<i>31. Dez 2013</i>			
5103	<i>Rollout neue Website</i>	<i>30. Jun 2014</i>			

1808 Corporate Identity	Ziel LP	1.8.1 Förderung
Konzept zur Steigerung der ausserkantonalen Wahrnehmung des Kantons Solothurn	Beschluss	-
Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2010
	Soll-Termin	31. Dez 2013
Amt Drucksachen / Lehrmittelverlag		
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
575 Konzept		31. Dez 2013

Finanzen in Mio. Franken Behörden und Staatskanzlei

Erfolgsrechnung	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Globalbudgets						
Aufwand	13.0	13.7	13.8	14.0	14.1	14.1
Ertrag	-3.0	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9
Globalbudgetsaldo	10.0	10.8	10.9	11.1	11.2	11.2
Verrechnung	-6.5	-6.3	-6.3	-6.3	-6.3	-6.3
Saldo	3.5	4.4	4.6	4.8	4.8	4.9
Finanzgrößen						
Aufwand	5.4	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0
Ertrag	-0.8	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Verrechnungen	-1.9	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Saldo	2.7	2.7	2.7	2.7	2.7	2.7
Saldo total	6.2	7.2	7.3	7.5	7.6	7.6



Es ergeben sich in der Planperiode 2014-2017 keine wesentlichen Veränderungen. Die geringe Aufwandsteigerung ab 2014 ist auf eine geplante Erhöhung der Personalressourcen im Staatsarchiv zurückzuführen.

2 Bau- und Justizdepartement

2.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen.

Er sorgt zudem für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Er arbeitet dabei eng mit den angrenzenden Kantonen zusammen, um eine optimale Koordination der grenzüberschreitenden Bewegungen für seine Einwohnerinnen und Einwohner zu erzielen.

Das Bau- und Justizdepartement ist besorgt für den Bau und den Unterhalt der kantonalen Liegenschaften.

Der Justizbereich im Bau- und Justizdepartement beschränkt sich auf die administrative Zuständigkeit im Bereich der Strafverfolgung.

2.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.6. Bedarfs- und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur erhalten bzw. aufbauen

- 1.6.1 Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr erhöhen
- 1.6.2 Umfahrung Olten realisieren
- 1.6.3 Grossräumige Verkehrsplanung

2.1 Attraktive Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten

- 2.1.1 Gesamtüberprüfung der räumlichen Entwicklung. Ausgewogene Siedlungs- und Landschaftsräume entwickeln.
- 2.1.2 Agglomerationen entwickeln

2.3 Gefahrenpotentiale vermindern

- 2.3.1 Siedlungs- und Kulturräume vor Naturgefahren schützen
- 2.3.2 Altlasten systematisch sanieren.

2.3 Politische Ziele und Leistungen

Die im IAFP 13-16 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 14-17.

Die hohe Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit den Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar.

Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden.

Das Gesamtverkehrsprojekt in Olten prägt den finanziellen Teil des Aufgabenbereichs Verkehr massgebend.

Die in den 60iger und 70iger Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben.

2.4 Massnahmen Bau- und Justizdepartement

2948	Rechtliche Umsetzung Geoinformationsgesetzgebung des Bundes	Ziel LP	C.2.1.1
	Rechtliche Umsetzung der Geoinformationsgesetzgebung des Bundes	Beschluss	.
	Status In Arbeit Start-Datum 3. Mrz 2011 Soll-Termin 31. Dez 2013		
	Amt Departementssekretariat BJD		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
741	Handlungs- und Gesetzgebungsfelder definieren, Finanzierung sichern	30. Sep 2012	30. Sep 2012
742	Vernehmlassungsentwurf Gesetzgebung	31. Dez 2012	29. Okt 2012 RRB 21012/2123 vom 29.10.2012
743	B+E	31. Dez 2013	Revision Geoinformationsverordnung
3008	Teilrevision der Kantonalen Bauverordnung	Ziel LP	C.2.1.1
	Teilrevision der Kantonalen Bauverordnung	Beschluss	RRB 2012/1517
	Änderung anderer Erlasse und Erfüllung parlamentarische Vorstösse		
	Status Erledigt Start-Datum 6. Mrz 2011 Soll-Termin 31. Dez 2012		
	Amt Departementssekretariat BJD		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
778	RRB B+E	31. Dez 2012	3. Jul 2012 RRB 2012/1517
5234	Planungsausgleichsgesetz und Anschlussgesetzgebung RPG-Revision	Ziel LP	C.2.1.1
	Planungsgesetz und Anschlussgesetzgebung RPG-Revision	Beschluss	.
	Status In Arbeit		
	Amt Departementssekretariat BJD		
5235	Gesetz über die Erkundung und Nutzung des tiefen Untergrundes, GENUB		
	Gesetz über die Erkundung und Nutzung des tiefen Untergrundes und von Bodenschätzen, GENUB	Beschluss	.
	Status In Arbeit		
	Amt Departementssekretariat BJD		
1180	Agglomerationsprogramme Solothurn und Aareland	Ziel LP	C.2.1.2
	Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (1. Generation)	Beschluss	.
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2005 Soll-Termin 31. Dez 2013		
	Amt Amt für Raumplanung		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
372	Für A Projekte: Bau- und Finanzreife erarbeiten	31. Dez 2009	31. Dez 2009
484	Leistungsvereinbarung mit dem Bund zur Unterschriftsreife bringen.	31. Dez 2010	31. Dez 2010
780	Plangenehmigung für die neuen Bahnhaltstellen Solothurn Brühl Ost und Bellach Grederhof	31. Aug 2012	28. Jun 2012 Solothurn Allmend; Bellach Grederhof: 22. Jan 2013; Eröffnung Ende 2013 auf Fahrplanwechsel 2014
1494	Agglomerationsprogramme 2. Generation	Ziel LP	C.2.1.2
	Aggloprogramm 2. Generation	Beschluss	.
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2010 Soll-Termin 31. Dez 2013		
	Amt Amt für Raumplanung		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
485	Amtsinterner Entwurf	31. Mai 2012	31. Mai 2012
486	Einreichung beim Bund	30. Jun 2012	30. Jun 2012 RRB 2012/1019 (AP Basel), RRB 2012/1018 (AP AareLand), RRB 2012/1231 (AP Solothurn)
487	Abschluss Leistungsvereinbarung	31. Dez 2013	

1114 Agglomerationsprogramme: Rechtliche Ausgestaltung der Trägerschaft	Ziel LP	C.2.1.2
Rechtliche Ausgestaltung der Trägerschaft	Beschluss	.
Status Abgebrochen Start-Datum 1. Jan 2005 Soll-Termin 31. Dez 2013		
Amt Amt für Raumplanung		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1241	Antrag an RR: Entscheid über weiteres Vorgehen (RRB)	31. Dez 2010	1. Mrz 2011	
769	Entscheid RR weiteres Vorgehen:	31. Dez 2011	13. Nov 2012	RRB 2012/2219, Projekt abgebrochen

1184 Deponieplanung	Ziel LP	.
Deponieplanung	Beschluss	.
Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2005 Soll-Termin 31. Dez 2013		
Amt Amt für Raumplanung		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
541	Richtplananpassung	31. Dez 2008		
1681	Richtplananpassung oberer Kantonsteil	31. Dez 2010	31. Dez 2010	
5087	Richtplananpassung unterer Kantonsteil	30. Jun 2013		
770	Richtplananpassung Schwarzbubenland	31. Dez 2013		

1204 Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt	Ziel LP	C.2.1.1
Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt	Beschluss	.
Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2009 Soll-Termin 31. Dez 2013		
Amt Amt für Raumplanung		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
384	RRB, B+E	31. Dez 2013		Gäu und Wasseramt abgeschlossen, Niederamt offen, in Arbeit

1202 Richtplangesamtüberprüfung	Ziel LP	C.2.1.1
Richtplanüberprüfung (RRB, B+E)	Beschluss	.
Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2009 Soll-Termin 31. Dez 2013		
Amt Amt für Raumplanung		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
489	Konzept für Richtplan-Gesamtüberprüfung	31. Dez 2010	31. Dez 2010	
772	Verwaltungsinternen Entwurf	30. Nov 2012	31. Mai 2012	
383	RRB, B+E	31. Dez 2012	18. Dez 2012	RRB 2012/2448 und SGB 195/2012
773	Anhörung Behörden	31. Mai 2013		Beratung KR Juni-Session
5394	Öffentliche Auflage	31. Okt 2013		
5088	Richtplan Gesamtüberprüfung 2012	31. Dez 2013		

2995 Testplanung Riedholz/Luterbach	Ziel LP	C.2.1.1
Testplanung Riedholz/Luterbach	Beschluss	.
Status In Arbeit Start-Datum 6. Mrz 2011 Soll-Termin 31. Dez 2013		
Amt Amt für Raumplanung		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
774	Testplanung	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Resultate im Januar 2012 öffentlich bekannt gegeben
5086	Vertiefungsphase	31. Dez 2012	31. Dez 2012	Resultate in zwei Masterplänen abgebildet
775	Planungsrechtliche Umsetzung	31. Dez 2013		Umsetzung in räumliche Teileitbilder ab 2013

1206	Neubau Berufsschule Solothurn	Ziel LP	C.1.1.2
	Neubau Berufsschule Solothurn	Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013
		Soll-Termin	30. Jun 2016
Amt	Hochbauamt	Kategorie	GB-Blatt IR
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
539	Start Wettbewerb	31. Okt 2009	31. Dez 2009
490	Vorprojekt	31. Dez 2010	30. Apr 2011
757	RRB B+E (Kreditbeschluss)	30. Nov 2011	31. Mrz 2012
491	<i>Realisierung</i>	<i>30. Jun 2016</i>	

1136	Neubau Fachhochschule Olten	Ziel LP	C.1.1.2
	Räumliche Erweiterung Fachhochschule Olten gemäss Ausbaugarantie FHNW-Kantone	Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	4. Mrz 2011
		Soll-Termin	13. Sep 2013
Amt	Hochbauamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
337	RRB B+E	30. Jun 2008	30. Jun 2008
338	Baubewilligung	31. Dez 2009	31. Dez 2009
339	<i>Bezug/Inbetriebnahme</i>	<i>13. Sep 2013</i>	

2966	Neubau Parkhaus Kantonsspital Olten	Ziel LP	.
	Neubau Parkhaus Kantonsspital Olten	Beschluss	KRB 8.12.10
Status	In Arbeit	Start-Datum	6. Mrz 2011
		Soll-Termin	30. Jun 2013
Amt	Hochbauamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
759	RRB B+E, Volksbeschluss	28. Feb 2011	28. Feb 2011
760	<i>Fertigstellung</i>	<i>30. Jun 2013</i>	

1149	Gesamterneuerung Bürgerspital Solothurn	Ziel LP	C.3.3.3
	Sanierung Bürgerspital Solothurn	Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2012
		Soll-Termin	31. Dez 2023
Amt	Hochbauamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
348	Wettbewerb durchgeführt	31. Dez 2008	31. Dez 2008
351	Vorprojekt	31. Dez 2009	30. Sep 2010
349	RRB, B+E (Kreditbotschaft)	31. Dez 2010	31. Dez 2011
753	Erneute Bedarfsüberprüfung und Projektoptimierung	31. Dez 2011	31. Dez 2011
755	Volksabstimmung	17. Jun 2012	17. Jun 2012
350	<i>Fertigstellung</i>	<i>31. Dez 2023</i>	<i>Vorlage angenommen</i>

1133	Sanierung Kantonsschule Olten	Ziel LP	C.1.1.2
	Sanierung Kantonsschule Olten	Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005
		Soll-Termin	31. Dez 2020
Amt	Hochbauamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
1247	RRB / B+E	31. Dez 2012	22. Okt 2012
749	<i>Fertigstellung Sanierung Kantonsschule Olten</i>	<i>31. Dez 2020</i>	<i>RRB 2012/2058</i>

1147 Um- und Ausbau Kantonsspital Olten	Ziel LP	.
Um- und Ausbau Kantonsspital Olten	Beschluss	KRB 13.5.92
Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 1992 Soll-Termin 30. Jun 2013
Amt Hochbauamt		
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
345 Neues Bettenhaus im Rohbau erstellt	31. Dez 2008	31. Dez 2008
346 Neues Bettenhaus erstellt	31. Dez 2009	31. Dez 2009
746 Neuer Behandlungstrakt B im Rohbau erstellt	31. Dez 2010	31. Dez 2010
747 Fertigstellung Behandlungstrakt B	30. Jun 2012	30. Jun 2012
347 <i>Fertigstellung Umgebung</i>	<i>30. Jun 2013</i>	
2969 Umbau Museum Altes Zeughaus	Ziel LP	C.3.5.1
Umbau Museum Altes Zeughaus	Beschluss	.
Status In Arbeit	Start-Datum	6. Mrz 2011 Soll-Termin 31. Dez 2015
Amt Hochbauamt		
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
762 Wettbewerb	31. Dez 2011	31. Dez 2011
763 RRB B+E	31. Dez 2012	29. Jan 2013 RRB 2013/147, SGB 018/2013
764 <i>Fertigstellung</i>	<i>31. Dez 2015</i>	
5238 Neubau Untersuchungsgefängnis	Ziel LP	C.3.4.2
Neubau Untersuchungsgefängnis (RRB, B+E)	Beschluss	.
Status In Arbeit		
Amt Hochbauamt		
5239 Heilpädagogische Sonderschulen - Übernahme Immobilien	Ziel LP	,
Übernahme Immobilien Heilpädagogische Sonderschulen	Beschluss	,
Status In Arbeit		
Amt Hochbauamt		
1120 Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt "Schöngrün"	Ziel LP	.
Realisierung bis 2012	Beschluss	.
Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005 Soll-Termin 31. Dez 2014
Amt Hochbauamt		
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
328 RRB B+E	31. Dez 2008	31. Dez 2008
329 Volksbeschluss	31. Dez 2009	27. Sep 2009
751 RRB B+E Zusatzkredit	31. Mrz 2011	22. Mrz 2011
330 <i>Realisierung Neubau</i>	<i>30. Jun 2014</i>	
752 <i>Fertigstellung Umbauten</i>	<i>31. Dez 2014</i>	
1153 Entlastung Solothurn West	Ziel LP	.
Vollendung der Entlastung Solothurn West im Jahr 2008	Beschluss	2TK.00341 / KRB
Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005 Soll-Termin 8. Aug 2008
Amt Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		Ist-Termin 31. Dez 2013 Kategorie GB-Blatt IR
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
354 Inbetriebnahme	8. Aug 2008	8. Aug 2008
540 Schlussarbeiten	31. Dez 2009	31. Dez 2010
1676 <i>Bauabrechnung/Kreditabrechnung</i>	<i>31. Dez 2013</i>	

1155 Entlastung Region Olten					Ziel LP	C.1.6.2
Entlastung Region Olten, Fertigstellung					Beschluss	2TK.00342 / KRB
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2013	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
356	Baubeginn	31. Dez 2008	31. Aug 2008			
357	Inbetriebnahme	31. Dez 2013	24. Apr 2013			
358	Bauabrechnung	31. Dez 2016				

5143 Erneuerung Aarebrücke Wilyhof					
Erneuerung Aarebrücke Wilyhof					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013	Soll-Termin	31. Dez 2016
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				

5144 Erneuerung SBB Überführung Aarmatt						
Erneuerung SBB Überführung Aarmatt						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2016	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5398	Baubeginn	1. Mrz 2014				
5399	Inbetriebnahme	1. Okt 2015				
5402	Bauabrechnung	1. Mrz 2016				

5157 Gesamtsanierung Saalstrasse Kienberg						
Gesamtsanierung Saalstrasse Kienberg						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013	Soll-Termin	31. Dez 2016	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5400	Baubeginn	1. Mrz 2014				
5401	Inbetriebnahme	1. Okt 2015				
5403	Bauabrechnung	31. Dez 2015				

5145 Gesamtsanierung Passwangstrasse						
Gesamtsanierung Passwangstrasse						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013	Soll-Termin	31. Dez 2016	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5404	Baubeginn	1. Mrz 2014				
5406	Inbetriebnahme	1. Okt 2015				
5414	Baukostenabrechnung	31. Dez 2015				

5146 Sanierung Hauptstrasse Derendingen					
Sanierung					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2016	Soll-Termin	31. Dez 2019
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				

5147 Bahnhofplatz Olten				Ziel LP	.
Bahnhofplatz Olten: Masterplan Bahnhof erstellen				Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2017
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5408	Baubeginn	1. Jan 2017			
5409	Inbetriebnahme	31. Dez 2018			
5410	Bauabrechnung	31. Dez 2019			

5148 Erneuerung SBB-Überführung Schachenstrasse Eppenber-Wöschnau					
Erneuerung SBB-Überführung Schachenstrasse Eppenber-Wöschnau					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2016
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5411	Baubeginn	1. Aug 2014			
5412	Inbetriebnahme	1. Aug 2016			
5413	Bauabrechnung	31. Dez 2016			

5152 Sanierung Stadtmist Solothurn				Ziel LP	C.2.3.2
Sanierung Stadtmist Solothurn				Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2016
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
502	Klärung Handlungsbedarf	31. Dez 2010		Untersuchung wird 2013 abgeschlossen	
503	Vorprojekt	31. Dez 2013			
506	Bauprojekt	31. Dez 2014			
507	Realisierung	31. Dez 2016			

5194 Verkehrsmanagement Zuchwil/Derendingen					
Verkehrsmanagement Zuchwil					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2015	Soll-Termin	31. Dez 2019
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				

5195 Knotenumgestaltung Kreuzplatz Derendingen					
Knotenumgestaltung					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2015	Soll-Termin	31. Dez 2019
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				

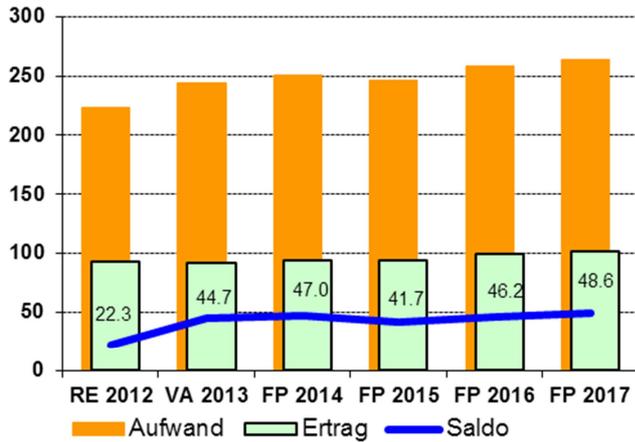
5196 Ersatz Emmenbrücken Luterbach-Zuchwil					
Ersatz Emmenbrücken, Luterbach/Zuchwil					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2016	Soll-Termin	31. Dez 2019
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				

5120	Balsthal, Verkehrsentlastung Klus (Erschliessungsplan)	Ziel LP	C.1.6.3
	Balsthal, Verkehrsentlastung Klus (Erschliessungsplan)	Beschluss	.
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2010 Soll-Termin 31. Mrz 2012		
	Amt Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
510	Vorprojekt	31. Dez 2012	
511	Mitwirkungsverfahren	30. Jun 2013	
513	Bauprojekt Erschliessungsplan	31. Dez 2013	
5155	A+C) Vorgez. Hochwasserschutzdämme Aare	Ziel LP	C.2.3.1
	Vorgezogene Hochwasserschutzmassnahmen an der Aare	Beschluss	KRB 10.12.2008
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Okt 2009 Soll-Termin 31. Dez 2014		
	Amt Amt für Umwelt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
1505	Planung Dammbauten 1. Priorität	30. Jun 2012	30. Jun 2012
2978	Realisierung Dammbauten 1. Priorität	31. Dez 2014	Die Arbeiten an den Teilstücken Gretzenbach, Niedergösgen und Schönenwerd sind abgeschlossen. Die Teilstücke Dulliken, Obergösgen und Däniken werden 2013 und 2014 realisiert.
5156	D2) Hochwasserschutzmassnahme Aare	Ziel LP	C.2.3.1
	Hochwasserschutz- und Revitalsierungsmassnahmen an der Aare zwischen Olten und Aarau	Beschluss	KRB 26.02.13
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2009 Soll-Termin 31. Dez 2018		
	Amt Amt für Umwelt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
498	Planung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	31. Dez 2012	31. Dez 2012
765	Volksabstimmung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	30. Jun 2013	Volksabstimmung 9. Juni 2013
499	Realisierung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	31. Dez 2018	
5152	B) Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme	Ziel LP	C.2.3.1
	Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme Biberist-Gerlafingen	Beschluss	VB 07.03.10
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2009 Soll-Termin 30. Jun 2013		
	Amt Amt für Umwelt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
1502	Planung Biberist / Gerlafingen	31. Okt 2010	31. Okt 2010
493	Realisierung Biberist / Gerlafingen	30. Jun 2013	Die Realisierung wird im Verlaufe des Jahres 2013 abgeschlossen
5153	E1) Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme	Ziel LP	C.2.3.1
	Vorprojekt Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aaremündung	Beschluss	KRB 03.11.10
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2009 Soll-Termin 31. Dez 2015		
	Amt Amt für Umwelt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
494	Planung Wehr Biberist - Aare	30. Jun 2015	
5092	Volksabstimmung Wehr Biberist - Aare	31. Dez 2015	
5154	E2) Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme	Ziel LP	C.2.3.1
	Realisierung Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aaremündung	Beschluss	.
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2009 Soll-Termin 31. Dez 2020		
	Amt Amt für Umwelt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
495	Realisierung Wehr Biberist - Aare	31. Dez 2020	

1182	Schwermetallsanierung Schiessanlagen	Ziel LP	C.2.3.2				
	Schwermetallsanierung Schiessanlagen	Beschluss	.				
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2007	Soll-Termin	31. Dez 2014		
	Amt Amt für Umwelt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
373	Einbau Kugelfänge	31. Dez 2013		Einbauten praktisch abgeschlossen, nur noch Jagdschiessplätze ausstehend			
5242	Energiekonzept	Ziel LP	.				
	Erarbeitung und Umsetzung des Energiekonzepts des Kantons Solothurn	Beschluss	RRB 2011/1285				
	Status In Arbeit	Start-Datum	14. Jun 2011	Soll-Termin	31. Dez 2014		
	Amt Amt für Umwelt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5395	Ausarbeitung Energiekonzept	31. Dez 2013					
5396	Umsetzung Energiekonzept	31. Dez 2014		Umsetzung der ersten Massnahmen mit höchster Proirität			
3018	Innenrestaurierung der St. Ursen-Kirche	Ziel LP	.				
	Innenrestaurierung der St. Ursen-Kirche nach Brandfall, mit denkmalpflegerischen Beiträgen des Kantons	Beschluss	.				
	Status In Arbeit	Start-Datum	6. Mrz 2011	Soll-Termin	30. Sep 2012	Ist-Termin	30. Sep 2012
	Amt Amt für Denkmalpflege und Archäologie						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
779	Innenrestaurierung der St. Ursen-Kirche	30. Sep 2012		Einweihung der Kathedrale			
1190	Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn	Ziel LP	.				
	Publikation	Beschluss	.				
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2015		
	Amt Amt für Denkmalpflege und Archäologie						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
378	Publikation	31. Dez 2015					
1143	Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des	Ziel LP	.				
	Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des Kantons	Beschluss	.				
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2006	Soll-Termin	31. Dez 2013		
	Amt Amt für Denkmalpflege und Archäologie						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
343	Projektarbeiten gemäss Plan	31. Dez 2013					
5120	Archäologische Ausgrabungen Stadttheater Solothurn	Ziel LP	.				
	Ausgrabungen	Beschluss	.				
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jun 2013	Soll-Termin	1. Jun 2014		
	Amt Amt für Denkmalpflege und Archäologie						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5089	Start Ausgrabungen	1. Jun 2013					
1172	RADAV	Ziel LP	.				
	Fertigstellung Dezember 2011	Beschluss	.				
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2013		
	Amt Amt für Geoinformation						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
2983	Vollendung RADAV	31. Dez 2013					

Finanzen in Mio. Franken vom Bau - und Justizdepartement

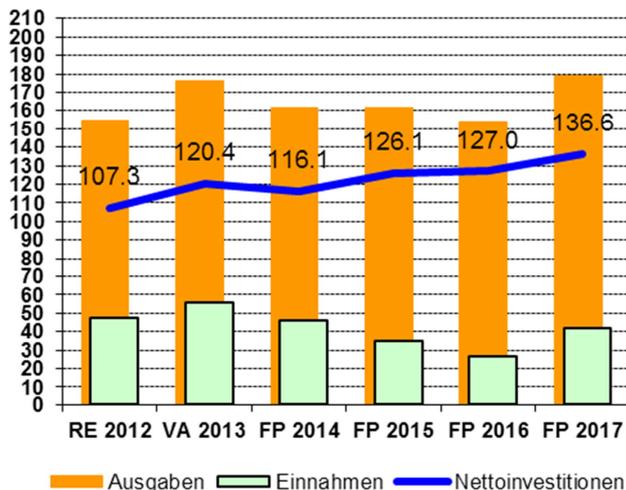
Erfolgsrechnung	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Globalbudgets						
Aufwand	160.1	171.2	174.8	175.1	177.6	182.0
Ertrag	-41.1	-39.5	-40.3	-40.9	-42.1	-43.3
Globalbudgetsaldo	118.9	131.7	134.5	134.1	135.5	138.6
Verrechnungen	-31.3	-31.7	-31.7	-31.7	-31.7	-31.7
Saldo	87.7	100.0	102.8	102.5	103.8	107.0
Finanzgrössen						
Aufwand	64.2	73.5	76.3	72.3	81.0	81.9
Ertrag	-51.0	-52.1	-53.1	-52.3	-56.8	-57.8
Verrechnungen	-78.6	-76.7	-79.0	-80.8	-81.8	-82.5
Saldo	-65.4	-55.3	-55.8	-60.8	-57.6	-58.4
Saldo total	22.3	44.7	47.0	41.7	46.2	48.6



Die Abnahme des Aufwandes und des Saldos im Jahr 2015 ist auf die deutlich tieferen Investitionsbeiträge an die Unternehmungen des öffentlichen Verkehrs zurückzuführen. Diese und weitere Einsparungen werden ab 2016 mehr als kompensiert durch die erstmals eingesetzten Kosten der Altlastensanierungen Stadtmist Solothurn von grob geschätzten 10 Mio. CHF pro Jahr. Die ausgewiesenen Mehrerträge ergeben sich aus der geplanten Realisierung des Massnahmenplanes 2013 mit den Verkäufen von Liegenschaften und dem Bootshafen sowie den zusätzlichen Einnahmen aus Heimfallverzichtsentschädigungen ab 2016.

2. Bau- und Justizdepartement**Investitionsrechnung**

	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Total						
Ausgaben	154.7	176.5	161.9	161.4	153.9	178.7
Einnahmen	-47.4	-56.0	-45.7	-35.3	-26.9	-42.1
Nettoinvestitionen	107.3	120.4	116.1	126.1	127.0	136.6
Einzelne Nettoinvestitionen						
Hochbau: Spitalbauten	29.8	22.3	23.2	40.8	52.5	55.0
Hochbau: Bildungsbauten	39.3	48.0	41.5	29.1	28.9	27.6
Hochbau: Motorfahrzeugkontrolle	0.0	2.7	0.7	0.0	4.5	0.0
Grundstücke und Liegenschaften	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kantonsstrassenbau	28.9	33.4	42.3	47.8	32.4	39.8
Öffentlicher Verkehr	6.9	8.4	4.0	3.9	4.0	4.4
Umwelt	-0.1	3.3	1.8	2.5	2.7	7.7
Wasserwirtschaft	1.9	1.6	1.8	1.4	1.3	1.3
Geoinformationen	1.0	0.9	0.9	0.7	0.7	0.9

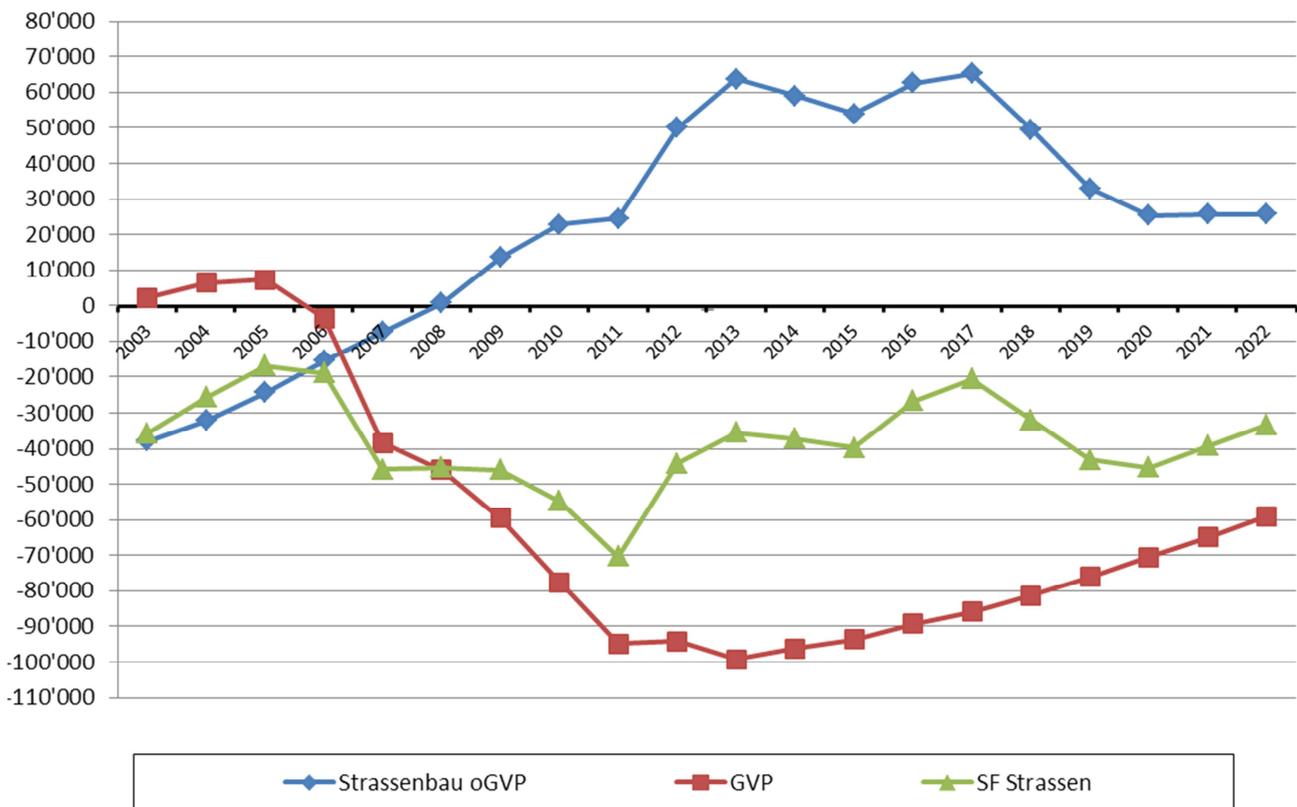


Aufgrund der entsprechenden Vorgabe wurden die bisherigen Planzahlen nach unten korrigiert, um das Nettoinvestitionsvolumen auf durchschnittlich ca. 125 Mio. CHF p.a. in den vier Planjahren zu beschränken.

Ab Finanzplanjahr 2016 ist mit dem beschlossenen Neubau des Bürgerspitals Solothurn, Kantonsstrassen- und Hochwasserschutzbauten ein Anstieg der Nettoinvestitionen auf 136,6 Mio. CHF zu verzeichnen. Zusätzlich zu den plafonierten Nettoinvestitionen sind gegenüber 2013 neu 3 Mio. CHF für den fälligen Ersatz der Öl- und Chemiewehrfahrzeuge der Stützpunktfeuerwehren enthalten.

Entwicklung Strassenbaufonds

Stand 11.03.2013



Angaben: AVT, 19. März 2013

Die Erstellung des IAFP erfolgt nach HRM2 Grundsätzen. Die Werte sind nach dem heutigen Wissensstand übernommen und somit ist beispielsweise eine moderate Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer berücksichtigt. Einfluss auf die Berechnung haben zudem die 2.5% lineare Abschreibung und die Verzinsung der Verschuldung gegenüber dem allgemeinen Haushalt.

Die Regierung hat im Massnahmenplan 2013 die Planung der Investitionen im BJD von 125 Mio. CHF für den Finanzplan 2014-2017 beschlossen. Dies führt dazu, dass der Investitionsplan nach finanztechnischen Vorgaben optimiert wurde und demzufolge nicht alle wesentlichen Projekte zum vorgesehen Zeitpunkt umgesetzt werden können. Um dringende Mängel bis zur Neurealisierung zu beheben sind in den Planjahren 2014-2017 zusätzliche Unterhaltsarbeiten nötig. Dieser Mittelbedarf beläuft sich auf jährlich ca. 400'000 CHF und belastet die laufende wie die künftigen Rechnungen.

Die auf einen Zeitpunkt nach 2017 verschobenen Projekte beinhalten einen Anteil Substanzerhalt von ca. 40 Mio. CHF. Damit reduziert sich die Zielgrösse von 2.2% bezogen auf den Wiederbeschaffungswerts der Anlagen für den baulichen Unterhalt auf durchschnittlich 1.8%.

Aufgrund des Aufschubes einiger Projekte auf das Jahr 2017 entwickelt sich der Fonds entgegengesetzt. Zu erwähnen ist, dass die heutige Berechnung die Grossprojekte Umfahrung Klus und Anschluss Dornach einkalkuliert.

Stand Finanzierung Gesamtverkehrsprojekte Solothurn / Olten (GVP)

Zur Finanzierung der Projekte „Solothurn, Entlastung West“ und „Entlastung Region Olten“ wird auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15% erhoben. Der Zuschlag entfällt, wenn die dem Kanton anfallenden Projektkosten bezahlt sind, spätestens aber nach 20 Jahren im Jahr 2022. Mit Abschluss des Rechnungsjahres 2012 belief sich der effektive Verlustvortrag der „Sonderrechnung Gesamtverkehrsprojekte“ auf 94.1 Mio. CHF und wird nach dem geschätzten Tiefststand im Jahr 2013 von rund 100 Mio. CHF im Jahr 2017 den Stand von 85.9 Mio. CHF erreichen.

Vor Jahresfrist ging man davon aus, dass mit der Umstellung auf HRM2 die Verzinsung entfallen wird. Nachdem diese Bestimmung widerrufen wurde, sind aufgrund des hohen Kapitalbestandes Zinskosten von Total ca. 43.0 Mio. CHF kalkuliert.

Der Zuschlag der Motorfahrzeugsteuer bis ins Jahr 2022 wird somit nicht genügen, um die Gesamtverkehrsprojekte zu finanzieren. Im Jahr 2022 wird voraussichtlich ein Finanzierungsfehlbetrag von rund 58.8 Mio. CHF bestehen.

3 Departement für Bildung und Kultur

3.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Departement für Bildung und Kultur mit seinen Schulen und Ämtern sorgt dafür, dass sich die Bildung in einem wandelnden Umfeld nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Schülerin, des einzelnen Schülers und den Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat richtet. Volksschule, Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen sollen den gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen folgen und entsprechend weiter entwickelt werden. Das Bildungsangebot soll dabei möglichst landesweit harmonisiert werden.

Die Chancengerechtigkeit (Equity) während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang Schule/Berufswelt soll weiter verbessert werden.

Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Vollumfänglich in der kantonalen Zuständigkeit sind die Angebote der Sekundarstufe II. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben, welche vom Kanton massgeblich subventioniert werden. Die Bildungsangebote der Tertiärstufe werden vom Kanton teils geführt, teils mit Schulgeldern mitfinanziert.

Mit dem Aufgabenbereich Kultur wird die kulturelle Vielfalt im Kanton projektorientiert gefördert und das Kulturerbe gepflegt. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden. Unsere Aktivitäten im Bereich Jugend und Sport, den Schulsport und allgemeine Bewegungsförderung unterstützen eine gesunde Freizeitaktivität.

3.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.1. Qualität der Bildung auf allen Stufensichern und weiterentwickeln

- 1.1.1 Schulleitungen der Volksschulen und kantonalen Schulen festigen
- 1.1.2 Bildungsstandort Kanton Solothurn stärken

1.2 Bildungsgerechtigkeit erhöhen und Bildungspotentiale fördern

- 1.2.1 Schuleingangsbereich neu gestalten
- 1.2.2 Tagesschulstrukturen flächendeckend ermöglichen / Familien fördern
- 1.2.3 Integration für Kinder mit besonderem Bildungsbedarf optimieren (Sozio-ökonomische Benachteiligung, Fremdsprachigkeit, Hochbegabung)

1.3. Interkantonale Zusammenarbeit und Harmonisierung auf allen Schulstufen verstärken

- 1.3.1 Bildungswege interkantonale aufeinander abstimmen; Beitritte zum HARMOS-Konkordat und Sonderpädagogik-Konkordat
- 1.3.2 Lehrplan 21 einführen
- 1.3.3 Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz

3.5. Kulturelle Vielfalt pflegen

- 3.5.1 Zentralbibliothek Solothurn und Museum Altes Zeughaus infrastrukturell und konzeptionell stärken
- 3.5.2 Vermittlung von kantonaler Geschichte als Teil der Kulturpflege

3.3 Politische Ziele und Leistungen

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich. Dazu zählen insbesondere:

- landesweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte,
- weitere Verbesserung des Übergangs Schule / Berufswelt.
- Vergleichbarkeit der Schulen herstellen/Einführung von Leistungsmessungen (Checks).

Diese notwendigen Anpassungsmassnahmen sind mitunter verantwortlich für den steigenden

Kostenbedarf im Aufgabenbereich der Bildung. Als Gegenstück dazu muss die evidenzbasierte Steuerung des Bildungssystems weiter entwickelt werden. Mit dem nationalen Bildungsbericht 2010 ist dazu ein wichtiger Schritt getan. Die projektierte nationale Bildungsstatistik wird dazu die Datenlage erweitern. Ziel ist ein Bildungsmonitoring, das Erkenntnis- und Datenlücken weiter schliesst und damit den politischen Entscheidungsträgern faktengestützte Grundlagen liefert für die Weiterentwicklung des Bildungsbereichs und ihre Investitionen in das Bildungswesen. Mit dem Bildungsbericht Nordwestschweiz liegt erstmals eine vergleichende Gesamtschau der Bildungssysteme der Kantone AG, BL, BS und SO vor. Der Bericht dient als Grundlage für eine Diskussion der weiteren Entwicklung der vierkantonalen Zusammenarbeit. In Ergänzung zum Bildungsbericht Schweiz beschreibt der Nordwestschweizer Bildungsbericht detailliert die Schulsysteme der vier Kantone und analysiert ihre Besonderheiten. Er wertet dabei zusätzliche, nur auf Kantonsebene vorhandene Daten aus und ermöglicht Quervergleiche zwischen den vier Kantonen. Diese Vergleichsperspektive ist in der Schweiz einmalig und erlaubt - ganz im Sinne des Grundgedankens des Föderalismus - wichtige Anstösse für ein gegenseitiges Lernen. Es handelt sich um einen Pilotbericht. Auf seiner Grundlage ist zu entscheiden, ob künftig alle vier Jahre ein vierkantonaler Bildungsbericht erarbeitet werden soll, der auch die teilweise bereits bestehenden kantonalen Bildungsberichte ablösen kann.

Der hohe Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung ist erkannt. Die Sportfachstelle erfüllt im Rahmen von Jugend und Sport Vollzugs- und Koordinationsaufgaben, die auf Bundesebene durch das Sportförderungsgesetz geregelt werden. Das Gesetz wurde erneuert und auf den 1.10.2012 in Kraft gesetzt. Darin wurde u. a. das Jugend und Sport Alter auf 5 bis 20 Jahre festgelegt. Zusätzlich wollen wir deshalb den Breitensport verstärkt fördern und suchen die aktive Zusammenarbeit mit den Gemeinden (lokale Bewegungs- und Sportnetze), Schulen (freiwilliger Schulsport), Sportvereinen und anderen Organisationen im Rahmen der subsidiären Projektmitfinanzierung.

Projektorientierte Fördermittel des Kantons gehen ausschliesslich zulasten des Lotterie- und Sport-Toto-Fonds (die Zahl der Unterstützungsgesuche steigt kontinuierlich). Hervorzuheben sind geplante Schwerpunktinvestitionen in die kulturellen Leuchttürme der Stadt Solothurn (Theater und Museen).

Die Änderung der Statuten der Stiftung der Zentralbibliothek Solothurn ist mit Wirkung ab 1.8.2013 vom Regierungsrat am 21.8.2012 (RRB Nr. 2012/1702) beschlossen worden. Damit fanden langjährige Verhandlungen mit dem Stiftungspartner Stadt Solothurn einen vorläufig guten Abschluss. Die Rechtsform als Stiftung wurde beibehalten. Die Gebäude der Zentralbibliothek sind sanierungsbedürftig. Das Vorprojekt für eine Gesamtsanierung konnte 2012 vorangetrieben werden und die Erweiterung des Magazindepots kann im Rahmen der Mehrjahresplanung des Kantonalen Hochbauamtes an die Hand genommen werden.

Der Kanton Solothurn soll ein attraktives und zeitgemässes Museum bekommen, das im ganzen Kanton und darüberhinaus bekannt ist. Das Museum Altes Zeughaus hat hierfür grosses Potenzial. Es besitzt eine wehrhistorische Sammlung von internationalem Wert. Die Massnahmen für den Umbau und die Innensanierung verfolgen das Ziel, einen effizienten und attraktiven Museumskonzept zu ermöglichen. Die Massnahmen für den Umbau und die Innensanierung bestehen vor allem in der Erfüllung behördlicher Auflagen in den Bereichen hindernisfreies Bauen, Brandschutz, Sicherheit, Denkmalpflege und Energie. Der Regierungsrat hat am 29.1.2013 mit RRB Nr. 2013/147 eine entsprechende Vorlage zuhanden des Kantonsrates beschlossen.

Wir wollen weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Landeskirchen und des religiösen Friedens leisten. Dazu gehören die gesetzlich und konkordatär vorgesehenen Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen (insgesamt rund 1,0 Mio. CHF).

3.4 Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

714	Bildungsraum Nordwestschweiz	Ziel LP	C.1.3.3
	Bildungsraum Nordwestschweiz: mit den Partnerkantonen AG, BL, BS werden nationale und regionale Projekte gemeinsam umgesetzt; B+E	Beschluss	RRB 2009/1112
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2008 Soll-Termin 1. Aug 2015		
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
1134	Entwicklung einer Aufgabendatenbank	31. Dez 2012	31. Dez 2012 Die Entwicklung der Informatiklösung ist verzögert.
5292	Ausbildung Lehrpersonen Sek I: Modell Dreifach-Master mit flexibler Erweiterung.	31. Aug 2013	
320	Erste Schulabgänger erhalten einen vierkantonalen Volksschulabschluss	31. Aug 2014	
982	Familien fördern	Ziel LP	C.1.2.2
	Standardisierte Produkte auch im Kt SO einführen (z.B. Elternbildungskurse; Zusammenarbeitsverträge mit der Schule). Ziel: Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen und deren Zusammenarbeitspflicht mit der Schule bewusst zu halten und einzufordern	Beschluss	RRB 2004/2317
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2004 Soll-Termin 1. Aug 2013		
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
322	Alle Schulen haben einen Zusammenarbeitsvertrag Schule-Eltern-Kind	31. Aug 2012	31. Aug 2012 Erledigt
5312	Förderung in Deutsch vor der Einschulung. Publikation Praxisbuch.	31. Dez 2013	
693	Frühenglisch	Ziel LP	keine
	Englisch 5./6. Klasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte ca. 2.25 Mio.,Fr.; Mehrlektionen nach Einführung 6.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.4 Mio. Fr.	Beschluss	SGB 095/2006
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2005 Soll-Termin 31. Dez 2015		
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
1122	Fortsetzung Weiterbildung Lehrkräfte; Erprobung und Evaluation der Lehrmittel	31. Dez 2012	31. Dez 2012 In Arbeit
5313	Start Englisch ab der 5. Klasse.	31. Aug 2013	
319	Englisch ab 5./6. Klasse ist eingeführt.	31. Dez 2015	
691	Frühfranzösisch	Ziel LP	keine
	Französisch Einführung 3. Primarschulklasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte Finanzbedarf ca. 2.25 und Mehrlektionen nach Einführung 11.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.7 Mio. Franken	Beschluss	SGB 095/2006
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2005 Soll-Termin 31. Dez 2014		
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
1131	Fortführung gemäss Projektplanung	31. Dez 2012	31. Dez 2012 Gemäss Projektplanung.
5314	Projektfortführung gemäss Projektplanung	31. Dez 2013	
169	Französisch ab 3. Primarschulklasse ist abgeschlossen.Französisch im 3. und 4. Schuljahr der Primarschulklasse ist eingeführt.	31. Dez 2014	
651	geleitete Schulen	Ziel LP	C.1.1.1
	Einführung geleitete Schulen ab 1.8.2006 gem. Volksabstimmung vom 24. April 2005; Übergangslösung bis Zieltermin 2010; es bedarf einer Gesetzesanpassung	Beschluss	V1138/2004
	Status Erledigt Start-Datum 1. Jan 2004 Soll-Termin 31. Dez 2010	Ist-Termin	31. Dez 2010
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
317	Die kant. Schülerpauschale für die Schulleitungstätigkeit wird von heute Fr. 400 pro Schüler auf neu Fr. 560 gesetzt.	31. Dez 2010	31. Dez 2010 Die Schulleitungsverordnung wurde angepasst und tritt am 1.1.2011 in Kraft (RRB 2010/1603 vom 7.9.2010).

696	HarmoS		Ziel LP	C.1.3.1
	HarmoS: EDK-Bildungsstandards (2.,6.,9.Klasse). Konkordatsbeitritt ab 2008. Leistungsvergleiche der Schulen, Beteiligung am Deutschschweizer Lehrplan für die Volksschule.	Beschluss		RRB 2009/2450
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2008 Soll-Termin 1. Aug 2015			
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1123	Weiterführen der Arbeiten zur Umsetzung des HarmoS Konkordats.	31. Dez 2012	31. Dez 2012	Gemäss Projektplan.
302	<i>Alle Kinder im Kindergartenalter besuchen den Kindergarten. Erhebung Verschiebungsentscheide in der 2. Hälfte 2013.</i>	31. Jul 2013		
702	Integration		Ziel LP	keine
	Integration, speziell der Migrationsfamilien und Kinder mit besonderen Bildungsbedürfnissen; jedes fremdsprachige Kind erhält Deutsch-Zusatzunterricht, Umgang mit Heterogenität, Sensibilität nimmt zu	Beschluss		RG 051/2007
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2007 Soll-Termin 31. Aug 2014			
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1197	<i>Projekt Schulversuch 2011-2014</i>	1. Aug 2014		
986	Lehrplan 21		Ziel LP	C.1.3.2 Lehrplan
	Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan für die obligatorische Volksschule der deutschsprachigen Schweiz. Einführung und Weiterbildung der Lehrpersonen. Ziele: Verbesserung der Sek-II-Anschlüsse, Abbau von Mobilitätsschranken.	Beschluss		RRB 2010/931
	Status In Arbeit Start-Datum 4. Feb 2010 Soll-Termin 31. Jul 2013			
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5315	<i>Öffentliche Vernehmlassung und Erhebung der kantonalen Rückmeldungen an die D-EDK</i>	31. Dez 2013		
323	<i>Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan 21</i>	31. Jul 2014		<i>gem. Projektplan</i>
700	Leistungsbewertung und Selektionsmodus Primarschulbereich		Ziel LP	C1.3.3
	Volksschule: Abklärungen bezüglich der Leistungsbewertung und dem Selektionsmodus im Primarschulbereich und gegebenenfalls Einführung von Schulnoten ab der 1. Klasse. Die Volksschule regelt Selektion, Förderung und Beurteilung.	Beschluss		RRB 2009/1112
	Status Erledigt Start-Datum 1. Jan 2008 Soll-Termin 31. Dez 2011 Ist-Termin 7. Dez 2011			
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
280	Neue Promotionsordnung ist erarbeitet und in Kraft. Wirksamkeit ist mit der Sek-I-Reform gekoppelt.	1. Aug 2011	1. Aug 2011	Die Promotionsordnung ist in Kraft. Schulnoten sind ab 1.8.2011 wieder obligatorisch. Weiterbildung, Materialien für Lehrpersonen zur Verfügung gstellt.
685	Qualitätsmanagement Schulen		Ziel LP	C.1.1.1
	Einführung von Qualitätsmanagement an Volksschule, Mittel- und Berufsschulen: Bis Ende Dezember 2008 sollte das Vorhaben zu 100 % umgesetzt sein.	Beschluss		RRB 2004/1542
	Status Erledigt Start-Datum 1. Jan 2008 Soll-Termin 31. Dez 2012 Ist-Termin 31. Dez 2012			
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1121	Externe Evaluation durch das IFES des BBZ Olten im Frühling und des Bildungszentrums Gesundheit und Soziales im Herbst 2012.	31. Dez 2012	31. Dez 2012	Die Evaluationen wurden durchgeführt.

695	Schuleingangsbereich neu gestalten	Ziel LP	C.1.2.1
	Entwicklung Schuleingangsstufe für 4-8jährige (Projekt EDK)	Beschluss	RRB 2009/2450
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2008 Soll-Termin 1. Aug 2011		
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
279	Sistierung der Basisstufe; Kindergarten ist obligatorisch; gekoppelt mit HarmoS	1. Aug 2012	1. Aug 2012 erledigt
687	Sekundarstufe I Reform	Ziel LP	keine
	Einführung der Sekundarstufe I Reform und Anpassung der Gesetzgebung zur Volks- und Mittelschule.	Beschluss	RG 027/2006
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2008 Soll-Termin 31. Aug 2012		
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
1130	Evaluation Sek P planen und durchführen	31. Dez 2012	31. Dez 2012 in Arbeit; Planung 2013, Durchführung 2015
1195	<i>Nachfolgeregelung 10. Schuljahr; als Folge der Reform sind die heutigen freiwilligen 10. Schuljahre abzulösen</i>	31. Jul 2014	
1196	<i>Die Reform ist abgeschlossen und umgesetzt</i>	31. Dez 2015	
5298	<i>Start profilierte 3. Sekundarschule BIE</i>	31. Dez 2013	
980	Tagesschulstrukturen	Ziel LP	C.1.2.2
	Kantonale Rahmenbedingungen für schulergänzende Betreuungsformen sind verabschiedet. Bedarfsgerechte Angebote realisieren.	Beschluss	RRB 2010/1429
	Status Erledigt Start-Datum 4. Feb 2010 Soll-Termin 31. Jul 2013		
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
668	Volksabstimmung am 13.2.2011 und Umsetzung	31. Dez 2011	31. Dez 2011 Der Souverän hat die Vorlage abgelehnt. Dieses Legislaturziel ist somit für das DBK erledigt.
722	Überprüfung der Neugestaltung des konfessionell neutralen Religionsunterrichts	Ziel LP	keine
	Religiöse Bildung: Der Kanton Solothurn wird auf Wunsch der SIKO überprüfen, wie der schulische, konfessionell neutrale Religionsunterricht neu gestaltet werden kann. Ob sich daraus eine Revision des Lehrplanes ergeben wird, ist noch offen	Beschluss	Eingabe SIKO
	Status Sistiert Start-Datum 9. Dez 2009 Soll-Termin 31. Jul 2014		
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
321	<i>Abhängig vom Projekt Lehrplan 21; gem. Projektplanung weiterbearbeiten</i>	31. Dez 2015	
704	Case Management Berufsbildung	Ziel LP	keine
	Prävention von Jugendarbeitslosigkeit	Beschluss	RRB 2007/1202
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2007 Soll-Termin 31. Dez 2010		
	Amt Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
1124	Weiterführung der Umsetzungsarbeiten gemäss Vorgaben BBT.	31. Dez 2012	31. Dez 2012 Evaluationskonzept und Finanzplan liegen vor. Evaluation gestartet.
5347	<i>Weiterführung der Umsetzungsarbeiten gem. Vorgaben BBT und Zwischenbericht Evaluation</i>	31. Dez 2013	

712	Einführung bilingualer Unterricht	Ziel LP	keine	
	Die zweisprachige Maturität an den Kantonsschulen ist möglich.	Beschluss	RRB 2002/1696	
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2008 Soll-Termin 1. Aug 2010			
	Amt Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung	
1126	Kantonsschule Solothurn: Konzept zur Weiterentwicklung erarbeiten	31. Dez 2012	31. Dez 2012	Entscheid DBK für Sistierung SPF Englisch und Auftrag zur Planung der bilingualen Matur erteilt.
5348	<i>Konzept bilinguale Maturität an der Kantonsschule Solothurn soll Ende 2013 vorliegen.</i>	31. Dez 2013		
984	Integration für Kinder mit besonderem Bildungsbedarf optimieren	Ziel LP	C.1.2.3	
	Sozio-ökonomischer Benachteiligung, Fremdsprachigkeit, Hochbegabung begegnen. Förder- und Unterstützungsmassnahmen ab dem Kindergarten, ev. bereits im Frühbereich, teilweise neu erarbeiten, konsequent und gezielt einsetzen.	Beschluss	RRB 2007/459	
	Status In Arbeit Start-Datum 4. Feb 2010 Soll-Termin 31. Jul 2013			
	Amt Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung	
1127	Im Zuge der Reform Sek I Aufnahmebedingungen für die weiterführenden Schulen neu definieren.	31. Dez 2012	31. Dez 2012	Erledigt. Die Aufnahmebedingungen sind definiert.
290	<i>Tertiärabschlussquote: Anzahl Abschlüsse Hochschulen, Fachhochschulen, höhere Berufsbildung steigern</i>	31. Jul 2013		
988	Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen	Ziel LP	C.3.2.1	
	Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch bessere Integration der Jugendlichen mit schulischen, sprachlichen und sozialen Problemen in den Arbeitsmarkt.	Beschluss	RRB 2007/1202	
	Status In Arbeit Start-Datum 4. Feb 2010 Soll-Termin 31. Jul 2013			
	Amt Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung	
1128	Anzahl Lehrverhältnisse weiter erhöhen, Brückenangebote einführen.	31. Dez 2012	31. Dez 2012	Anzahl Lehrverhältnisse auf neuem Höchststand. Integrationskurse wurden neu konzipiert.
292	<i>Kontinuierliche Verbesserung der Abschlussquote Sek II (Richtwert BBT 95%).</i>	31. Jul 2013		
720	Geschichte des Kantons Solothurn im 19. und 20. Jahrhundert	Ziel LP	keine	
	Geschichte des Kantons Solothurn im 19. und 20. Jahrhundert bearbeiten	Beschluss	RRB 2005/160	
	Status In Arbeit Start-Datum 9. Dez 2009 Soll-Termin 31. Dez 2017			
	Amt Amt für Kultur und Sport			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung	
1136	Produktion Band 20. Jahrhundert gemäss Planung.	31. Dez 2012	31. Dez 2012	gemäss Planung
5301	<i>Detaillkonzepte für Band 20. Jh. liegen vor. Autorenaufträge sind erteilt.</i>	31. Dez 2013		
203	<i>Gesamtwerk wird 2017 abgeschlossen (RRB 2011/2348 vom 15.11.2011).</i>	31. Dez 2017		
996	Vermittlung von kantonaler Geschichte als Teil der Kulturpflege	Ziel LP	C.3.5.2	
	Schaffung eines Netzwerkes für den Umgang mit Geschichte und mobilem Kulturgut.	Beschluss	SGB148/2009	
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2009 Soll-Termin 31. Jul 2013			
	Amt Amt für Kultur und Sport			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung	
293	Museumsverbund ist eingeführt	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Gründungsversammlung im November 2009. Museumsverbund wird mit Beiträgen aus dem Lotteriefonds unterstützt (RRB 2010/2325). Das erste Jahrestreffen fand am 6.9.2010 im Museum Blumenstein in Solothurn statt.
690	<i>Museumserneuerung Schloss Waldegg: FIKO Sparbeschluss vom 16.11.11 SGB 1248/2011 Projektausführung muss verschoben werden ausser die Projektfinanzierung ist durch Spenden möglich. Dank der Gemeinde Feldbrunnen und privater Stiftungen Start der Erneuerung</i>	31. Dez 2013		

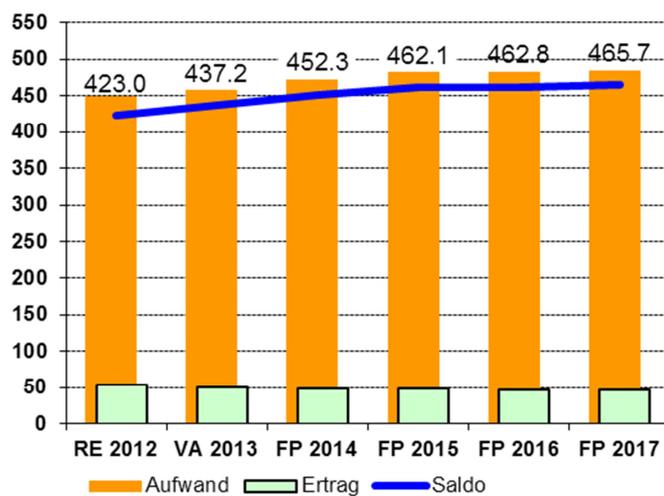
716	Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus	Ziel LP	C.3.5.1
	Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus zum kulturhistorischen Museum des Kantons umgestalten.	Beschluss	RRB 2010/1432
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2010 Soll-Termin 31. Dez 2011		
	Amt Amt für Kultur und Sport		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
1135	Kreditbewilligung für die Sanierung und den Umbau liegt vor. Arbeiten an neuer Dauerausstellung gem. Planung.	31. Dez 2012	31. Dez 2012 Die Baubotschaft ist erstellt und wird im 2013 dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt.
5310	<i>Kreditbewilligung liegt vor und Baukommission ist eingesetzt.</i>		

724	Zentralbibliothek Solothurn	Ziel LP	C.3.5.1
	Zentralbibliothek Solothurn als Stadt-, Regional- und Kantonsbibliothek erhalten, Erneuerung des Zusammenarbeits- und Beitragsvertrages (RRB)	Beschluss	SGB 118/2005
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Aug 2005 Soll-Termin 31. Dez 2010		
	Amt Amt für Kultur und Sport		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
1194	RRB zum neuen Vertrag; Inkrafttreten per 1.8.2013	31. Dez 2012	31. Dez 2012 Die Statuten mit geändertem Finanzierungsmechanismus (zwischen Kanton, Stadt Solothurn und Gemeinden) sind genehmigt (RRB Nr. 2012/1702 vom 21.8.2012).
5311	<i>Stiftungsrat erneuert und Verhandlungen Leistungsvereinbarung Partner sind angelaufen.</i>		

706	Wiedereinführen Lehrlingsturnen	Ziel LP	keine
	Wiedereinführen Lehrlingsturnen im BBZ Solothurn-Grenchen	Beschluss	RRB2007/554
	Status Erledigt Start-Datum 9. Dez 2009 Soll-Termin 31. Dez 2011		
	Amt Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
1125	Laufende Optimierung der Mietlösungen	31. Dez 2012	31. Dez 2012 Mietvertrag mit der Velodrome Suisse AG Grenchen ausgehandelt (RRB Nr. 2012/2375 vom 3.12.2012).

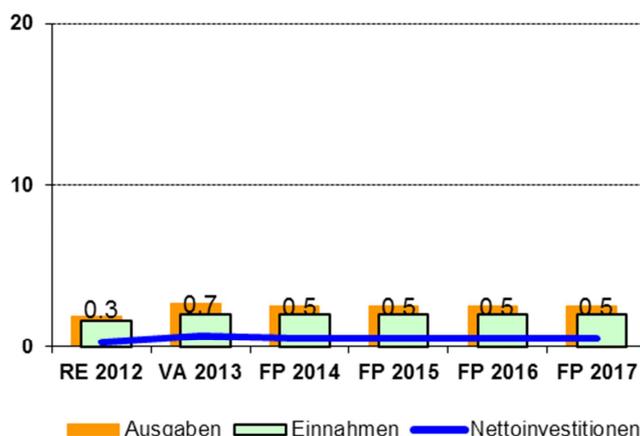
Finanzen in Mio. Franken Departement für Bildung und Kultur

Erfolgsrechnung	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Globalbudgets						
Aufwand	194.5	198.8	201.6	201.3	197.6	196.6
Ertrag	-45.3	-41.7	-41.0	-39.8	-39.0	-38.4
Globalbudgetsaldo	149.2	157.1	160.5	161.5	158.5	158.2
Verrechnungen	26.3	28.1	28.0	28.0	28.0	28.0
Saldo	175.5	185.2	188.5	189.5	186.6	186.3
Finanzgrössen						
Aufwand	255.1	259.6	271.5	280.6	284.2	287.4
Ertrag	-7.8	-7.9	-8.2	-8.4	-8.4	-8.4
Verrechnungen	0.3	0.3	0.4	0.4	0.4	0.4
Saldo	247.6	252.0	263.7	272.6	276.2	279.4
Saldo total	423.0	437.2	452.3	462.1	462.8	465.7



Der Anstieg in den Jahren 2012 bis 2015 ist hauptsächlich zurückzuführen auf: Beiträge an Gemeinden an Lehrerbesoldungen (Fortführung Frühfranzösisch, Einführung Frühenglisch, Leistungschecks), Umsetzung des Heilpädagogischen Konzeptes, höhere Schulgelder aufgrund von mehr Studierenden sowie den höheren Beitrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz gemäss vier-kantonaalem Leistungsauftrag.

Investitionsrechnung	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Total						
Ausgaben	1.9	2.7	2.5	2.5	2.5	2.5
Einnahmen	-1.6	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Nettoinvestitionen	0.3	0.7	0.5	0.5	0.5	0.5
Einzelne Nettoinvestitionen						
Ausbildungsdarlehen	0.2	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
IT-Kantonsschulen	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
IT-Berufsschulen	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0



Der Grund für tiefere Ausbildungsdarlehen im 2012 liegt darin, dass gestiegenes steuerbares Einkommen zu höheren Elternleistungen führt. Es ergeben sich keine weiteren nennenswerten Abweichungen.

4 Finanzdepartement

4.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Finanzdepartement ist einerseits für die Ressourcen verantwortlich. Die Querschnittsämter im Finanz-, Informatik- und Personalbereich sind interne Dienstleister für die ganze Verwaltung. Sie nehmen Beratungs- und Koordinationsaufgaben wahr. Andererseits werden im Finanzdepartement Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne durch das Steueramt und die Amtschreibereien erledigt. Administrativ dem Finanzdepartement zugehörig sind die Finanzkontrolle und das Amtschreiberei-Inspektorat, welche Aufsichtsfunktionen ausüben sowie die Kantonale Pensionskasse (PKSO). Alle Dienststellen mit Ausnahme der PKSO werden mit Globalbudget und Leistungsauftrag geführt.

Innerdepartementale Koordination:
Departementssekretariat

Dienststellen mit Querschnittsaufgaben:
Personalamt, Amt für Finanzen, Amt für Informatik und Organisation

Dienststellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne:
Kantonales Steueramt, Amtschreibereien

Administrativ unterstellte Dienststellen mit Aufsichtsfunktion:
Kantonale Finanzkontrolle, Amtschreiberei-Inspektorat

Folgende finanzielle Grössen werden im Finanzdepartement geführt:
Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen, Buchgewinne und kantonale Steuern.

4.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.4. Nachhaltige Finanzpolitik

1.4.1 Eigenkapital und somit Handlungsspielraum erhalten

4.3 Politische Ziele und Leistungen

In der Planungsperiode erwarten wir aus verschiedenen Gründen keine Verbesserung der Finanzlage. Einerseits sehen wir auf der Ertragsseite grössere Ausfälle. Die aktuelle Wirtschaftslage hat einen Rückgang der Steuererträge der juristischen Personen zur Folge. Die Reduktion des Steuerfusses für natürliche Personen auf den 1.1.2012 und die Befreiung von selbst genutztem Wohneigentum von der Handänderungssteuer werden ebenfalls zu Steuerausfällen führen.

Die vergangenen schwachen Wirtschaftsjahre fliessen seit 2012 in die Berechnungsgrundlage für den NFA-Ressourcenausgleich ein, in welchen die finanzstarken Kantone einen geringeren Beitrag beisteuern. Die Nationalbank hat ihre Gewinnausschüttung gegenüber den Vorjahren deutlich reduziert und auch von der Alpiq AG muss mit tieferen Dividendenerträgen gerechnet werden.

Andererseits erwarten wir weitere Mehrkosten. Dies infolge von Projekten im Bildungsbereich, z.B. HarmoS, Tagesschulstrukturen, Fremdsprachen und Sozialpädagogik oder die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG), der Übergang zur Fallpauschale (DRG) bei den Spitälern und die jährliche Kostensteigerung im Sozial- und Gesundheitswesen. Die Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse muss in einer vorgegebenen Frist geschlossen oder zumindest reduziert werden, was in den kommenden Jahren ebenfalls zu einer zusätzlichen Belastung des Finanzhaushaltes führen wird. Der Kanton Solothurn kann einen grossen Teil dieser Mehrkosten nicht direkt beeinflussen.

Mit einem von der Regierung in Auftrag gegebenen zweiten Massnahmenpaket soll der Finanzhaushalt der kommenden Jahre nachhaltig entlastet und das strukturelle Defizit deutlich reduziert werden. Dabei sollen sowohl auf der Kosten- als auch auf der Erlösseite Massnahmen vorgeschlagen werden.

Um das Eigenkapital und den finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten, muss die bewährte vorsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre beibehalten werden. Durch das professionelle Finanzmanagement und die solide Budgetführung wurde der Kanton Solothurn durch die Ratingagentur

Standards & Poor mit dem sehr guten Rating „AA +“ bewertet. Dies trotz den verschlechterten Finanzaussichten und der Deckungslücke bei der Pensionskasse. Dieses Rating sollte der Kanton halten können. Es zwingt zu einer gesunden Finanzpolitik und ist bei allfällig notwendigen Fremdmittelaufnahmen hilfreich.

4.4 Massnahmen Finanzdepartement

1263	Stabilisierung Deckungsgrad Pensionskasse	Ziel LP	-
	Deckungsgrad Pensionskasse erhöhen	Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	24. Feb 2011 Soll-Termin 1. Jan 2014
Amt	Departementssekretariat FD+ASI		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
2770	Entscheidgrundlagen erarbeiten	31. Dez 2011	31. Dez 2011 Entscheidgrundlagen sind erarbeitet
2771	Verabschiedung B+E durch AG PKSO	31. Dez 2012	31. Dez 2012 Gesetzesentwurf wurde von der Arbeitsgruppe PKSO verabschiedet und in die Vernehmlassung gegeben.
1203	Vernehmlassung des Gesetzesentwurfs	31. Mrz 2013	
1204	Inkraftsetzung des Gesetzes	1. Jan 2014	
5218	Totalrevision Gebührentarif		
	Totalrevision des Gebührentarifs. Den Aufbau des Gebührentarifs neu strukturieren.	Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013 Soll-Termin 31. Mrz 2015
Amt	Departementssekretariat FD+ASI		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5334	Entwurf Gebührentarif	31. Dez 2013	
5335	Vorlage B+E erstellen	30. Jun 2014	
5336	Inkrafttreten	31. Mrz 2015	
5220	Ablösung Grundbuch-Anwendung		
	Die heutige Grundbuch-Anwendung ISOV GB V5 soll mit einer neuen Software abgelöst werden, die sich auf dem Markt bewährt hat und die sowohl die Vorgaben des Bundes als auch unsere Bedürfnisse abdeckt.	Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2012 Soll-Termin 30. Jun 2014
Amt	Departementssekretariat FD+ASI		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5339	Beginn Realisierung	30. Jun 2013	
5338	Kreditbewilligung	30. Jun 2013	
5340	Datenmigration ISOV in neue Anwendung	31. Dez 2013	
5341	Produktivbetrieb	30. Jun 2014	
5222	Ressort Betreibungen von Steuerschulden		
	Die Zusammenarbeit zwischen Betreibungsamt und Steueramt überprüfen und allenfalls neu organisieren, mit dem Ziel den Betreuungserfolg von Steuerschulden zu optimieren.		
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2012 Soll-Termin 30. Sep 2013
Amt	Departementssekretariat FD+ASI		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5349	Zusammenarbeit BA und KSTA neu regeln	30. Sep 2013	

2732	Teilrevision EG ZGB	Ziel LP	-
	Anpassung des Einführungsgesetzes an die Teilrevision ZGB (Immobiliarsachenrecht), vom RR und KR verabschiedet und in Kraft gesetzt. Umsetzung in Prozesse der betroffenen Verwaltungsbereiche.	Beschluss	-
Status	Erledigt	Start-Datum	22. Feb 2011
		Soll-Termin	1. Jan 2012
Amt	Departementssekretariat FD+ASI		
		Ist-Termin	1. Jan 2012
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
713	Vernehmlassung	31. Mrz 2011	30. Jun 2011
			Vernehmlassung durchgeführt
714	B+E verfasst	30. Sep 2011	30. Sep 2011
			B+E verfasst
716	Kantonsratsbeschluss	30. Sep 2011	30. Sep 2011
			Genehmigt mit KRB Nr. RG 082a/2011 vom 24. August 2011
717	RRB Änderung GB-Verordnung	30. Sep 2011	30. Sep 2011
			Genehmigt mit RRB 2012/113 vom 23.01.2012
718	Inkraftsetzung	1. Jan 2012	1. Jan 2012
			Änderungen am 01.01.2012 in Kraft getreten.
719	Umsetzung in Amtschreibereien	1. Jan 2012	1. Jan 2012
			Eine Arbeitsgruppe der Amtschreibereien hat die Einführung vorbereitet und die Mitarbeitenden geschult.

5116	Massnahmenplan 2013	Ziel LP	C.1.4.1
	Geeignete Massnahmen in der gesamten Verwaltung erarbeiten um den Finanzhaushalt der nächsten Jahre zu entlasten.	Beschluss	-
Status	In Arbeit	Soll-Termin	31. Mrz 2013
Amt	Amt für Finanzen		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
5079	Erarbeitung nach Weisung RR	31. Mrz 2012	31. Mrz 2012
			Massnahmenplan erstellt.
5080	Beschluss/Vorlage mit IAFP an KR	30. Jun 2012	30. Jun 2012
			RRB 2012/933 vom 08.05.2012
5358	Controlling-Konzept erstellen	31. Mrz 2013	
5359	1. Bericht mit SemB 2013	30. Sep 2013	
5360	2. Bericht mit GesB 2013	31. Mrz 2014	

815	Änderungen WoV-Gesetzgebung	Ziel LP	LP:
	Transparente und zeitgemässe Rechnungslegung	Beschluss	Beschluss:
Status	In Arbeit	Start-Datum	28. Feb 2011
		Soll-Termin	31. Mrz 2013
Amt	Amt für Finanzen		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
709	WoV-Gesetz verabschiedet	31. Mrz 2011	31. Mrz 2011
			Änderungen des WoV-Gesetzes am 22.03.2011 durch KR verabschiedet.
711	Review durch externen Partner	30. Sep 2011	30. Sep 2011
			Review durch externe Partner durchgeführt.
726	Inkraftsetzung der WoV-Vo	30. Sep 2011	30. Sep 2011
			Änderung mit RRB 2011/2258 vom 31.10.2011 beschlossen und per 01.01.2012 in Kraft gesetzt.
727	Produktivsetzung von HRM2	1. Jan 2012	1. Jan 2012
1205	Accounting-Manual, Inkraftsetzung	1. Jan 2012	1. Jan 2012
			Accounting Manual mit RRB 2012/338 21.02.2012 verabschiedet und per 01.01.2012 in Kraft gesetzt.
712	Bilanzbereinigung durchführen	31. Mrz 2012	31. Mrz 2012
728	Schlussbericht zu Einführung HRM2	30. Jun 2012	31. Okt 2012
			Regierungsrat hat Schlussbericht HRM2 mit RRB 2012/2075 vom 22.10.2012 zur Kenntnis genommen.
725	Umsetzung Vorstoss Schneider (PPP)	30. Jun 2012	30. Sep 2012
			Vorschlag für die Umsetzung Vorstoss Schneider (PPP) erarbeitet und vom RR mit RRB 2012/1914 vom 18.09.2012 zur Kenntnis genommen.
1206	Geschäftsbericht 2012 nach HRM2	31. Mrz 2013	

5168 Gemeinderegister, GERES Plattform

Aufbau und Betrieb eines kantonalen Einwohnerregisters (enthaltend Personenregister, Voterregister, Adressregister).

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **31. Mrz 2015**
 Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5352	Personenregister (Betrieb)	31. Mrz 2013		
5353	Voterregister (Betrieb)	30. Sep 2013		
5355	Datenschutz Personenregister/Plattform	30. Sep 2013		
5356	Einführungsentscheid Firmenregister	31. Mrz 2014		
5354	Adressregister (Betrieb)	30. Sep 2014		
5357	Einführungsentscheid Objektregister	31. Mrz 2015		

5225 Fonds-Verrechnung zu Vollkosten

Fonds-Verrechnung der Verwaltung zu Vollkosten.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **31. Mrz 2014**
 Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5361	Analyse und Erhebung	31. Mrz 2013		
5362	Detailkonzept erarbeiten	30. Jun 2013		
5363	RRB	30. Sep 2013		
5364	Umsetzung mit VA 2015	31. Mrz 2014		

5226 Review SAP-Strategie

Die bestehende Strategie SAP als zentrales Rechnungswesentool überprüfen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **30. Sep 2013**
 Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5365	Analyse	30. Jun 2013		
5367	RRB für angepasste Strategie	30. Jun 2013		
5366	Strategie anpassen	30. Sep 2013		

5227 Kreditorenprozess zentralisieren

Rationalisierung der Verbuchung im SAP indem der Kreditorenprozess kantonsweit zentralisiert wird.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **31. Dez 2013**
 Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5368	Analyse und Erhebung	31. Mrz 2013		
5369	Grobkonzept und RRB	30. Jun 2013		
5370	Umsetzung	31. Dez 2013		

1291 Ausbildungskonzept

Ziel LP

kein

Förderung der Qualifikationen und Arbeitsmarktfähigkeit der Mitarbeitenden sowie Steigerung der Arbeitgeberattraktivität.

Status **In Arbeit** Start-Datum **21. Feb 2011** Soll-Termin **31. Dez 2011**
 Amt **Personalamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
423	Neues Ausbildungsprogramm erstellt	30. Jun 2010	30. Jun 2010	
699	Umsetzung der Module Projektmanagement und Fachführung (Termin verschoben)	31. Dez 2011		Die Kurse kamen nicht zustande, da zuwenig Anmeldungen eingingen
5027	Umsetzung der Module Projektmanagement und Fachführung	31. Dez 2012	31. Dez 2012	
5090	Berichterstattung über Erfolgsausweis	31. Dez 2012	31. Dez 2012	

581 Flexibler Altersrücktritt	Ziel LP	kein
Möglichkeiten für flexiblen Altersrücktritt erarbeitet	Beschluss	-
Status In Arbeit	Start-Datum 16. Dez 2011	Soll-Termin 30. Sep 2013
Amt Personalamt		
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
440 Schriftliche Zustimmung der Verbände	31. Mrz 2010	31. Mrz 2010
441 Anpassung GAV	31. Mrz 2010	31. Mrz 2010
442 Einführung in der Verwaltung (ohne Schulen und Spitäler AG)	30. Sep 2010	1. Aug 2010
1207 Instruktion der Anstellungsbehörden	31. Mrz 2013	
693 Einführung bei Schulen und Spitäler AG	30. Sep 2013	

583 Marktkonformität Löhne				
Arbeitsmarktattraktivität sicherstellen				
Status Erledigt	Start-Datum 1. Jan 2006	Soll-Termin 31. Dez 2011	Ist-Termin 31. Dez 2012	
Amt Personalamt				
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
125 Lohnvergleich	31. Dez 2007	30. Nov 2007		
734 Lohnvergleich durchführen	31. Dez 2011	31. Dez 2012	Die Berichterstattung der Analyse Lohnvergleich ist mit RRB 2012/337 vom 21.2.12 und RRB Nr. 2012/2193 vom 5.11.12 erfolgt.	

496 Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage				
Zufriedenheitsgrad der Mitarbeitenden bekannt und Optimierungsmassnahmen umgesetzt				
Status In Arbeit	Start-Datum 28. Feb 2011	Soll-Termin 31. Dez 2014		
Amt Personalamt				
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
89 MAZ durchführen	31. Dez 2005	30. Nov 2005		
90 Massnahmen definieren	30. Sep 2006	30. Sep 2006		
92 2. MAZ durchführen	31. Dez 2008	31. Dez 2008		
94 2. MAZ auswerten	30. Jun 2009	30. Jun 2009		
95 Massnahmen aus 2. MAZ erarbeitet	31. Dez 2009	31. Dez 2009		
416 Berichterstattung über 2. MAZ an RR	30. Sep 2010	25. Okt 2010		
731 Berichterstattung 2011 über 2. MAZ an RR	30. Sep 2011	30. Sep 2011	Berichterstattung mittels Brief an den RR erfolgt.	
1208 Berichterstattung 2012 über 2. MAZ an RR	30. Sep 2012	30. Sep 2012		

1285 Optimierung Mitarbeitendengespräch				
Optimierung Mitarbeitendengespräch und Leistungsgerechtigkeit				
Status In Arbeit	Start-Datum 28. Feb 2011	Soll-Termin 30. Sep 2013		
Amt Personalamt				
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
417 GAV-Änderungen mit GAVKO verhandelt	30. Jun 2010	30. Jun 2010		
418 Info-Veranstaltungen in den Departementen durchgeführt	30. Sep 2010	30. Sep 2010		
419 Schulungen durchgeführt (Termin verschoben)	31. Mrz 2011			
5104 Überarbeitete Mitarbeitendengespräche eingeführt	31. Jan 2012	31. Jan 2012	Neues Formular Beurteilungs- und Entwicklungsgespräch (BEG) erstellt und mit RRB 2012/176 vom 31.01.2012 eingeführt.	
2880 Schulungen durchgeführt	31. Mrz 2012	31. Mrz 2012	Schulung der Vorgesetzten durchgeführt	
2881 1. Audit zum neuen System durchgeführt	30. Sep 2014			

2662 Vereinfachung Kündigungsverfahren im Kaderbereich	Ziel LP	kein
Ein vereinfachtes Kündigungsverfahren im Kaderbereich umsetzen	Beschluss	-
Status Erledigt	Start-Datum 1. Mrz 2011	Soll-Termin 30. Jun 2012
Amt Personalamt	Ist-Termin	30. Jun 2012
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
694 Konsens in GAVKO erreicht	31. Dez 2011	31. Dez 2011
695 RRB	31. Mrz 2012	31. Mrz 2012
696 GAV-Zustimmungsverfahren und Feststellungsbeschluss	30. Jun 2012	30. Jun 2012
Nachweis/Planung		
In der GAVKO konnte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Einigung erzielt werden.		
RRB 2012/731 vom 03.04.2012		
Mit RRB 2012/936 vom 08.05.2012 wird das GAV-Zustimmungsverfahren abgeschlossen. Die Änderung tritt am 01.06.2012 in Kraft.		

5223 AHV-Ersatzrente		
Anpassung der AHV-Ersatzrente an das neue Rücktrittsalter. Umsetzung der Massnahme FD_9 aus dem Massnahmenplan 2013.		
Status In Arbeit	Start-Datum 1. Jan 2013	Soll-Termin 30. Jun 2014
Amt Departementssekretariat FD+ASI		
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
5350 Lösungsvarianten	30. Sep 2013	
5351 Beschluss Neuregelung	30. Jun 2014	

587 Steuergesetzrevision		
Steuerliche Entlastung besonder belastetern Einkommens- und Vermögensklassen.		
Status Erledigt	Start-Datum 25. Feb 2011	Soll-Termin 1. Jan 2012
Amt Steueramt		Ist-Termin 1. Jan 2012
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
128 Vernehmlassung	30. Jun 2006	30. Jun 2006
129 RRB B+E	31. Dez 2006	6. Mrz 2007
130 Volksabstimmung	31. Okt 2007	21. Okt 2007
568 Inkraftsetzung	1. Jan 2012	1. Jan 2012
Nachweis/Planung		
Vernehmlassung erledigt mit RRB Nr. 2006/1408 vom 11.7.2006		
Erledigt mit RRB Nr. 2007/352 vom 6.3.2007		
Volksabstimmung am 21.10.2007		
Änderungen am 01.01.2008 und 01.01.2012 in Kraft getreten.		

5117 Teilrevision Steuergesetz (2012)	Ziel LP	-
Teilrevision Steuergesetz in Bezug auf Mitarbeiterbeteiligung und Steuerbefreiung Feuerwehrold. Anpassung an das Bundesrecht.	Beschluss	-
Status Erledigt	Soll-Termin 1. Jan 2013	Ist-Termin 1. Jan 2013
Amt Steueramt		
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
5082 B + E an den Kantonsrat	31. Mrz 2012	31. Mrz 2012
5083 Kantonsratsbeschluss	30. Jun 2012	30. Jun 2012
5084 Vollzugsgesetzgebung	30. Sep 2012	31. Dez 2012
5085 Inkrafttreten	1. Jan 2013	1. Jan 2013
Nachweis/Planung		
RRB 2012/877 vom 01.05.2012		
Kantonsratsbeschluss Nr. RG 051/2012 vom 28.08.2012		
Änderungen am 01.01.2013 in Kraft getreten.		

5228 Teilrevision Steuergesetz (2015)		
Teilrevision des Steuergesetzes zur Umsetzung des Bundesrechts. Lotteriegewinne und Pauschalbesteuerung.		
Status In Arbeit	Start-Datum 1. Jan 2013	Soll-Termin 31. Mrz 2015
Amt Steueramt		
Nr. Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
5371 Vernehmlassungsentwurf	31. Mrz 2013	
5372 B + E an Kantonsrat	31. Mrz 2014	
5373 Kantonsratsbeschluss	30. Jun 2014	
5374 Vollzugsgesetzgebung	30. Sep 2014	
5375 Inkrafttreten	31. Mrz 2015	

2713 Reorganisation AIO und Einführung neuer Desktop

Optimierte Organisation AIO. Bereitstellen eines modernen und zweckmässigen Arbeitsmittels für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung

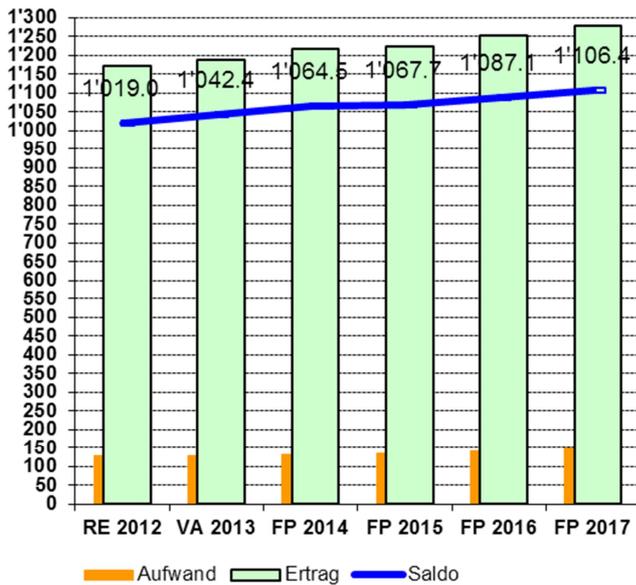
Status **In Arbeit** Start-Datum **28. Feb 2011** Soll-Termin **31. Dez 2012**

Amt **Amt für Informatik und Organisation**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
705	Detaillkonzept erstellen	31. Mrz 2011	31. Mrz 2011	Detaillkonzept erstellt
706	Pilotbetrieb	30. Jun 2011	30. Jun 2011	Pilotbetrieb erfolgreich durchgeführt
707	Einführung neuer Desktop bei der ersten Dienststelle	30. Sep 2011	30. Sep 2011	Desktop 2011 bei den ersten Dienststellen eingeführt
730	Reorganisation AIO und Umsetzung Kundenmanagement	30. Jun 2011	31. Dez 2011	Reorganistion abgeschlossen und Kundenmanagement umgesetzt.
708	Gesamte Verwaltung auf Desktop 2011 umgestellt	31. Dez 2012	31. Dez 2012	Umstellung auf neuen Desktop erfolgreich abgeschlossen.
5081	Rezertifizierung	31. Dez 2012	31. Dez 2012	Rezertifizierung am 22.11.2012 erfolgreich bestanden.

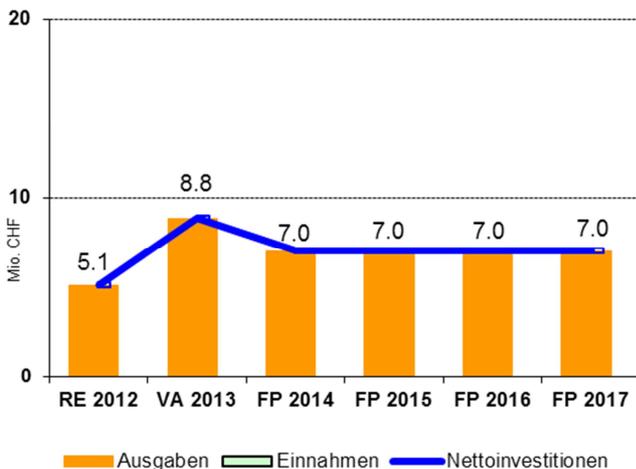
Finanzen in Mio. Franken Finanzdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Globalbudgets						
Aufwand	82.3	85.1	85.1	85.2	85.2	85.2
Ertrag	-60.2	-56.9	-56.8	-56.8	-56.8	-56.9
Globalbudgetsaldo	22.1	28.2	28.3	28.4	28.4	28.4
Verrechnungen	-7.2	-7.9	-7.9	-7.9	-7.9	-7.9
Saldo	14.9	20.3	20.4	20.5	20.5	20.5
Finanzgrössen						
Aufwand	46.7	41.6	45.8	50.3	55.5	63.1
Ertrag	-1'111.0	-1'132.5	-1'159.3	-1'168.7	-1'194.6	-1'222.0
Verrechnungen	30.4	28.3	28.6	30.2	31.4	31.9
Saldo	-1'034.0	-1'062.7	-1'084.9	-1'088.2	-1'107.6	-1'126.9
Saldo total	-1'019.0	-1'042.4	-1'064.5	-1'067.7	-1'087.1	-1'106.4



In der Erfolgsrechnung ist aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage in den nächsten Jahren bei den Steuereinnahmen der Juristischen Personen mit Mindererträgen zu rechnen. Zu einem Steuerausfall führt auch die Reduktion des Steuerfusses für natürliche Personen auf den 1.1.2012. Ausgabenseitig ist aufgrund der prognostizierten Defizite in der Staatsrechnung in den Folgejahren wieder mit höheren Zinskosten zu rechnen.

Investitionsrechnung	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Total						
Ausgaben	5.1	8.8	7.0	7.0	7.0	7.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	5.1	8.8	7.0	7.0	7.0	7.0
Einzelne Nettoinvestitionen						
Informationstechnologie (GB)	5.1	8.8	7.0	7.0	7.0	7.0



Mit der Einführung von HRM2 und der Überarbeitung des Rechnungswesen AIO werden in der Investitionsrechnung nur noch Neu- und Erweiterungsprojekte geführt, welche externe Kosten grösser 50'000 CHF umfassen. Die übrigen Projekte werden ab 2012 in der Erfolgsrechnung AIO geführt.

Die höheren Investitionen im 2013 resultieren von Grossprojekten betreffend Fachanwendungen, die den End of Life Zyklus erreicht haben und dringend abgelöst werden müssen. Zusätzlich kann die Fachanwendung der MFK nicht mehr aus dem Strassenbaufonds finanziert werden und wird neu der Investitionsrechnung belastet.

5 Departement des Innern

5.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Aufgaben des Departements des Innern lassen sich in drei unterschiedliche Bereiche aufteilen:

1. Öffentliche Sicherheit

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit von Menschen, den Schutz ihres Eigentums sowie die Erhaltung der friedlichen Ordnung. Für die Erreichung dieser Ziele erfolgen Ermittlungstätigkeiten bei der Verfolgung von Straftaten, Prävention und Repression im Strassenverkehr sowie Polizeipräsenz und Interventionen im öffentlichen Raum. Weiter zählen dazu der rechtskonforme Vollzug von Haft, Strafen und Massnahmen in der Justizvollzugsanstalt (Schöngrün, Im Schache) und in den Untersuchungsgefängnissen mit dem Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Zum Aufgabengebiet gehört das Erstellen diverser Ausweise für schweizerische und ausländische Staatsangehörige.

Administrativ angegliedert ist die Verwaltung von Lotterie- und Sportfonds.

2. Gesundheit

Hauptaufgaben sind die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Spitalversorgung, der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Lebensmittel, Heilmittel, Epidemien etc. sowie die Gesundheitsförderung.

3. Soziale Sicherheit

Nach der Präambel der Kantonsverfassung (KV) gilt es, eine Gesellschaftsordnung anzustreben, die der Entfaltung und der sozialen Sicherheit des Menschen dient. Im Legislaturplan 2009-2013 ist eines der drei Leitziele denn auch, den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kanton zu wahren. Nach Art. 22 KV strebt der Kanton in Ergänzung der privaten Initiative und Verantwortung auf dem Weg der Gesetzgebung danach, dass im Rahmen seiner Zuständigkeit und der verfügbaren Mittel die formulierten Sozialziele erreicht werden. Insbesondere geht es darum, dass Menschen, die wegen ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Lage Hilfe brauchen, die für ihre Existenz notwendige Unterstützung erhalten. Nach § 1 des Sozialgesetzes hat staatliches Handeln daher

- die Eigenverantwortung zu stärken, die Selbständigkeit des Menschen zu erhalten, Armut oder soziale Notlagen zu verhindern, zu beheben oder zu mindern (Prävention)
- Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu unterstützen (Allokation)
- Menschen in sozialen Notlagen zu helfen oder Überlebenshilfe zu gewähren (Intervention und Repression) und den Missbrauch von Sozialleistungen zu verhindern und zu bekämpfen (Sanktion).

5.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

3.1 Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten

- 3.1.1 Ausgewogenes Modell zur Prämienverbilligung entwickeln
- 3.1.2 Ausländische Wohnbevölkerung besser integrieren
- 3.1.3 Behindertengleichstellungsgesetz umsetzen
- 3.1.4 Heimplanung überarbeiten
- 3.1.5 Eigenverantwortung stärken
- 3.1.6 Gesundheitsförderungs- und Präventionsstrategie ausarbeiten

3.3 Bedarfsgerechte Spitalversorgung sicherstellen

- 3.3.1 Leistungsorientierte Spitalfinanzierung einführen
- 3.3.2 Spitalplanung gemäss KVG erarbeiten
- 3.3.3 Neubau Bürgerspital Solothurn planen
- 3.3.4 Konzept Akut- und Übergangspflege ausarbeiten

3.4 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

- 3.4.1 Massnahmenpaket Raser umsetzen
- 3.4.2 Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) erarbeiten
- 3.4.3 Subjektive und objektive Sicherheit stärken

5.3 Politische Ziele und Leistungen

1. Öffentliche Sicherheit

Der Ausbau der Justizvollzugsanstalt Solothurn/JVA „Im Schache“ steht weiterhin im Zentrum der Arbeiten. Die neue Anstalt wird den Betrieb voraussichtlich 2014 aufnehmen. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Plätzen für Straftäter mit psychischer Störung wird der Schachen weiterhin voll ausgelastet sein. Im Schöngrün nimmt die Aufenthaltsdauer auch im Hinblick auf die Schliessung per Ende 2014 tendenziell ab. Hingegen ist von einer anhaltend hohen Auslastung und Belastung der Untersuchungsgefängnisse auszugehen. Entsprechende Alternativen sind zu erarbeiten. Generell bleibt die Zahl der betreuungsintensiven Insassen und Klienten anhaltend hoch. Die nationalen Entwicklungen betreffend Öffnung und Entlassungen aus dem Vollzug sind weiter eng zu verfolgen und umzusetzen.

Die 2010 erfolgte Einführung des biometrischen Passes ist ein Quantensprung bezüglich Sicherheit im Ausweiswesen. Der Bund hat bereits die Vorbereitungsarbeiten für die Ablösung der heutigen Schweizer Ausweise per 2017 in Angriff genommen.

Die Anforderungen an die Polizeiarbeit nehmen infolge gesellschaftlicher und rechtlicher Entwicklungen in qualitativer (rechtlich-administrativer Aufwand) und quantitativer (personeller Aufwand) Hinsicht stetig zu. Die Einführung der schweizerischen Strafprozessordnung per 1.1.2011 hat zu wesentlich grösseren Mehraufwänden bzw. –belastungen geführt, als mit den bewilligten 2,5 Stellen abgedeckt wurden.

Auf Stufe Bund wurde ein Schwerpunkt in der Bekämpfung des Menschenhandels in der Schweiz gelegt. Auch für den Kanton Solothurn ist dies aufgrund des vorhandenen Rotlichtmilieus ein Schwerpunkt. Die aufwändige Bekämpfung des Drogenhandels bildet einen weiteren Schwerpunkt der Ermittlungstätigkeit der Polizei. Die einzelnen Ermittlungsverfahren werden immer komplexer. Technische Massnahmen, Übersetzungen, umfangreiche Rapportierung etc. sorgen dafür, dass mit gleichen Ressourcen immer weniger Fälle bearbeitet werden können. Der Bekämpfung der Raserdelikte muss – insbesondere unter Berücksichtigung der neuen eidgenössischen Strafnormen – weiterhin eine hohe Priorität eingeräumt werden.

Die laufende Revision des Gesetzes über die Kantonspolizei (KapoG) und damit zusammenhängender weiterer Erlasse (EG StGB, Gebührentarif) dient der Stärkung der objektiven Sicherheit, der Verhütung von Straftaten, der Erhöhung des Opfer- und Jugendschutzes sowie der Stärkung des gerichtlichen Rechtsschutzes. Die Polizei soll mit adäquaten und rechtskonformen Instrumenten auf neue Herausforderungen reagieren können. Zum Zweck der Gefahrenabwehr und Straftatenverhütung sollen

ihr insbesondere die Kompetenzen erteilt werden, verdeckte Ermittlungen und Observationen vorzunehmen, Sicherstellungen und Gefährderermahnungen durchzuführen, Informationen über Gefährder an potentielle Opfer weiterzugeben sowie Rückkehrverbote im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt für längstens 14 Tage auszusprechen. Der gerichtliche Rechtsschutz soll gestärkt werden, indem Personen, denen die Freiheit gestützt auf das KapoG entzogen wurde, die Überprüfung der Rechtmässigkeit der Haft durch den Haftrichter beantragen können. Das Gesetz über das kantonale Strafrecht und die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (EG StGB) wird mit einem Abgabeverbot alkoholischer Getränke an Minderjährige ergänzt. Ausserdem soll die Polizei gewisse Übertretungen des kantonalen und kommunalen Strafrechts mit Ordnungsbussen ahnden können.

Verschiedene strafrechtlich relevante Ereignisse und Resultate aus Umfragen in den einzelnen Ämtern und Gemeinden haben aufgezeigt, dass sich auch in unserem Kanton Vorfälle mit bedrohlichem Verhalten einzelner Personen häufen. Es ist daher ein fach- und institutionsübergreifendes Bedrohungsmanagement im Kanton Solothurn entwickelt und implementiert worden (Kantonales Bedrohungsmanagement, KBM). Dadurch lassen sich Personen und Situationen besser identifizieren und bewerten, von denen das Risiko einer Eskalation ausgeht. Darauf aufbauend erfolgt ein Fallmanagement, um das entsprechende Eskalationspotential zu verringern. Das KBM bezweckt die frühzeitige Erkennung und Verhinderung zielgerichteter Angriffe wie schwere Gewalttaten (z.B. Amok, Tötung von Frauen durch ehemalige Partner) oder schwere Sachbeschädigungen (z.B. Brandstiftungen durch auffällige Personen). Zudem schreitet das KBM bei grenzüberschreitendem Verhalten wie Stalking oder Gewaltdrohungen frühzeitig ein und schützt somit wirkungsvoll die psychische Gesundheit der betroffenen Personen. Das KBM ist seit dem 1. Februar 2013 eingeführt.

Damit der Alarmempfang für die Notrufe 112, 117, 118, 144 und den ärztlichen Notfalldienst 0848 112 112 für die Bevölkerung aus dem ganzen Kanton gewährleistet ist und die notwendigen Einsatzkräfte aufgeboten werden können, betreibt die Polizei Kanton Solothurn seit 1999 eine interdisziplinäre Kantonale Alarmzentrale. Der Kanton Aargau beabsichtigt, seine Einsatzzentrale ebenso zusammenzulegen und in Aarau eine interdisziplinäre Kantonale Alarmzentrale zu betreiben. Im Sinne des Risk-Managements möchte er mit dem Kanton Solothurn die gegenseitige Redundanz in den beiden Kantonalen Alarmzentralen sicherstellen. Dieses Vorgehen ist zukunftsweisend und wird in internationalen Normen empfohlen. Damit sollen bei grossen Notrufaufkommen oder gar Ausfall einer Zentrale die Notrufe aus der Bevölkerung weiterhin durch den Redundanzpartner angenommen und bearbeitet werden können. Zu diesem Zweck werden gegenwärtig die notwendigen Konzept- und Planungsarbeiten vorangetrieben. Die Inbetriebsetzung ist für 2016 geplant.

2. Gesundheit

Gemäss revidiertem KVG haben die Kantone bis Ende 2014 eine neue, leistungsorientierte und bedarfsgerechte Spitalliste zu erstellen. Basierend auf der Nordwestschweizer Spitalplanung und dem von der GDK empfohlenen Leistungsgruppen-Konzept hat der Regierungsrat bereits am 13. Dezember 2011 die neue Spitalliste bzw. die Leistungsaufträge an jene inner- und ausserkantonalen Spitäler beschlossen, die für die stationäre Spitalversorgung der Solothurner Bevölkerung erforderlich sind (RRB Nr. 2011/2608). Nur ein einziger Leistungserbringer hat gegen die Spitalliste Beschwerde erhoben. Diese konnte erledigt werden. Damit verfügt der Kanton Solothurn über eine definitive rechtsgültige Spitalliste, die dem revidierten KVG entspricht. Im Rahmen eines gemeinsamen Projektes der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn wird die Spitalversorgung Nordwestschweiz evaluiert (Monitoring der regionalen und überregionalen Patientenströme der Jahre 2011 bis 2013). Der erste Monitoringbericht (Patientenströme 2011 und 2012) wird voraussichtlich Ende 2014 vorliegen und als Basis für allenfalls erforderliche Anpassungen der Spitalliste dienen.

Gemäss KVG sind im Rahmen der seit 1. Januar 2012 gültigen neuen Spitalfinanzierung die Vergütungen für die stationären Leistungen von den Kantonen und den Krankenversicherern anteilmässig zu übernehmen (zusammen 100%). Der Kanton hat den für alle Kantonseinwohner/innen geltenden Kantonsanteil festzulegen. Dieser muss ab 2017 in allen Kantonen mindestens 55% betragen (Art. 49a Abs. 2 KVG). Während einer Übergangsphase von fünf Jahren gelten besondere Bestimmungen. Kantone, deren Durchschnittsprämie für Erwachsene am 1. Januar 2012 die schweizerische Durchschnittsprämie unterschritten hat, können den Kantonsanteil zwischen 45% und 55% festlegen, wobei die jährliche Anpassung des Finanzierungsanteils bis zum 1. Januar 2017 höchstens 2 Prozentpunkte betragen darf. 2012 lag die Durchschnittsprämie für Erwachsene im Kanton Solothurn

mit Fr. 361.00 unter der schweizerischen Durchschnittsprämie von Fr. 382.00. Der Kanton Solothurn hat demnach die Möglichkeit, den Kantonsanteil bis längstens 2016 unter 55% festzusetzen.

Für 2012 wurde der Kantonsanteil vom Regierungsrat auf 50% festgelegt und erwogen, den Kantonsanteil bis 2017 jährlich um einen Prozentpunkt zu erhöhen. Dementsprechend wurde der Kantonsanteil für das Jahr 2013 auf 51% festgesetzt. Im Rahmen des Massnahmenplans 2013 zur Erreichung eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes hat der Kantonsrat am 7. November 2012 die Massnahme DdI_9 genehmigt, wonach auf die Erhöhung des Kantonsanteils 2014 und 2015 zu verzichten sei (KRB Nr. SGB 055/2012). Dementsprechend wurde der Kantonsanteil für 2014 und 2015 auf 51% festgesetzt, für 2016 auf 53% und für 2017 auf 55% (RRB Nr. 2012/2347 vom 27. November 2012). Damit ist bezüglich Festlegung des Kantonsanteils das Einsparpotential ausgeschöpft.

Die Solothurner Spitäler AG (soH) hat die Standortstrukturen bereinigt und besitzt mit den zwei Zentrumsspitalern in Olten und Solothurn, dem Spital Dornach für die Versorgung nördlich des Juras und den Psychiatrischen Diensten grundsätzlich wettbewerbsfähige Strukturen. Allerdings genügt das heutige Bürgerspital Solothurn den Anforderungen an ein zukünftiges Akutspital nicht. Die verstreute Lage und die ungünstige Anordnung der Räume verhindern effiziente Betriebsabläufe. Dies gilt insbesondere für den veralteten Operationsbereich und das Bettenhochhaus. Die künftigen Anforderungen an ein wettbewerbsfähiges Spital sollen mit einem Neubau erfüllt werden. Anlässlich der Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 stimmten die Stimmbürger/innen dem Neubau mit 65,1% klar zu. In den kommenden Jahren wird es nun darum gehen, den Neubau plangemäss zu erstellen. Der Behandlungstrakt und das Bettenhochhaus sollen bis 2019 fertig sein, der Abbruch der zentralen Altbauten sowie der Neubau des Wirtschaftstraktes 2022. Im Hinblick auf die zukünftige medizinische Entwicklung ist die Flexibilität besonders wichtig. Der geplante Neubau mit Rasterbauweise erfüllt die notwendige bauliche Flexibilität bestens. Mit dieser Bauweise wird das Spital ohne grösseren Aufwand der künftigen Entwicklung der medizinischen Behandlungen gerecht. Zudem könnten später allenfalls notwendige Erweiterungen einfach vorgenommen werden.

Im Rahmen des Massnahmenplans 2013 hat der Kantonsrat am 7. November 2012 den Verzicht auf das Krebsregister und den Verzicht auf die Einführung des Mammografie-Screenings gestrichen. Für das Krebsregister sind daher neu ab 2014 jährlich 340'000 Franken in den IAFP aufgenommen worden, für das Mammografie-Screening ab 2015 jährlich 520'000 Franken.

3. Soziale Sicherheit

Die Entwicklung der kantonalen Sozialpolitik steht vor fünf Herausforderungen:

- Präventionsmassnahmen verstärken und koordinieren
- Armut bekämpfen
- Demographischen Wandel bewältigen
- Sozialkosten konsolidieren
- Organisationen effizienter ausgestalten

Rechtzeitige Prävention soll längerfristig später entstehende „soziale Kosten“ minimieren. Zu diesem Zweck haben staatliche Programme die Ursachen einer sozialen Gefährdung oder Notlage in bestimmten sozialen Verhältnissen zu beseitigen und Menschen unabhängig ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit oder ihres sozialen Status zu einem selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Handeln zu befähigen. Zentral ist dabei, mit Präventionsmassnahmen so früh als möglich zu beginnen:

- Ein Schlüssel dazu ist die frühkindliche Förderung (Sprache, weitere Grundkompetenzen und Sozialverhalten), vor allem von Kindern aus wirtschaftlich-, sozial- und bildungsbenachteiligten Familien (Elternbildung, Hausbesuche „schritt:weise“ in sogenannten Risikofamilien).
- Gleichzeitig ist aber auch die Präventionsarbeit im Bereich der Schulen koordiniert zu verstärken (Gesundheitsförderungsprogramme, Gewaltprävention „Pfade“).
- Gewalt in unserer Gesellschaft ist schwergewichtig mit Präventionsmassnahmen zu verhindern und zu mindern. Das erneuerte Konzept „so-gegen-gewalt.ch“ bildet die Grundlage, schon frühzeitig entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Alkohol gilt mit als Auslöser von Aggression und Gewalt. Im Rahmen des nationalen Alkoholprogrammes wurde kantonal ein entsprechendes Präventionsprogramm entwickelt.

Im Zusammenhang mit dem sogenannten relativen Armutsbegriff fällt auf, dass auch im Kanton

Solothurn immer mehr Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Dagegen sind rechtzeitig Massnahmen zu treffen. Auf der Basis des Sozialberichtes 2013 sind Ursachen und Auswirkungen vertieft zu prüfen, um eine kohärente Strategie zur Bewältigung von Armut zu erarbeiten. Dazu gehört ein koordiniertes System von Transferleistungen, welches vor allem verhindert, dass erwerbstätige Menschen ergänzend zum ungenügenden Erwerbseinkommen Sozialhilfe beziehen müssen. Ergänzungsleistungen für Familien in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen sind eines der wirksamen Instrumente dagegen.

Aufgrund des demographischen Wandels ergeben sich folgende Schwerpunkte:

- Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie ist immer noch zu wenig gewährleistet und behindert dadurch die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton. Familien- und schulergänzende Betreuungsangebote sind verstärkt zu fördern. Dank der Bundesanstossfinanzierung kann die Zahl notwendiger Plätze in Zusammenarbeit mit Einwohnergemeinden und Unternehmen schrittweise erhöht werden.
- Die Betreuung und Pflege im Alter verlangt nach dem Ausbau von häuslicher Pflege und mehr Heimplätzen. Die neue Heimplanung 2020 wird darauf eingehen. Mit der neuen Pflegefinanzierung wurde eine politische Forderung umgesetzt, wonach alle pflegebedürftigen Menschen bei einem Heimeintritt (unabhängig der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit) im gleichen Umfang wie die Krankenversicherungsleistungen mit öffentlichen Mittel unterstützt werden.
- Programme zur Integration von Ausländer/innen sind weiterhin von Bedeutung. Zentral sind die Sprachförderung, der interreligiöse Dialog, Willkommensveranstaltungen und der Abschluss von verpflichtenden Integrationsvereinbarungen. Eine neue Programmvereinbarung mit dem Bund steht vor dem Abschluss.

Das Aufgabengebiet der sozialen Sicherheit zieht im Kanton die drittgrössten Ausgaben nach sich. Prämienverbilligungen an die Krankenversicherung, Ergänzungsleistungen, Alimentenbevorschussung, Behindertenhilfe, Opferhilfe und Sozialhilfe zeigen einerseits, dass die finanziellen sozialen Bedarfsleistungssysteme zusammenfassend breiteren Bevölkerungsteilen und nicht nur einer randständigen Minderheit Unterstützung bieten. Andererseits resultieren daraus auch Kosten, deren Entwicklung näher zu prüfen sein wird. Der Regierungsrat hat eine Studie in Auftrag gegeben und eine paritätische Arbeitsgruppe Kanton/Einwohnergemeinden eingesetzt. Mit zum Auftrag gehört auch die Klärung, ob die gegenwärtige Aufgabenzuteilung und Finanzierung noch richtig ist oder modifiziert werden muss.

In allen sozialen Leistungsfeldern ist eine bedarfsgerechte Bereitstellung der Versorgungsinfrastruktur (zwischen Kleinräumigkeit und heutigen Anforderungen) eine grosse Herausforderung.

- Das neue Erwachsenenschutzrecht stellt erhöhte Anforderungen an die Entscheidbehörden. Gemeinsam mit dem Verband solothurnischer Einwohnergemeinden konnte eine tragfähige Lösung gefunden und im revidierten EG ZGB geregelt werden. Seit 1.1.2013 sind die neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden eingesetzt.
- Die richtige strukturelle Antwort auf die Kleinräumigkeit ergibt sich daraus, dass sich soziale Institutionen regional zusammenschliessen, Sozialregionen weiterentwickeln und Verteilschlüssel zwischen Kanton und Einwohnergemeinden in Verbindung mit einem griffigen Finanzausgleich vereinfacht oder aufgehoben werden.

5.4 Massnahmen Departement des Innern

5181	Gemeinsame Evaluation Spitalversorgung NWCH (Kantone AG, BL, BS, SO)	Ziel LP	C.3.3.2
	Ambulante + stationäre Patientenströme der Jahre 2011-2013 analysiert und dokumentiert. Überangebot und Versorgungsengpässe in den Versorgungsregionen dargestellt. Verschiebung von stationärer zu ambulanter Behandlung analysiert.		
	Status In Arbeit	Start-Datum 1. Feb 2012	Soll-Termin 31. Dez 2015
	Amt Gesundheitsamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
5143	Auftrag an externe Beratungsfirma erteilt	30. Jun 2013	9 Bewerbungen für Präqualifikation eingegangen, fünf Bewerber zur Offertstellung eingeladen.
5188	Monitoringkonzept erarbeitet	31. Dez 2013	
5189	Datenbeschaffung und Analyse	30. Jun 2014	
5190	Auswertung 1. Monitoringbericht	31. Dez 2014	
5191	Auswertung 2. Monitoringbericht	31. Dez 2015	
5204	Krebsregister	Ziel LP	C.3.1.6
	Einrichten Krebsregister		
	Status In Arbeit	Start-Datum 1. Nov 2012	Soll-Termin 31. Dez 2014
	Amt Gesundheitsamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
5222	B + E Verpflichtungskredit erstellt	31. Dez 2013	
5290	Krebsregister in Betrieb	30. Jun 2014	
5205	Mammografie-Screening	Ziel LP	C.3.1.6
	Einführen Mammografie-Screening		
	Status In Arbeit	Start-Datum 1. Nov 2012	Soll-Termin 31. Dez 2015
	Amt Gesundheitsamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
5223	B + E Verpflichtungskredit erstellt	30. Jun 2014	
5291	Mammographie-Screening in Betrieb	30. Jun 2015	
1393	Bedarfsgerechte Spitalversorgung sicherstellen	Ziel LP	C.3.3
	Umsetzung KVG Revison		
	Status Erledigt	Start-Datum 1. Jan 2010	Soll-Termin 31. Dez 2014
	Amt Gesundheitsamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
543	Spitalplanung gemäss KVG 1. Etappe erarbeitet	30. Jun 2010	31. Dez 2010
			Versorgungsberichte liegen vor (vgl. RRB 2011/167 vom 24.1.11).
947	RRB Spitalliste	31. Dez 2011	31. Dez 2011
			Der Regierungsrat hat mit RRB 2011/2607 am 13. Dezember die Spitalliste des Kantons Solothurn verabschiedet.
1705	Planung Neubau Bürgerspital Solothurn	Ziel LP	C.3.3
	Neubau Bürgerspital Solothurn geplant		
	Status Erledigt	Start-Datum 1. Mrz 2011	Soll-Termin 31. Dez 2012
	Amt Gesundheitsamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
944	B+E Neubau Bürgerspital Solothurn	31. Dez 2011	30. Nov 2011
548	Volksabstimmung Neubau Bürgerspital Solothurn ist erfolgt	31. Dez 2012	17. Jun 2012
			In der Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Vorlage Neubau Bürgerspital mit 65,1% angenommen.

1708 Akut- und Übergangspflege (Aüp) gemäss KVG einführen		Ziel LP	C.3.3
Aüp gemäss KVG eingeführt			
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2010 Soll-Termin 31. Dez 2010 Ist-Termin 30. Nov 2011
Amt	Gesundheitsamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
549	Akut- und Übergangspflege eingeführt	31. Dez 2010	31. Dez 2010 VO Aüp liegt vor (vgl. RRB 2010/1024 vom 29.6.10). Konzept Businessplan durch soH erarbeitet. Tarifverhandlungen soH/santésuisse noch nicht abgeschlossen.
777	"Aüp-Betrieb" in soH operativ aufgenommen.	31. Dez 2011	30. Nov 2011 Umsetzung des angepassten Konzeptes 2012.

1436 Aufnahme asylsuchender Menschen			
Verteilung und Aufnahme asylsuchender Menschen in den Gemeinden sichern. Grundsätzlich erledigt, da es eine Daueraufgabe ist und im Rahmen des GB bearbeitet wird. Hingegen ist aufgrund der aktuellen Lage ein weiteres Kt. Durchgangszentrum zu schaffen.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009 Soll-Termin 31. Dez 2013 Ist-Termin 31. Dez 2013
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5378	Neues Durchgangszentrum eröffnet	31. Dez 2013	

5228 Eckwerte einer Kantonalen Sozialplanung LP 2013-2017		Ziel LP	C.3.1
Eckwerte einer Kt. Sozialplanung erarbeiten (LP 2013-2017). Im Rahmen der Sozialplanung sind folgende Teilprojekte zu bearbeiten: Entwicklung der Sozialkosten, Bekämpfung der sozialen Notlagen, familienergänzende Kinderbetreuung.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2013 Soll-Termin 30. Jun 2016
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5380	Vorstudie Sozialplanung erstellt	31. Dez 2013	
5379	Bericht Entwicklung Sozialkosten liegt vor	31. Dez 2013	
5381	Grundlagenbericht familienergänzende Kinderbetreuung liegt vor	31. Dez 2014	
5383	Strategie Bekämpfung soziale Notlagen liegt vor	31. Dez 2015	
5382	B+E Sozialplanung an Kantonsrat	30. Jun 2016	

1409 Pflegeheimplanung 2020		Ziel LP	C.3.1.4
Heimplanung 2012 erneuern			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jun 2012 Soll-Termin 31. Aug 2013
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
1051	Vernehmlassungsentwurf	30. Apr 2013	Regierungsrat eröffnete das Vernehmlassungsverfahren mit Frist bis 30. Juni 2013
5266	B+E von RR verabschiedet	31. Aug 2013	

1427 "Schwelleneffekte" bei Sozialleistungen		Ziel LP	C.3.1
"Schwelleneffekte" beim Erbringen von Sozialleistungen glätten, insbesondere bei der Alimentenbevorschussung.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	4. Mrz 2010 Soll-Termin 31. Dez 2013
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
563	Abschluss Vertrag Experte	30. Nov 2012	30. Nov 2012 Vertrag wurde mit der Firma 'Interface' abgeschlossen
5264	Bericht liegt vor	30. Jun 2013	

4180	Kantonales Integrationsprogramm (KIP) 2014-2017	Ziel LP	C.3.1.2
Grundlage für eine Programmvereinbarung mit dem Bund schaffen zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jun 2011 Soll-Termin 31. Dez 2013
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
1040	Externer Auftrag vergeben	31. Dez 2011	31. Dez 2011 Auftrag an Firma 'Schiess' vergeben
5273	Programmwurf liegt zur Vorprüfung an Bund vor	31. Dez 2012	31. Dez 2012 RR nahm im Dezember 2012 vom Entwurf Kenntnis (RRB Nr. 2012/2459 vom 11.12.2012).
5274	Programm von RR verabschiedet	30. Apr 2013	Der Bund liess sich erst anfangs März 2013 vernehmen. Das Programm wird per 31. Mai 2013 vom RR verabschiedet.
5275	Programmvereinbarung mit Bund abgeschlossen	31. Okt 2013	
1430	Sozialbericht 2013	Ziel LP	C.3.1
Sozialbericht 2013 erarbeiten.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009 Soll-Termin 31. Dez 2013
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
564	Auftrag zur Erarbeitung vergeben	31. Dez 2010	31. Dez 2010 Vorstudie abgeschlossen. Auftrag mit RRB Nr. 2010/306 vom 23. Februar 2010 an die FHNWS vergeben.
565	Vorstudie erstellt	31. Dez 2011	31. Dez 2011 Vorstudie von der FH NWS liegt vor
531	Sozialbericht liegt vor	30. Jun 2013	
1425	Wirtschaftlichkeit Heime und Werkstätten	Ziel LP	C.3.1
Wirtschaftlichkeit auf der Basis von Grundangebot und Basisqualität aller solothurnischer Heime und Werkstätten in Zusammenarbeit mit den Kantonen NWCH überprüfen.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009 Soll-Termin 31. Dez 2013
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
928	Vorstudie PwC liegt vor	31. Mrz 2012	31. Mrz 2012 Pilot mit Pflegeheimen 2011; Behindertenheimen 2012, Vorstudie PWC ist erstellt.
5278	Konzept liegt vor	31. Dez 2013	
5217	Bedarfsplanung 2020: Heime und Werkstätten Menschen mit Behinderungen		
Versorgungssicherheit im Bereich Menschen mit Behinderungen bedarfsgerecht gewährleisten. 1. Phase: Planung stationäre Angebote; 2. Phase: Planung ambulante Angebote			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013 Soll-Termin 31. Dez 2014
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5322	Projektplanung erstellt	30. Jun 2013	
5377	RRB Bedarfsplanung 2020 liegt vor	30. Jun 2014	
1418	Konzept Missbrauch Sozialhilfeleistungen	Ziel LP	C.3.1
Konzept Missbrauch von Sozialleistungen erarbeiten.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2012 Soll-Termin 31. Dez 2013
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5277	Vertrag mit Experte abgeschlossen	30. Nov 2012	30. Nov 2012 Vertrag mit Peter Mösch (Hochschule Luzern - Soziale Arbeit) abgeschlossen
465	Konzept liegt vor	30. Jun 2013	

3583 Familien-Ergänzungsleistungen							
Grundlagen für Anpassungen und Verlängerung der Sozialleistung schaffen; B+E erarbeiten.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	16. Mai 2011	Soll-Termin	31. Mai 2014		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5270	Arbeitsgrundlage Evaluation liegt vor	30. Mrz 2013	30. Mrz 2013	FH NWS hat Grundlage geliefert.			
5392	Vernehmlassungsentwurf B+E liegt vor	31. Dez 2013					
5397	B+E liegt vor	31. Mai 2014					
<hr/>							
1413 Eckwerte einer Kantonalen Sozialplanung							
Eckwerte einer Kantonalen Sozialplanung erarbeiten Koordinierte Sozialplanung liegt nur in Teilbereichen vor. Projekt wird auf LP 2013-2017 verschoben. Ergebnisse des Sozialberichtes 2013 abwarten und das Projekt neu starten (vgl. neues Projekt).							
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2013	Ist-Termin	31. Dez 2012
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
<hr/>							
1777 Kinderzulagen für jedes Kind							
Kinderzulagen für jedes Kind, unabhängig des Erwerbsstatus der Eltern; Änderung Sozialgesetz							
Status	Erledigt	Start-Datum	8. Mrz 2010	Soll-Termin	31. Mrz 2013	Ist-Termin	31. Mrz 2013
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5376	Projektstand per 31. März 2013	31. Mrz 2013	31. Mrz 2013	Programmatische Forderung in Zusammenarbeit mit der Ausgleichskasse und dem Volkswirtschaftsdepartement weitgehend erfüllt (vgl. RRB Nr. 2013/388 vom 05.03.2013).			
<hr/>							
1405 Konzept VSEG							
Konzept für partnerschaftliche Zusammenarbeit mit VSEG und Einwohnergemeinden im Sozialbereich.							
Status	Erledigt	Start-Datum	28. Feb 2011	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	31. Dez 2011
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
459	Konzept VSEG erarbeitet	31. Dez 2010	31. Dez 2011	erübrigt sich, Kontakte wurden intensiviert, periodische Sitzungen.			
<hr/>							
1351 Pflegeversorgung koordinieren							
Pflegeversorgung (Übergangspflege, Spitex, Angehörigenpflege) koordinieren							
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2010	Ist-Termin	31. Dez 2010
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
1565	Neue Pflegfinanzierung ist geregelt	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Grundsätzlich geregelt. Für eine Neuordnung der Pflegefinanzierung in der Langzeitpflege überwies der Kantonsrat jedoch einen Auftrag mit KRB Nr. AD 115/2010 vom 7.12.2010.			
<hr/>							
2921 Pflegefinanzierung in der Langzeitpflege							
Auftrag KR mit KRB Nr. AD 115/2010 vom 7. Dezember 2010							
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	30. Nov 2011
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
738	Kantonsrätlichen Auftrag umsetzen	31. Okt 2011	30. Nov 2011	Mit KRB Nr. RG111/2011 vom 09.11.2011 erledigt.			

1402	Behindertenkonzept nach Art. 10 IFEG	Ziel LP	C.3.1.3
Konzept nach Art. 10 IFEG (Bedarfsplanung, Qualitätssicherung in IV-Wohnheimen und Werkstätten) im Zusammenhang mit den Auswirkungen NFA. Gemeinsam mit den Kantonen NWS ausarbeiten.			
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009
Soll-Termin	31. Dez 2010	Ist-Termin	8. Mrz 2010
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
523	Konzept durch RR beschlossen	31. Mrz 2010	8. Mrz 2010
Mit RRB Nr. 2010/423 vom 8. März 2010. Vom Bundesrat mit Beschluss vom 1. Oktober 2010 genehmigt.			
1438	Kindertagesstätten und Tagesfamilien	Ziel LP	C.1.2.2
Zahl der Kindertagesstätten (KITA) und Plätze in bestehenden KITAs sowie Angebot Tagesfamilien markant erhöhen.			
In dieser Form erledigt, da es eine Daueraufgabe ist und im Rahmen des GB bearbeitet wird.			
Eröffnung neues Teilprojekt in Sozialplanung LP13-17.			
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009
Soll-Termin	31. Dez 2013	Ist-Termin	31. Dez 2012
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
1434	Zusammenarbeit soziale Sicherheit verstärken	Ziel LP	C.3.1
Zusammenarbeit soziale Sicherheit mit Nachbarkantonen verstärken; Sozialraum NWS anstreben.			
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009
Soll-Termin	31. Dez 2013	Ist-Termin	31. Dez 2011
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
566	Informelle Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene intensivieren	31. Dez 2011	31. Dez 2011
Wurde in Einzelfällen bereits intensiviert: Beispiel Opferberatung.			
1053	Daueraufgabe - von Fall zu Fall	31. Dez 2011	31. Dez 2011
IVSE-Gremien; Bedarfsplanung Behinderung; Nordwestschweiz: Opferberatung, Frauenhaus, FIZ, Lernprogramm; Fachstelle gegen Rassismus; Migrationszeitung mix; Ombudsstelle etc..			
1411	Volksinitiative Prämienverbilligung	Ziel LP	C.3.1.1
Volksinitiative SP zur Prämienverbilligung			
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009
Soll-Termin	31. Dez 2010	Ist-Termin	31. Dez 2010
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
526	B+E an den Kantonsrat verabschiedet	31. Jan 2010	12. Jan 2010
Wurde mit RRB 2010/62 vom 12.01.2010 dem Kantonsrat zugeleitet.			
462	Volksabstimmung Herbst 2010	31. Dez 2010	31. Dez 2010
Von den Stimmberechtigten abgelehnt. Abstimmungsergebnis vom 13.2.2011: 41,3 % Ja zu 58,7 % Nein.			
1407	Implementierung Pflegekinderkonzept	Ziel LP	C.1.2.2
Implementierung des Pflegekinderkonzeptes unter Berücksichtigung der Evaluation und der Bestrebungen des Bundes. Bewilligungs- und Aufsichtsverfahren vereinheitlichen und vereinfachen.			
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009
Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	31. Dez 2012
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
1049	Konzept überarbeitet	31. Dez 2011	31. Dez 2011
Werden neu als verwaltungsinterne Richtlinien verfasst.			
5285	Richtlinien vom ASO erlassen und versandt	31. Dez 2012	31. Dez 2012
Mit Schreiben Ddl vom Dezember 2012 auf 1.1.2013 in Kraft gesetzt.			

1415 Erwachsenenschutzrecht - Revision EG ZGB

Neues Vormundschaftsrecht des Bundes als Erwachsenenschutz- und Betreuungsrecht über eine Revision EG ZGB übernehmen.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2012** Ist-Termin **31. Dez 2012**
 Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5377	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden aufgebaut	31. Dez 2012	31. Dez 2012	Kantonsratsbeschluss vom Januar 2012; Aufbau Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden im Dezember 2012 abgeschlossen.

1386 Biometriezentrum

Erstellen und Betrieb Biometriezentrum

Status **Erledigt** Start-Datum **6. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2010** Ist-Termin **1. Mrz 2010**
 Amt **Amt für öffentliche Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
558	Biometriezentrum in Betrieb	1. Mrz 2010	1. Mrz 2010	Das Ausweiszentrum wurde im März 2010 eröffnet.

1389 Bonus-Malus-System MFK

Bonus-Malus-System Motorfahrzeugsteuer MFK

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2009** Ist-Termin **27. Sep 2009**
 Amt **Amt für öffentliche Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
553	Bonus-Malus-System Motorfahrzeugsteuer	31. Dez 2009	27. Sep 2009	In der Volksabstimmung vom 27.9.09 wurde die Einführung der Besteuerung nach der Energieetikette für Personenwagen deutlich abgelehnt.

1740 Strategie Untersuchungsgefängnisse

Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) vom Regierungsrat genehmigt

Status **In Arbeit** Start-Datum **24. Feb 2011** Soll-Termin **30. Jun 2013**
 Amt **Amt für Justizvollzug**

Ziel LP C.3.4.2 Strategie

Beschluss -

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5148	Zwischenentscheid RR erfolgt	30. Sep 2012	3. Dez 2012	RRB Nr. 2012/2382 vom 03.12.12
5192	Strategie von RR beschlossen	30. Jun 2013		Die Arbeitsgruppe Hochbauamt AJUV ist eingesetzt. Ein externer Partner für die Wirtschaftlichkeitsprüfung ist ausgewählt. Die Machbarkeitsstudie mit der Standortevaluation ist in Arbeit.

3804 JVA 2014 Neubau

Neubau Justizvollzugsanstalt 2014

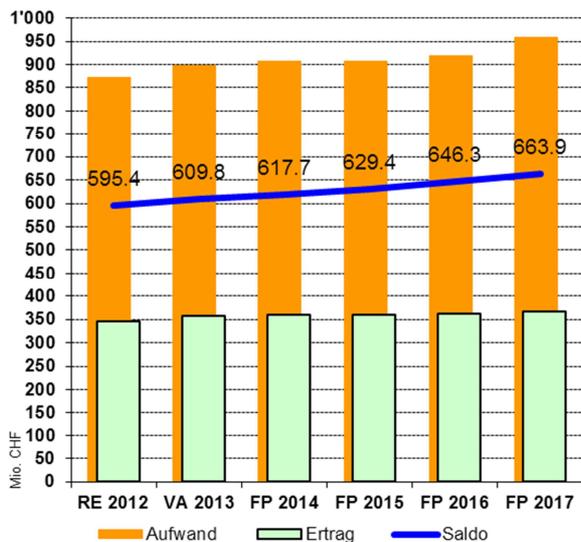
Status **In Arbeit** Start-Datum **23. Mai 2011** Soll-Termin **31. Dez 2014**
 Amt **Amt für Justizvollzug**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1237	Sicherheit während der Bauphase	31. Jan 2012	31. Jan 2012	Das Sicherheitskonzept wurde erstellt und angewendet. Erste Erfahrungen sind positiv.
1228	Übergangsplanung der JVA	30. Jun 2012	30. Jun 2012	Block 1: Die Insassen vom Schache werden zunächst ab 1. Mai 2014 auf das neue Gebäude verteilt. Am 1. Juli wird alles vom Schache in das neue Gebäude verschoben. Der Betrieb der Strafanstalt Schöngrün soll bis Ende November 2014 wie gehabt weiterlaufen.
1229	Stellenbeschriebe / Stellenbesetzungsplan	30. Jun 2013	31. Mrz 2013	Die Stellenbeschriebe und die Stellenbesetzungsplanung sind abgeschlossen und gehen nun in die Umsetzungsphase.
1243	Zusammenführung TZ im Schache und STA Schöngrün	31. Dez 2014		Bewusstseinsförderung für den Zusammenschluss ist ein Alltagsgeschäft.

1215	Zusammenarbeit zwischen den städtischen und dem kantonalen Polizeikorps (PB 49)			Ziel LP	C.3.4.3
	Grundlagen der Zusammenarbeit überprüfen unter Beizug externer Experten				
Status	In Arbeit	Start-Datum	20. Jun 2011	Soll-Termin	31. Dez 2013
Amt	Polizei				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
552	Ist-Zustand erhoben, allfällige Folgeaufträge - sofern Handlungsbedarf- erteilt	31. Jul 2009	30. Nov 2009	Zusammenarbeit ab 2010 vereinbart	
1230	Evaluation Zusammenarbeit der Stadtpolizeikorps mit der Kapo	31. Dez 2012		Ergebnisbericht der Evaluation durch FHNW im 2. Quartal 2013.	
569	<i>Die enger ausgestaltete Zusammenarbeit der vier Polizeikorps ist evaluiert (PB 33,34)</i>	31. Dez 2013			
5091	Interkantonale Redundanz AG/SO (IRAGSO)				
	Schaffen einer gegenseitigen Redundanz bei Überlast und Notfällen in den Alarmzentralen der Kt. AG und SO.				
Status	In Arbeit	Start-Datum	19. Sep 2011	Soll-Termin	31. Dez 2016
Amt	Polizei				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
1219	Kick-off	19. Sep 2011	19. Sep 2011	Projektanstoss erfolgt.	
5140	Genehmigung Vorstudie	31. Mai 2012	29. Jun 2012	Vorstudie V0.91 mit Kostenschätzung liegt vor; Finanzbedarf Kanton Solothurn ca. 4 Mio. Erste interkantonale Projektausschuss-Sitzung am 02.05.2012 erfolgt.	
5201	<i>Hauptstudie liegt vor</i>	30. Jun 2013		<i>Start der Hauptstudie im Oktober 2012 erfolgt.</i>	
5202	<i>Umsetzungsentscheid durch Regierungsrat</i>	30. Sep 2013			
5107	Kantonales Bedrohungsmanagement (KBM)			Ziel LP	C.3.4.
	Ämter- und Gemeindeübergreifendes Erkennen des Potentials von bedrohlichem Verhalten.				
Status	Erledigt	Start-Datum	19. Dez 2011	Soll-Termin	31. Mrz 2013
Amt	Polizei			Ist-Termin	1. Feb 2013
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
1227	Projektplanung abgeschlossen	31. Mai 2012	31. Mai 2012	Alle Amtsstellen/Gemeinden kontaktiert und für KBM sensibilisiert. Erste Schulungen abgeschlossen. Einführung im 1. Quartal 2013.	
5180	Fachstelle operativ	1. Feb 2013	1. Feb 2013	Fachstelle KBM operativ.	
1305	Sicherheitsfunknetz (Polycom)				
	Neues Sicherheitsfunknetz (Polycom) für den Kanton Solothurn; Ausschreibung / Submission				
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2010
Amt	Polizei			Ist-Termin	31. Dez 2010
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
437	Projektabschluss	31. Dez 2010	31. Dez 2010	RRB 2010/1920 vom 15.10.2010 und RRB 2011/396 vom 22.2.2011	
1391	Massnahmenpaket Raser umsetzen			Ziel LP	C.3.4.1
	Massnahmenpaket Raser umgesetzt				
Status	Erledigt	Start-Datum	6. Mrz 2010	Soll-Termin	31. Dez 2011
Amt	Polizei			Ist-Termin	31. Dez 2011
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
570	Bericht umgesetzte Massnahmen zuhanden Departement	30. Jun 2011	31. Dez 2011	RRB 2011/91 vom 18.1.2011. In Kraft treten per 1. Januar 2012. Projekt abgeschlossen.	

Finanzen in Mio. Franken Departement des Innern

Erfolgsrechnung	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Globalbudgets						
Aufwand	200.0	204.5	221.7	223.2	225.0	226.0
Ertrag	-45.8	-46.2	-46.2	-45.5	-45.5	-45.5
Globalbudgetsaldo	154.2	158.3	175.5	177.7	179.5	180.4
Verrechnungen	-0.1	1.3	1.2	1.2	1.2	1.2
Saldo	154.1	159.7	176.7	178.9	180.7	181.7
Finanzgrössen						
Aufwand	672.3	694.2	685.4	696.0	713.3	732.2
Ertrag	-300.2	-310.6	-313.0	-314.7	-317.6	-320.6
Verrechnungen	69.2	66.5	68.5	69.2	69.9	70.6
Saldo	441.3	450.1	440.9	450.5	465.6	482.2
Saldo total	595.4	609.8	617.7	629.4	646.3	663.9



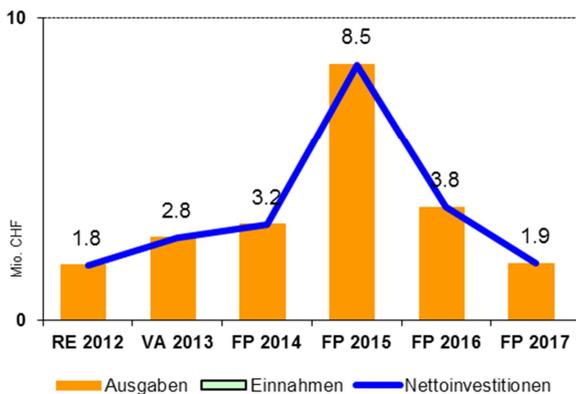
FP 2014 weist gegenüber der Rechnung 2012 eine Aufwandsteigerung von 22.5 Mio. CHF aus:

- Soziale Sicherheit + 14 Mio. CHF (v.a. Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Ergänzungsleistungen AHV / IV);
- Öffentliche Sicherheit + 8.6 Mio. CHF (Kantonspolizei + 3.7. CHF, Justizvollzug + 4.9 Mio. CHF).

Die weiteren Kostensteigerungen (15 bis 20 Mio. CHF pro Jahr) für die Jahre 2015-2017 betreffen hauptsächlich:

- Gesundheit +10 Mio. CHF (vom KVG vorgegebene Erhöhung Kantonsanteil Spitalbehandlungen 2016 und 2017);
- Soziale Sicherheit + 8 Mio. CHF (EL AHV / IV);
- Öffentliche Sicherheit + 2 Mio. CHF (Kantonspolizei).

Investitionsrechnung	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Total						
Ausgaben	1.8	2.8	3.2	8.5	3.8	1.9
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	1.8	2.8	3.2	8.5	3.8	1.9
Einzelne Nettoinvestitionen						
Polizei	1.8	2.8	3.2	8.5	3.8	1.9



Die Nettoinvestitionen im Ddl betreffen nur die Kantonspolizei. Sie steigen in den nächsten Jahren gegenüber der RE 2012 hauptsächlich aus folgenden Gründen

- FP 2014: Interkantonale Redundanz Alarmzentralen Kantone AG und SO (+0.6 Mio. CHF), Technische Infrastrukturen und Bauten (+0.7 Mio. CHF),
- FP 2015: Erneuerung INPOS (Journal, Rapportierung +4.0 Mio. CHF), Interkantonale Redundanz Alarmzentralen Kantone AG und SO (+2.2 Mio. CHF)
- FP 2016: Interkantonale Redundanz Alarmzentralen Kantone AG und SO (+1.6 Mio. CHF)

Ab FP 2017 pendeln sich die Investitionen wieder zwischen 1.5 und 2.0 Mio. CHF ein.

6 Volkswirtschaftsdepartement

6.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet des Volkswirtschaftsdepartements umfasst die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Energie; Gemeinden, Zivilstand und Finanzausgleich; Wald, Jagd und Fischerei; Landwirtschaft mit der Landwirtschaftsschule und dem Veterinärdienst; Militär und Bevölkerungsschutz und als Koordinations- und Stabsstelle das Departementssekretariat mit dem Bereich Partnerschaft nach aussen. Administrativ dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert sind die Ausgleichskasse, die IV-Stelle, die Solothurner Gebäudeversicherung, sowie die Stiftungsaufsicht als selbständige Anstalten.

6.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.5 Wirtschafts- und Arbeitsort stärken

- 1.5.1 Wirtschaftliches Wachstum fördern
- 1.5.2 Soziale Absicherung des strukturellen Wandels

1.7 Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

- 1.7.1 Aufgabenfelder zwischen Kanton und Gemeinden sowie innerkantonaler Finanz- und Lastenausgleich nach NFA-Grundsätzen neu gestalten.
- 1.7.2 Anreize für Strukturanpassungen und Gemeindefusionen verstärken

2.2 Energie: Effizienter Einsatz fördern

- 2.2.1 Energieeffizienz und erneuerbare Energie fördern
- 2.2.2 Rahmenbedingungen zur Versorgungssicherheit unterstützen

6.3 Politische Ziele und Leistungen

Die im IAFP 2013 - 2016 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 2014 - 2017.

Mit einer leistungsfähigen und innovativen Wirtschaft soll jede Person die Möglichkeit haben, ihre Existenz mit einer ihren Neigungen und Fähigkeiten angemessenen Arbeit zu sichern. Der Standort Solothurn will seine Innovationskraft u.a. durch die Förderung von Synergien zwischen Bildung und Wirtschaft stärken. Durch die stete Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen soll die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft erhöht werden.

Die Energiefachstelle unterstützt Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Die Neuausrichtung der Schweizer Energiepolitik fordert eine vermehrte Verwendung einheimischer Ressourcen, um eine ausreichende, wirtschaftliche und umweltschonende Energieversorgung sicherzustellen und gleichzeitig die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren. Im September 2010 wurde die Hauptstudie zur Neugestaltung der Aufgaben und des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden (NFA SO, RRB Nr. 1598/07.09.2010) begonnen. Bis Sommer 2011 wurden in den vier Teilbereichen „Ressourcenausgleich“, „Bildung“, „Soziales“ und „Kantonsstrassenfinanzierung“ Detailkonzepte unter Mitwirkung der Gemeindeverbände VSEG und VGS erarbeitet. Die Hauptstudie zur Reform (NFA SO) ist abgeschlossen (www.nfa.so.ch). Der Regierungsrat hat sie am 3. Juli 2012 (RRB Nr. 2012/1503) genehmigt. Es ist geplant die Gesetzgebungsvorlage bis Sommer 2013 zur öffentlichen Vernehmlassung durch den Regierungsrat zu verabschieden und bis Ende 2013 dem Kantonsrat eine beschlussfähige Vorlage zu unterbreiten.

Der sicherheitspolitische Bereich wird geprägt durch eine Häufung von natur-, technisch-, zivilisations- oder terroristisch bedingten Ereignissen (Stürme, Hochwasser, Trockenheit, Pandemie usw.). Für den gesamten Kanton wird deshalb eine umfassende Gefahren- und Risikoanalyse erstellt. Durch spezifische Einsatzplanungen, entsprechender Ausbildung sowie der Bereitstellung von Mitteln soll eine hohe Einsatzbereitschaft sichergestellt werden.

Die Stiftungsaufsicht wurde aufgrund einer Vorgabe des Bundes zur Stärkung der Unabhängigkeit auf Anfang 2012 in eine öffentlichrechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgegliedert. Die Option einer späteren interkantonalen Lösung wird in der aktuellen kantonalen Gesetzgebung offen gehalten.

Dort wo sinnvoll, wollen wir die interkantonale und internationale Zusammenarbeit stärken. Die mit der Grenznahe verbundenen Chancen gilt es zu nutzen.

6.4 Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

1966	Umsetzung Strukturreform / Verselbständigung und Ueberprüfung Zusammenarbeit	Ziel LP			-
	Umsetzung Art. 61 BVG, in Kraft ab 1.1.2012	Beschluss			-
	Status Erledigt Start-Datum 24. Mrz 2011 Soll-Termin 31. Dez 2011	Ist-Termin			24. Feb 2012
	Amt Stiftungsaufsicht				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
603	Abgabe B + E als Entwurf an E. Gassler und P. Studer zur Stellungnahme	15. Sep 2010	15. Sep 2010		
604	Verabschiedung der Vorlage durch EG	31. Okt 2010	31. Okt 2010		
605	Behandlung im RR: Verabschiedung zur Vernehmlassung	30. Nov 2010	22. Feb 2011		
607	Behandlung im KR	31. Aug 2011	8. Nov 2011		
608	Inkrafttreten	1. Jan 2012	24. Feb 2012	Referendumsfrist am 24. Februar 2012 ungenutzt abgelaufen.	
722	RRB Verabschiedung B+E zH Kantonsrat	31. Mai 2011	31. Mai 2011		
92	3.2.1 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen	Ziel LP			C.3.2.1
	Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Zusammenarbeit mit anderen kantonalen Dienststellen gewährleisten	Beschluss			Dauerauftrag
	Status Erledigt Start-Datum 1. Jan 2009 Soll-Termin 22. Jan 2010	Ist-Termin			22. Jan 2010
	Amt Amt für Wirtschaft und Arbeit				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
26	Berufswahlplattform durchführen	31. Jul 2009	31. Jul 2009	in 2009 erl.	
90	Gesetzgebungsprojekt Volkswirtschaftsgesetz				
	Effizientere, kundenorientiertere und vereinheitlichte Gesetzgebung im Bereich Volkswirtschaft				
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2009 Soll-Termin 31. Dez 2013				
	Amt Amt für Wirtschaft und Arbeit				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
1060	Studie Borner liegt vor	30. Jun 2010	25. Sep 2010		
23	Projektorganisation einsetzen	31. Dez 2009	1. Dez 2009		
641	Expertenentwurf liegt vor	31. Mai 2012	5. Jun 2012		
642	B+E zur Vernehmlassung	31. Aug 2012	28. Sep 2012		
5168	Vernehmlassungsverfahren	31. Dez 2012	5. Nov 2012		
643	B+E an KR	31. Mai 2013			
756	Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien	Ziel LP			C.2.2.1
	Die Energiefachstelle hat ein eigenständiges Globalbudget.	Beschluss			-
	Status Erledigt Start-Datum 1. Jan 2008 Soll-Termin 31. Dez 2008	Ist-Termin			31. Dez 2008
	Amt Amt für Wirtschaft und Arbeit				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
216	Neues Globalbudget EFS	31. Dez 2008	31. Dez 2008		
1886	Umsetzungsprogramm NRP 2012 - 2015	Ziel LP			-
	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Erhöhung der Wertschöpfung in den Regionen.	Beschluss			RRB 2012/149 vom
	Status Erledigt Start-Datum 1. Jan 2010 Soll-Termin 31. Dez 2011	Ist-Termin			31. Jan 2012
	Amt Amt für Wirtschaft und Arbeit				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
582	Programmvereinbarung mit dem Bund (Seco)	31. Okt 2011	31. Jan 2012	Erledigt mit RRB 2012/149 vom 31. Januar 2012	

179	1.7.1 Reform Finanz- und Lastenausgleich	Ziel LP	C.1.7.1
	Reform der Finanzausgleichssysteme unter den Einwohnergemeinden	Beschluss	-
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Okt 2010 Soll-Termin 1. Jan 2015		
	Amt Amt für Gemeinden		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
53	Konzept erarbeiten	30. Jun 2012	3. Jul 2012
54	B+E erstellen	31. Mrz 2013	
55	<i>Vernehmlassung und KR-Beratung</i>	31. Dez 2013	
56	<i>Inkraftsetzung</i>	1. Jan 2015	
388	Projektorganisation implementieren	31. Dez 2010	31. Dez 2010

386	1.7.2 Unterstützung für strukturell schwache Gemeinden	Ziel LP	C.1.7.2
	Besondere Unterstützungsmassnahmen	Beschluss	-
	Status Erledigt Start-Datum 1. Jan 2008 Soll-Termin 31. Dez 2010	Ist-Termin	30. Apr 2010
	Amt Amt für Gemeinden		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
79	Arbeitsgruppe zusammenstellen	31. Dez 2008	31. Aug 2008
80	Konzept erarbeiten	31. Dez 2009	17. Nov 2009
81	Gesetzesanpassungen	31. Dez 2010	31. Mrz 2010

181	Neue Rechnungslegung HRM2 für Gemeinden		
	Neues Rechnungslegungssystem		
	Status In Arbeit Start-Datum 14. Dez 2010 Soll-Termin 31. Dez 2015		
	Amt Amt für Gemeinden		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
57	Projektorganisation implementieren	31. Dez 2010	31. Jan 2011
674	Phase 1 - Umsetzungskonzept	30. Jun 2012	27. Aug 2012
675	<i>Phase 2 - Gesetzgebung</i>	30. Jun 2013	
676	<i>Phase 3- Technik / Schulung</i>	31. Dez 2015	
677	<i>Phase 4 - Produktivsetzung</i>	31. Dez 2015	

15	Schutzwald		
	Schutz vor Naturgefahren: 'Wald mit besonderer Schutzfunktion'.		
	Status Erledigt Start-Datum 1. Jan 2009 Soll-Termin 31. Dez 2012	Ist-Termin	31. Dez 2012
	Amt Amt für Wald, Jagd und Fischerei		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
9	Bereinigung Schutzwaldperimeter	30. Jun 2009	31. Dez 2009
10	Anpassung Richtplan	31. Dez 2012	31. Dez 2012

4	Wildtierkorridore		
	Umsetzen von Massnahmen, damit die Verbindung der ansonsten getrennten Lebensräume von Wildtieren für bestimmte Zielarten besser gewährleistet sind.		
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2007 Soll-Termin 31. Dez 2016		
	Amt Amt für Wald, Jagd und Fischerei		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
1	Schlussbericht Wildtierkorridore	30. Sep 2008	30. Sep 2008
2	RRB duch ARP	31. Dez 2012	31. Dez 2012
4	<i>Umsetzung von Massnahmen</i>	31. Dez 2016	

220 Agrarpolitik 2011

Status **In Arbeit** Start-Datum **27. Aug 2009** Soll-Termin **30. Jun 2013**
 Amt **Amt für Landwirtschaft**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
61	GELAN Extranet	31. Dez 2010	19. Sep 2011	Erste Datenerfassungen sind per Internet erfolgt.
62	Flächenerhebung im GIS	30. Jun 2013		im Plan.

238 Veterinärgesetzgebung

Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an die geänderten Bundesvorgaben. Ziel LP -
 Beschluss -
 Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2013**
 Amt **Amt für Landwirtschaft**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
65	Projektplanung ist vorhanden	30. Apr 2009	30. Apr 2009	
71	Verordnungen liegen vor	30. Jun 2013		in Arbeit.
72	In Kraft treten	31. Dez 2013		Nach Beschluss.

159 Ausbau Führungsverbund Kanton Solothurn

Die Führungsfähigkeit der Kantonsregierung ist unter Einbezug des KFS und der RFS jederzeit und in allen Lagen sichergestellt. Der KFS verfügt über eine zeitgemässe und zur normalen Lage redundante Infrastruktur.

Status **In Arbeit** Start-Datum **22. Nov 2011** Soll-Termin **31. Dez 2018**
 Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
616	Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO erstellt und vernehmlasst	31. Dez 2013		.
617	Eingabe RRB zum Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. 6. Jul 2014 SO			.
621	Abindung der RFS in den Führungsverbund	31. Dez 2017		.
623	Abschluss Führungsverbund Kanton Solothurn	31. Dez 2018		.

145 Gefahren- und Risikoanalyse

Im Rahmen der Gefahren- und Risikoanalyse werden die folgenden Punkte mit Bezug auf die Gegebenheiten des Kantons Solothurn ererarbeitet:

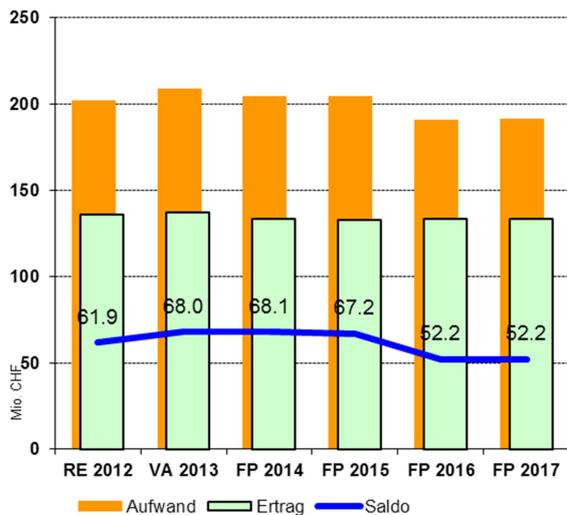
- Risikopotentiale in Bezug auf alle bekannten Gefährdungsarten hin aufzeigen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2013**
 Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
36	Initialisierung Studie	31. Dez 2009	20. Nov 2009	
113	Vernehmlassung Projektauftrag	15. Jan 2010	21. Jan 2010	
630	Genehmigung Projektauftrag	28. Feb 2010	23. Feb 2010	
114	Defizitanalyse der 14 Szenarien der KomABC	30. Jun 2010	25. Jun 2010	
586	Interdependenzen	31. Dez 2010	1. Dez 2010	
587	Kosten - erste Beurteilung	31. Dez 2010	6. Dez 2010	
589	Integration Szenarien Risiken Schweiz	30. Sep 2011	21. Dez 2010	
592	Massnahmen besprochen	31. Mrz 2015		
593	GRA - 1. Version bereit für Vernehmlassung	31. Dez 2015		
594	Abschluss Vernehmlassung	30. Jun 2016		
595	Entscheid über weiteres Vorgehen gefällt	31. Dez 2016		

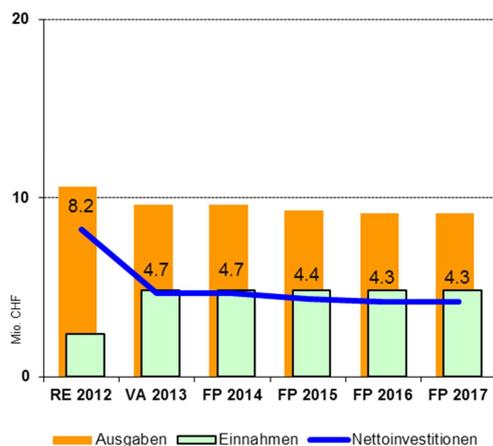
Finanzen in Mio. Franken Volkswirtschaftsdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Globalbudgets						
Aufwand	139.0	144.9	144.3	144.1	144.2	144.2
Ertrag	-113.3	-115.0	-114.9	-114.8	-114.9	-114.9
Globalbudgetsaldo	25.7	29.9	29.4	29.3	29.4	29.4
Verrechnungen	7.6	8.1	8.2	8.3	8.3	8.3
Saldo	33.3	38.0	37.6	37.6	37.7	37.7
Finanzgrössen						
Aufwand	62.9	63.8	60.4	60.1	46.0	46.5
Ertrag	-22.9	-22.6	-18.6	-18.6	-18.6	-18.6
Verrechnungen	-11.4	-11.2	-11.4	-11.9	-12.8	-13.3
Saldo	28.6	30.0	30.4	29.6	14.6	14.6
Saldo total	61.9	68.0	68.1	67.2	52.2	52.2



Der Rückgang in den FP 2016 /17 ist auf den Wegfall der befristeten Übergangsfinanzierung des Finanzausgleichs von -15.0 Mio. CHF zurückzuführen.

Investitionsrechnung	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Total						
Ausgaben	10.6	9.6	9.6	9.3	9.1	9.1
Einnahmen	-2.4	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Nettoinvestitionen	8.2	4.7	4.7	4.4	4.3	4.3
Einzelne Nettoinvestitionen						
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.0	0.3	0.3	0.0	0.0	0.0
Landwirtschaft SF Zufahrten zu Berghöfen	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Wald	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Landwirtschaft	7.3	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6
Amt für Wirtschaft und Arbeit	0.0	0.9	0.9	0.9	0.8	0.8



Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

7 Gerichte

7.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter Privaten und Straftaten; im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüfen sie staatliche Akte. Schliesslich beurteilt das Versicherungsgericht sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten.

Die gerichtlichen Instanzen sind:

- Das Obergericht. Es übt die oberinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus, sowie die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit, letztere durch das Verwaltungs- und das Versicherungsgericht, welche in das Obergericht integriert sind.
- Das Kantonale Steuergericht entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide des Steueramts.
- Die fünf Richterämter (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt, Thal-Gäu, Olten-Gösgen und Dorneck-Thierstein) üben die erstinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus.
- Das Haftgericht überprüft Verhaftungen und andere Zwangsmassnahmen sowie Haftentlassungsgesuche.
- Die Kantonale Schätzungskommission, als Spezialverwaltungsgericht, beurteilt Forderungen aus Enteignung, Grundeigentümerbeiträge sowie Beschwerden betreffend öffentliche Beschaffungen.

7.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

0.0.0 Im Legislaturplan finden sich keine Vorgaben zur Justiz.

7.3 Politische Ziele und Leistungen

Die Organisation des Gerichtswesens ist durch Gesetz festgelegt. Ebenso wird die Arbeitsweise der Gerichte durch die Prozessordnungen detailliert geregelt. Der rechtssuchende Bürger hat Anspruch auf Einhaltung dieser gesetzlichen Regeln. Bei der Gestaltung ihrer Aufgabenerfüllung haben die Gerichte deshalb einen sehr engen Spielraum. Dieser beschränkt sich auf die effiziente Organisation der Abläufe. Ebenso eng ist der Spielraum im finanziellen Bereich. Die Gerichte sind zur effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen Mindestbestand an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angewiesen. Die Besoldungen machen denn auch den weitaus grössten Teil der Aufwendungen aus. Die Höhe der gerichtlichen Einnahmen schliesslich bestimmt sich durch den gesetzlichen Gebührentarif. Insgesamt haben die Gerichte somit einen geringen Gestaltungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Zur Erhaltung des Rechtsfriedens müssen sie dem rechtssuchenden Bürger oder der rechtssuchenden Bürgerin schnelle und qualitativ angemessene Entscheidungen bieten können.

Die Gerichte sind nicht in der Lage, einen Sparbeitrag zu erbringen. Dies zunächst aus dem Grund, dass ein grosser Teil der Kosten von vornherein nicht beeinflusst werden kann. Diese Kosten sind denn auch als Finanzgrösse budgetiert: die Auslagen für unentgeltliche Rechtspflege, die Honorare amtlicher Strafverteidigungen, Entschädigungen an Freigesprochene, Prozessauslagen, die keiner Partei auferlegt werden können («Prozedurkosten», ab Globalbudgetperiode 2014-2016). Diese Kosten sind aufgrund der Vorgaben des übergeordneten Bundesrechts als gebundene Ausgaben nicht beeinflussbar. Auch die Erträge (die Prozessgebühren) unterliegen keiner Beeinflussung durch die budgetierende Aufsichtsbehörde, da deren Festlegung dem Richter beziehungsweise der Richterin obliegt. Ab der Globalbudgetperiode 2014-2016 werden konsequenterweise voraussichtlich auch die Erträge und die dazugehörigen Abschreibungen als Finanzgrösse budgetiert.

Theoretisch beeinflussbar sind somit nur die Besoldungskosten (rund CHF 16 Mio.), gewisse Nebenkosten (wie Weiterbildung, Bücheranschaffungen, u.a., im Totalbetrag von rund CHF 100'000) und die Infrastrukturkosten (Gebäude, Informatik). Ersparnisse liessen sich hier nur durch einen Personalabbau realisieren.

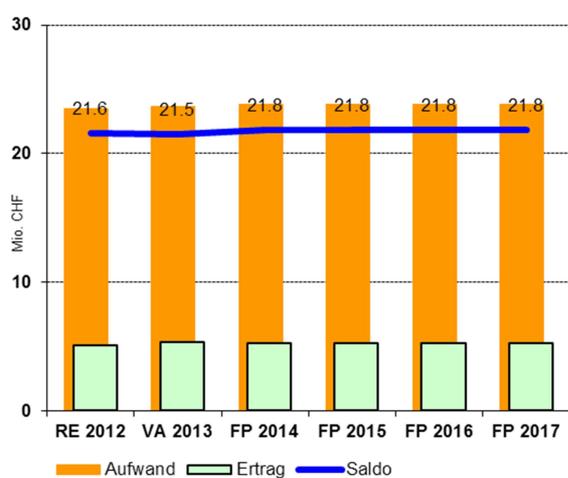
Ein Personalabbau würde die Rechtsgewährleistung gefährden. Die Gerichte waren beziehungsweise sind nämlich je nach Geschäftsjahr gut bis stark ausgelastet; Verfahren werden schnell und effizient erledigt. Ein Personalabbau hätte für den Rechtssuchenden nicht nur eine Qualitätsminderung zur Folge sondern auch eine Verlangsamung der Fallerledigung. Die Qualitätsminderung würde zu mehr (und zu mehr erfolgreichen) Berufungen an das Obergericht und das Bundesgericht führen, mit den entsprechenden finanziellen Folgen (Parteientschädigungen, Kostenauflegungen) und, im Fall von oberinstanzlichen Rückweisungen, mit der Folge zusätzlicher Arbeitsbelastung. Die Verlangsamung der gerichtlichen Tätigkeit würde zu einem Anwachsen der Pendenzen führen, zu

Rechtsverzögerungsbeschwerden und schliesslich zu einem schlechten Ruf der Justiz unseres Kantons. Eine weitere Folge wäre ein schlechtes Arbeitsklima und eine hohe Personalfuktuation - was die Probleme für den rechtssuchenden Bürger akzentuieren würde.

Auch Reorganisationen bringen keinen Gewinn, sondern vielmehr Gefahren. Die Solothurner Gerichte sind als kleine, effiziente Einheiten organisiert. Dadurch kann der Aufwand für Administration und Koordination auf einem Minimum gehalten werden; Administration und Koordination können quasi "nebenher" erledigt werden. In grösseren Einheiten würde der Administrations- und Koordinationaufwand naturgemäss steigen - und die Effizienz sinken. Die Gerichtsverwaltungskommission konnte durch eine Befragung der Anwaltschaft im Jahr 2008 feststellen, dass die solothurnische Justiz ein gutes Ansehen geniesst und schnell und kompetent arbeitet. Die jährlich ausgewiesenen Indikatoren und durchschnittlichen Erledigungsdauern zeigen denn auch, dass unsere Gerichte gut aufgestellt sind. Die Anwaltsbefragung wird im Jahr 2013 erneut durchgeführt werden. Die Gerichtsverwaltungskommission ist zuversichtlich, dass die solothurnischen Gerichte auch in diesem Jahr positiv bewertet werden. Ein Personalabbau und unnötige Reorganisationen dürften den guten Ruf sehr schnell gefährden.

Finanzen in Mio. Franken Gerichte

Erfolgsrechnung	RE 2012	VA 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017
Globalbudgets						
Aufwand	19.5	20.0	20.1	20.1	20.1	20.1
Ertrag	-5.0	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	14.5	14.9	15.0	15.0	15.0	15.0
Verrechnungen	3.1	3.2	3.3	3.3	3.3	3.3
Saldo	17.7	18.1	18.3	18.3	18.3	18.3
Finanzgrößen						
Aufwand	4.0	3.7	3.8	3.8	3.8	3.8
Ertrag	-0.1	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	3.9	3.4	3.6	3.6	3.6	3.6
Saldo total	21.6	21.5	21.8	21.8	21.8	21.8



Im Vergleich zum Voranschlag 2013 ergibt sich eine Anhebung der Kosten von 280'000 CHF. Davon 100'000 CHF im Globalbudget, bedingt durch Stufenanstiege, sowie 180'000 CHF in der Finanzgrösse, wo sich aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Rechnungsperioden eine massvolle Anhebung der Planzahlen empfahl.



Amt für Finanzen
4509 Solothurn

Impressum und Bezugsquelle:

Amt für Finanzen
Rathaus
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 96
Telefax 032 627 22 71

